

Marcus Scheiblecker et al.

Österreichs Wirtschaft im Jahr 2007: Konjunkturaufschwung erreicht seinen Höhepunkt

Die österreichische Wirtschaft expandierte im Jahr 2007 um 3,4%. Damit stieg das Bruttoinlandsprodukt zum zweiten Mal in Folge real um mehr als 3%. Der Wachstumsimpuls ging abermals vom Export aus, während sich der Konsum der privaten Haushalte untypisch schwach entwickelte. Die Investitionsnachfrage sprang im Jahr 2007 an, ihre Dynamik blieb jedoch schwächer als in früheren Aufschwungphasen. Dank der guten Konjunktur war die Arbeitsmarktlage im Jahr 2007 sehr günstig: Die Beschäftigung wurde erheblich ausgeweitet, und die Arbeitslosigkeit ging anhaltend zurück.

Die einzelnen Kapitel dieses Berichts werden jeweils von den Autorinnen und Autoren gezeichnet.

Die Weltwirtschaft wuchs 2007 noch sehr dynamisch: Nach real +5% im Jahr 2006 nahm die Produktion um 4,7% zu. Allerdings ging im Jahresverlauf von den USA eine Verlangsamung der Expansionskräfte aus. Auch in Europa schwächte sich die Konjunktur gegen Jahresende etwas ab. Robust entwickelte sich die Wirtschaft hingegen in Asien.

Im Sommer 2007 wurde in den USA eine Finanzkrise offenkundig: Viele der in den letzten Jahren reichlich mit billigen Krediten versorgten privaten Haushalte gerieten mit dem Anstieg der Zinssätze in Zahlungsschwierigkeiten. Viele dieser vor allem über Hypotheken besicherten Kredite erwiesen sich als uneinbringlich und mussten über die Veräußerung von Immobilien beglichen werden. In der Folge verfielen die Grundstückspreise; das verringerte wieder die Deckungsgrundlage der noch ausstehenden hypothekarisch besicherten Forderungen. Aufgrund der verbreiteten Praxis der Verbriefung solcher Forderungen und des Handels mit diesen Wertpapieren auf den internationalen Finanzmärkten waren auch viele ausländische Investoren von diesen Geschehnissen betroffen. Die Banken agierten in der Kreditvergabe untereinander vorsichtiger. Einige Notenbanken sahen sich deshalb veranlasst, den Märkten zusätzliche Liquidität zur Verfügung zu stellen, um einer drohenden Kreditverknappung entgegen zu wirken.

Die privaten Haushalte hatten in den USA aufgrund ihrer hohen Vermögensbestände 2007 kaum mehr Ersparnisse aus dem laufenden Einkommen gebildet; nun verlor ihr Immobilienbesitz beträchtlich an Wert. Das Wachstum des privaten Konsums schwächte sich gegen Jahresende ab, jedoch ergab sich noch kein Rückgang. In der Folge verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum in den USA von 2,9% im Jahr 2006 auf 2,2% im Jahresdurchschnitt 2007.

Im Verlauf des Jahres 2007 gewann der Euro gegenüber dem Dollar abermals erheblich an Wert und erreichte mit 1,49 \$ den höchsten Kurs seit seiner Einführung. Auch die Rohölnotierungen auf den internationalen Märkten folgten weiter dem Aufwärtstrend der letzten Jahre; sie verdoppelten sich innerhalb des Jahres 2007 nahezu. Gegen Jahresende war zudem eine deutliche Beschleunigung des Preisauftriebs von Agrarprodukten festzustellen. Dennoch stiegen die Weltmarktrohstoffpreise um nur 3,7%.

Im Jahr 2007 expandierte Chinas Wirtschaft weiterhin kräftig und erzielte abermals ein Wachstum von über 11%. Nach der teilweisen Aufhebung der Dollarbindung des Wechselkurses ergab sich im Jahresverlauf eine kontinuierliche leichte Aufwertung

des Renminbi gegenüber dem Dollar um etwas mehr als 5%. Dies dürfte aber die Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Exportwirtschaft mittelfristig kaum belasten.

Die japanische Wirtschaft wuchs 2007 um 2,1%, nur wenig langsamer als im Jahr zuvor (+2,4%). Im Jahresverlauf war keine einheitliche Tendenz festzustellen: Zu Beginn und Ende des Jahres weitete sich das BIP kräftig aus, während es im II. Quartal zurückging (-0,4% saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) und im III. Quartal schwach blieb. Die hartnäckige Deflationsphase scheint überwunden zu sein, im Jahr 2007 war aber auch keine Inflation zu beobachten (Jahresinflationsrate 0%). Erst gegen Jahresende kam durch das Anziehen der Preise von Erdöl- und Agrarprodukten ein Preisauftrieb in Gang.

Europas Wirtschaft setzt 2007 Aufschwung fort

Sowohl im Euro-Raum als auch in der gesamten EU hielt das starke Wirtschaftswachstum 2007 an. Der Schwung ließ aber gegen Jahresende vorübergehend leicht nach.

Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU im Jahr 2006 um 3% gestiegen war, verzeichnete sie im Jahr 2007 mit +2,9% ein ähnlich starkes Wachstum. Der lebhaftere Außenhandel bildete neuerlich eine wichtige Stütze der Konjunktur. Der Export in die Länder außerhalb der EU 27 erhöhte sich nominell um 6,2%, der Import aus dieser Region um 5%. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden mit real +5,3% etwas schwächer ausgeweitet als im Jahr zuvor, und auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte erreichten mit knapp +2% nicht mehr ganz die Dynamik des Vorjahres.

Die Wirtschaft in den seit 2004 neu hinzugekommenen Mitgliedsländern wuchs mit +6% abermals stärker als im Durchschnitt der anderen EU-Länder. Im Euro-Raum war das Wachstum mit real 2,6% etwas schwächer als im Jahr zuvor (2,9%) und übertraf jenes der USA (2007: 2,2%). Die Konjunkturimpulse gingen auch hier vom Export und besonders den Ausrüstungsinvestitionen aus. Der Konsum der privaten Haushalte entwickelte sich hingegen unterdurchschnittlich. Dabei spielte der Sondereffekt der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes in Deutschland eine Rolle. Im II. Quartal erreichte die Kapazitätsauslastung im Euro-Raum ihren Höhepunkt. Gegen Jahresende war eine leichte Verringerung der Wirtschaftsdynamik zu verzeichnen, das saisonbereinigte Wachstum gegenüber der Vorperiode verringerte sich von 0,7% im III. auf 0,4% im IV. Quartal. Im WIFO-Konjunkturtest beurteilten die Unternehmen gegen Ende 2007 ihre Auftragslage weiterhin als zufriedenstellend, allerdings verstärkte sich die Skepsis hinsichtlich der Entwicklung in naher Zukunft.

Im Jahresdurchschnitt 2007 betrug die Inflationsrate im Euro-Raum 2,1%. Sie war damit etwa gleich hoch wie 2006 (2,2%). Gegen Jahresende beschleunigte sich der Preisauftrieb jedoch aufgrund der starken Verteuerung von Rohöl und Agrarprodukten erheblich (November und Dezember jeweils 3,1%). Im 1. Halbjahr 2007 hob die EZB den Leitzinssatz zweimal um je 0,25 Prozentpunkte an. Seither blieb der Leitzinssatz trotz der Turbulenzen auf den Finanzmärkten im Gegensatz zu den USA unverändert, jedoch sah sich die Notenbank mehrmals dazu veranlasst, zusätzliche Liquidität bereitzustellen.

Der Arbeitsmarkt reagierte in Europa deutlich auf die anhaltend gute Konjunkturlage. Im Durchschnitt des Euro-Raums stieg die Beschäftigung im Jahr 2007 um fast 2½ Mio. bzw. 1,7% (nach +1,6% im Jahr 2006). In der gesamten EU betrug die Zunahme rund 3½ Mio. bzw. 1,6% (2006 ebenfalls +1,6%). Gleichzeitig verringerte sich die Arbeitslosenquote im Euro-Raum von 8,2% auf 7,4% und im Durchschnitt der EU von 8,2% auf 7,1%.

Nach jahrelanger Stagnation expandierte die deutsche Wirtschaft 2007 zum zweiten Mal in Folge kräftig. Obwohl die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes um 3 Prozentpunkte den privaten Konsum nach den Vorziehkäufen des Vorjahres dämpfte, erhöhte sich das BIP real um 2,5% (2006 +2,9%). Dank der guten internationalen Konjunktur wuchs die Exportwirtschaft abermals kräftig. Mit der Zunahme der Kapazitätsauslastung in der deutschen Wirtschaft wurden auch vermehrt Erweiterungsinvestitionen getätigt. Dadurch wurde die Investitionsnachfrage zur zweiten Säule des Aufschwungs.

Der Aufschwung der österreichischen Wirtschaft, der 2005 eingesetzt hatte, hielt 2007 an. Die Wachstumsrate lag mit 3,4% abermals deutlich über 3% und war damit eine der höchsten im Euro-Raum. Im Jahresverlauf ließ die Dynamik allerdings immer mehr nach: Im I. Quartal erhöhte sich das BIP um Saison- und Arbeitstageeffekte bereinigt gegenüber der Vorperiode um 0,9%, im IV. Quartal um nur noch 0,6%.

Auch 2007 kamen die Wachstumsimpulse aus dem Ausland. Die Steigerung der gesamten Ausfuhr beschleunigte sich 2007 weiter auf über 8%. Die Zuwachsrate war für die Waren- und die Dienstleistungsexporte gleich hoch. Im Gegensatz zu den zwei Jahren zuvor verstärkte sich das Wachstum der Warenausfuhr in die EU 27, während jenes in die anderen Länder nachließ. Vor allem die Lieferungen in die anderen Länder der EU 15 gewannen an Dynamik. Das weist auf eine verstärkte Binnenorientierung der Konjunktur im Euro-Raum hin.

Die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar im Jahresverlauf 2007 wirkte sich noch wenig auf den heimischen Außenhandel aus. Erstmals wieder seit 2004 erhöhte sich der real-effektive Wechselkursindex, die Marktanteile konnten aber gehalten werden. Die relativen Lohnstückkosten gegenüber den Handelspartnern sanken 2007 leicht, sodass sich die Wettbewerbsfähigkeit verbesserte.

Die Nachfrage nach Anlagegütern erhöhte sich 2007 real um 4,8% und somit stärker als im Jahr 2006 (+3,8%). Damit bildete sie nach dem Export die zweite Säule des Konjunkturaufschwungs. Innerhalb dieser Nachfragekomponente verlagerte sich die Investitionstätigkeit von den Bauten zu den Ausrüstungen.

Insgesamt expandierten die Bauinvestitionen real um 3,7%; dabei wuchsen die Wohnbauinvestitionen mit real +0,8% deutlich schwächer als die anderen Komponenten (+5,5%). 2006 war die Relation umgekehrt gewesen (Wohnbauinvestitionen real +6,3%, andere Bereiche +4,4%, insgesamt +5,1%).

Österreichs Wirtschaft 2007 erfolgreich

Nachdem Österreichs Wirtschaft bereits 2006 kräftig gewachsen war, verstärkte sich die Expansion 2007 neuerlich. Zum lebhaften Außenhandel kam nun auch eine rege Investitionsnachfrage. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte entwickelten sich hingegen ungewöhnlich verhalten.

Die Investitionsnachfrage verstärkte sich 2007 weiter, erreichte aber nicht die in einem Konjunkturaufschwung übliche Dynamik.

Übersicht 1: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (laut ESVG 1995)

Real

	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft	+ 4,0	- 1,9	- 0,3	+ 0,5
Bergbau ¹⁾	+ 7,3	- 0,6	+ 9,5	+ 0,7
Sachgütererzeugung	+ 2,3	+ 3,2	+ 8,8	+ 7,2
Energie- und Wasserversorgung	+ 5,6	- 0,2	+ 8,2	- 0,8
Bauwesen	+ 0,5	+ 1,8	+ 4,7	+ 3,3
Handel ²⁾	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,7
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 2,8	+ 2,5	+ 4,6	+ 4,0
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 5,9	+ 0,7	+ 4,8	+ 3,2
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 4,8	+ 3,6	+ 2,2	+ 5,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	- 0,4	+ 2,2	+ 1,8	+ 0,3
Sonstige Dienstleistungen	+ 1,5	+ 3,3	+ 1,9	+ 0,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche⁵⁾	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,8	+ 3,4
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,4

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Während die Baunachfrage im Jahr 2007 also an Dynamik verlor, verstärkte sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen (2007 real +6,3% nach 2006 +1,5%, 2005 +1%). Die Ausrüstungsinvestitionen sprangen im aktuellen Aufschwung relativ spät an, und auch ihre Steigerung blieb hinter der in früheren Aufschwungsphasen zurück. So war diese Nachfragekomponente im Jahr 2000 real um über 12% gestiegen, nachdem sie bereits in den zwei Jahren zuvor um jeweils über 5½% expandiert hatte.

Das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen verteilte sich 2007 recht ungleich auf Fahrzeuge und Maschinen: Während die Nachfrage nach Maschinen real um 4,3%

zunahm (2006 +7%), stieg jene nach Fahrzeugen um 13,3%. Teilweise war dies eine Folge des starken Rückgangs um 13,7% im Jahr 2006.

Keine Belebung der Konsumnachfrage

Nachdem der Konsum der privaten Haushalte bereits in den Jahren zuvor real um nur jeweils rund 2% gewachsen war, belebte sich diese wichtige Nachfragekomponente auch 2007 nicht.

Die starke Ausweitung der Beschäftigung und der Rückgang der Arbeitslosigkeit verbesserten 2006 und 2007 die Rahmenbedingungen für eine Ausweitung der Konsumnachfrage. Die Konsumentenumfragen spiegelten nun vermehrt Optimismus wider. Bis Mitte 2007 stützte sich die Verbesserung des Konsumklimas ausschließlich auf die günstigere Arbeitsmarktlage und die positive Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage. Erst dann stieg auch der Optimismus der Befragten hinsichtlich der eigenen finanziellen Lage. Obwohl damit eine entscheidende Voraussetzung für eine Zunahme der Ausgabenbereitschaft der Haushalte gegeben war, verstärkten sich die Konsumausgaben nicht.

Übersicht 2: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (laut ESVG 1995)

Real

	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,4
Staat	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5
Bruttoinvestitionen	+ 1,2	- 1,3	+ 3,7	+ 6,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,1	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,8
Ausrüstungen	- 2,3	+ 1,0	+ 1,5	+ 6,3
Bauten	+ 1,3	+ 0,1	+ 5,1	+ 3,7
Inländische Verwendung	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,3
Exporte	+ 8,2	+ 6,2	+ 7,5	+ 8,1
Importe	+ 6,8	+ 5,0	+ 5,6	+ 6,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,4

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Übersicht 3: Inländische Verwendung (laut ESVG 1995)

Zu laufenden Preisen

	2007 Mrd. €	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	272,77	+ 5,8
Minus Exporte	159,00	+ 9,9
Plus Importe	140,56	+ 8,0
Inländische Verwendung	254,33	+ 4,6
Konsumausgaben insgesamt	196,19	+ 3,6
Private Haushalte ¹⁾	147,90	+ 3,5
Staat	48,29	+ 4,0
Bruttoinvestitionen	58,14	+ 8,1
Bruttoanlageinvestitionen	56,46	+ 6,4
Ausrüstungen	21,07	+ 4,4
Bauten	32,58	+ 7,6
Vorratsveränderung ²⁾	1,68	.
Statistische Differenz	- 0,01	.

Q: WIFO. – ¹⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Die Bruttoverdienste pro Kopf nahmen 2007 mit + 2,7% im gleichen Ausmaß zu wie 2006 – angesichts der hervorragenden Arbeitsmarktlage eine sehr geringe Ausweitung. Weil zudem die Inflation Ende 2007 scharf anzog, stagnierten die Nettoeinkommen pro Kopf im Jahresdurchschnitt nahezu (+0,1%). Diese beiden Faktoren ließen den Konsum der privaten Haushalte im Jahr 2007 real um nur 1,4% steigen, deutlich schwächer als in den Jahren 2006 (+2,1%) und 2005 (+2,0%).

Übersicht 4: Verteilung des Nettonationaleinkommens

Zu laufenden Preisen

	2007 Mrd. €	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	131,14	+ 4,8
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	112,38	+ 6,5
Produktionsabgaben minus Subventionen	29,24	+ 7,0
Bruttoinlandsprodukt	272,77	+ 5,8
Primäreinkommen an die übrige Welt	27,79	+ 7,6
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	24,65	+ 9,3
Bruttonationaleinkommen	269,63	+ 5,9
Minus Abschreibungen	38,21	+ 4,7
Nettonationaleinkommen	231,42	+ 6,1
Laufende Transfers an die übrige Welt	6,58	+ 6,9
Laufende Transfers aus der übrigen Welt	4,18	+ 6,5
Verfügbares Nettonationaleinkommen	229,02	+ 6,1

Q: WIFO.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Angebot an Arbeitskräften				
Erwerbspersonen ¹⁾	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3
Unselbständige ²⁾	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,4
Arbeitslosenquote³⁾	7,1	7,3	6,8	6,2
Nachfrage nach Arbeitskräften				
Aktiv Erwerbstätige ⁴⁾	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1
Sachgütererzeugung ⁵⁾	- 0,6	- 0,8	+ 0,2	+ 2,6
Ausländische Arbeitskräfte	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,4	+ 5,6
Geleistete Arbeitszeit pro Kopf der Beschäftigten, Sachgütererzeugung	+ 0,8	- 0,6	+ 0,2	- 0,3
Beschäftigungsquote ⁴⁾	62,3	62,8	63,6	64,6
Lohnstückkosten⁷⁾				
Gesamtwirtschaft (VGR)	- 0,6	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,5
Sachgütererzeugung	- 0,7	- 0,0	- 4,2	- 1,8
Produktivität				
BIP pro Kopf der Erwerbstätigen (laut VGR)	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,2
Sachgütererzeugung				
Je Beschäftigten ⁵⁾	+ 2,9	+ 4,0	+ 8,6	+ 4,5
Je geleistete Beschäftigtenstunde	+ 2,1	+ 4,6	+ 8,4	+ 4,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO. –
¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Präsenzdienler, ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulungen) + Selbständige + Arbeitslose. –
²⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte + Arbeitslose. – ³⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Angebot ohne Arbeitslose. – ⁵⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. 2005 bereinigt um Umschichtungen vom Fahrzeugbau zum Bereich Verkehr. – ⁶⁾ Anteil der aktiv Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre). – ⁷⁾ Arbeitsentgelte je Produktionseinheit.

Auch 2007 zählte die Sachgütererzeugung zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftsbereichen in Österreich. Die lebhaftere Nachfrage aus dem Ausland ermöglichte eine reale Ausweitung der Wertschöpfung um mehr als 7%, nach fast 9% im Vorjahr. Allerdings verlor die Entwicklung ab dem II. Quartal deutlich an Schwung: Im I. Quartal stieg die Wertschöpfung um Saison- und Arbeitstageffekte bereinigt gegenüber der Vorperiode real noch um rund 2%, in den folgenden Quartalen lag die Rate dagegen jeweils knapp unter 1%. Wie der WIFO-Konjunkturtest zeigt, wurde der höchste Kapazitätsauslastungsgrad um die Jahresmitte erreicht. Dies dürfte den

**Sachgütererzeugung
dank Exportdynamik
kräftig gesteigert**

Konjunkturrückgang der Sachgütererzeugung markieren. Dafür spricht auch die Entwicklung der Wachstumsraten, die etwa ein halbes Jahr zuvor ihren Höhepunkt erreichten.

Vor dem Hintergrund der guten Wirtschaftslage weiteten die Sachgütererzeuger ihre Arbeitskräftenachfrage deutlich aus, um drohenden Personalengpässen vorzubeugen. Die Beschäftigung stieg um rund 2½% und damit so stark wie seit langem nicht mehr.

Übersicht 6: Preise und Einkommen

	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,2
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,3
Exportpreise Waren	+ 1,2	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,8
Importpreise Waren	+ 0,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 1,1
Weltmarktrohstoffpreise (Euro-Basis)	+ 18,5	+ 28,6	+ 19,6	+ 3,7
Terms-of-Trade				
Waren und Dienstleistungen	+ 0,6	- 0,4	- 0,7	+ 0,3
Waren	+ 0,5	- 0,9	- 1,3	+ 0,7
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾ in der Gesamtwirtschaft	+ 2,2	+ 3,5	+ 4,4	+ 4,9
Je Beschäftigungsverhältnis laut VGR	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,7

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Übersicht 7: Außenhandel, Zahlungsbilanz

	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Exporte, Waren				
Nominell	+ 13,9	+ 5,4	+ 9,5	+ 10,1
Real	+ 12,5	+ 3,2	+ 6,8	+ 8,1
Importe, Waren				
Nominell	+ 12,5	+ 5,9	+ 8,0	+ 9,2
Real	+ 11,7	+ 2,8	+ 3,8	+ 8,1
Terms-of-Trade	+ 0,5	- 0,9	- 1,3	+ 0,7
Handelsbilanz (laut Statistik Austria)				
Mrd. €	- 1,25	- 1,79	- 0,46	+ 0,40
In % des BIP	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,1
Leistungsbilanz (Accrual ¹⁾)				
Mrd. €	+ 4,94	+ 5,02	+ 6,31	+ 8,27
In % des BIP	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 3,0

Q: OeNB, Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Neue Berechnungsmethode.

In der Bauwirtschaft nahm die Wertschöpfung 2007 mit real +3,3% schwächer zu als im Jahr zuvor (+4,7%). Ihre Expansion wurde durch die verhaltene Wohnbaunachfrage gedämpft. Ähnlich wie in der Sachgütererzeugung war das I. Quartal 2007 noch von besonderer Dynamik geprägt – vor allem das milde Winterwetter ermöglichte eine Expansion der um Saison- und Arbeitstageffekte bereinigten Wertschöpfung um real 0,7%. In den Folgeperioden ging das Wachstum auf je ½% zurück.

Kräftig gesteigert wurde 2007 auch die Wertschöpfung der unternehmensnahen Dienstleistungen (Realitätenwesen real +5,5%, Verkehr und Telekommunikation +4%, Banken- und Versicherungswesen +3,2%). Unterdurchschnittliche Zuwächse wiesen der Handel (+0,7%), das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (+1,9%) und die Erbringung öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen auf.

Weitere Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Das nahezu unverändert kräftige Wirtschaftswachstum schlug sich 2007 in einer noch stärkeren Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt nieder als 2006. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten stieg im Jahresdurchschnitt um 65.500 (+2,1%), nachdem 2006 bereits ein Anstieg um rund 51.500 (+1,7%) zu verzeichnen gewesen

war. Vor allem in der Sachgütererzeugung und der Bauwirtschaft stellten die Unternehmen zusätzliche Arbeitskräfte ein.

Zugleich ging die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen deutlich zurück, wenngleich nicht im selben Ausmaß (rund –17.000 Personen, –7,1%, 2006 –13.500, –5,3%). Dies ermöglichte einen weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6,2% nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode (2006 6,8%, 2005 7,3%). Nach Eurostat-Berechnungsmethode betrug die Quote 2007 4,4%. Damit wies Österreich die fünftniedrigste Arbeitslosenquote unter den EU-Ländern auf.

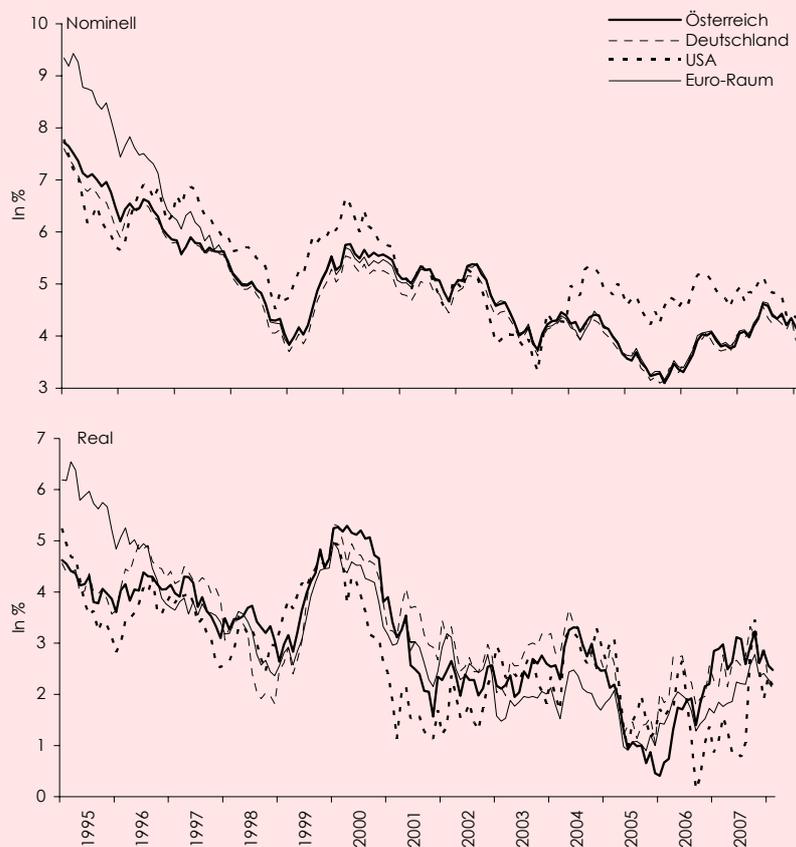
Marcus Scheiblecker (Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at)
Statistik: Christine Kaufmann (Christine.Kaufmann@wifo.ac.at)

Die internationalen geld- und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden seit Anfang dieses Jahrzehnts durch mehrere singuläre Faktoren bestimmt, deren Zusammenwirken in direkter Beziehung mit den Finanzmarkturbulenzen im Jahr 2007 steht.

Hypothekarkreditkrise erschüttert Funktionalität des internationalen Finanzsystems

Der heimische Arbeitsmarkt reagierte 2007 deutlicher auf den Konjunkturaufschwung als im Jahr zuvor. Das Beschäftigungswachstum beschleunigte sich abermals, und die Arbeitslosigkeit konnte verstärkt abgebaut werden.

Abbildung 1: Nominelle und reale langfristige Zinssätze



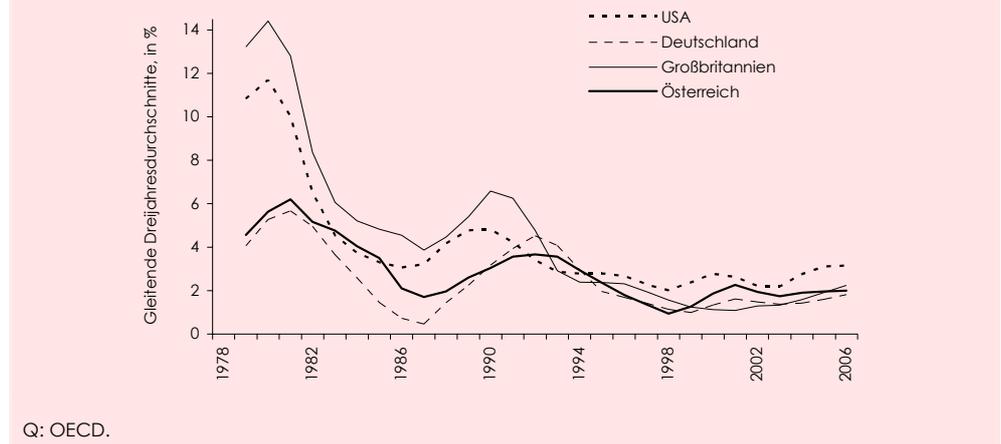
Q: OeNB, OECD.

Die ständige Verlangsamung des Preisauftriebs in den Industrieländern bewirkte seit Mitte der letzten Dekade einen signifikanten Rückgang der Inflationserwartungen und damit auch der langfristigen Zinssätze¹⁾. Die Preisdynamik auf den Gütermärkten hatte sich gegen Ende des vergangenen Jahrzehnts bereits in einem Ausmaß verlangsamt, dass in einzelnen Industrieländern sogar eine Deflation drohte. Die langfristigen Zinssätze verharren seither in diesen Ländern nominell und real auf historisch niedrigem Niveau. Selbst der seit 2004 vollzogene Wechsel von einer akkommodie-

¹⁾ Die Verschärfung des Wettbewerbs auf den Gütermärkten, ausgelöst durch Deregulierung und Globalisierung, und eine vorrangig an Preisstabilität orientierte Geldpolitik brachten in den Industrieländern eine nachhaltige Verringerung der tatsächlichen und erwarteten Inflationsdynamik mit sich.

renden zu einer restriktiven Geldpolitik brachte insbesondere in den USA und in Europa keinen nachhaltigen Anstieg des langfristigen Zinsniveaus. Diese ungewöhnliche Entwicklung wurde durch einen deutlichen Überhang an Kapital und Liquidität auf den internationalen Finanzmärkten gestützt. Ein Sparaufkommen, welches das realwirtschaftliche Investitionsvolumen im globalen Maßstab deutlich überstieg, und die dollarorientierte Währungspolitik einzelner großer aufstrebender Volkswirtschaften (z. B. China und Indien) sorgten für einen überdurchschnittlich starken und stetigen Liquiditätsstrom in das internationale Finanz- und Bankensystem²⁾.

Abbildung 2: Langfristige Inflationsdynamik



Günstige Rahmenbedingungen und neue Risikotransformöglichkeiten erzeugen Stabilitätsillusion

Neben der reichlichen Verfügbarkeit von liquidem Kapital wirkte sich auch die rasche Verbreitung von neuen Finanzinstrumenten, insbesondere in Form von Kreditderivaten und Verbriefungsprodukten, stark dämpfend auf Zinssätze und Risikobewertung aus³⁾.

Diese Konstellation von außerordentlich günstigen Markt- und Systembedingungen ließ die erwartete und tatsächliche Volatilität auf den internationalen Kredit- und Kapitalmärkten (und damit auch die von Investoren erwarteten Risikoprämien) auf ein ungewöhnlich niedriges Niveau sinken. Das Vertrauen in Stabilität, Liquidität und Effizienz des internationalen Finanzsystems war bei den meisten Marktteilnehmern gefestigt wie selten zuvor. Insbesondere von den neu entstandenen Märkten für Kreditrisikotransfer wurde eine nachhaltige Stärkung der Widerstandskraft des Banken- und Finanzsystems gegenüber adversen Schocks und Marktverwerfungen erwartet. Die verbesserte Allokation von Kreditrisiken durch effizientere Preisbildung und die breitere Streuung dieser Risiken in Form marktfähiger Kreditderivate wurden von Marktteilnehmern und Aufsichtsbehörden grundsätzlich positiv bewertet und als substantieller Beitrag zur Stärkung der Finanzierungs- und Liquiditätsfunktion des internationalen Finanzsystems angesehen. Die kräftige Beschleunigung des Kreditzyklus sowie eine ungewöhnlich markante Lockerung der Kreditstandards seit Anfang dieses Jahrzehnts wurden daher vor dem Hintergrund dieser neuen, vermeintlich gefestigten Marktstrukturen überwiegend als lediglich temporäre Anpassungsstörung unter neuen Systembedingungen gedeutet.

²⁾ Diese Länder halten vor allem überdurchschnittlich hohe Dollarreserven, um den Wechselkurs ihrer Währung gegenüber dem Dollar, der Währung ihres wichtigsten Handelspartners, nachhaltig und glaubhaft stabilisieren zu können.

³⁾ Kreditderivate sind Finanzprodukte, die eine Trennung von Kreditrisiko und Kreditfinanzierung ermöglichen. Sie zielen darauf ab, einzelne isolierte Kreditrisiken marktfähig und handelbar zu machen. Verbriefungsprodukte basieren hingegen auf einer Vielzahl von Kreditbeziehungen, die zu einem Sondervermögen zusammengefasst werden, bevor das Kreditrisiko separiert und handelsfähig gemacht wird. Das wichtigste Kreditderivat ist der "Credit Default Swap" (CDS), der zur Sicherung gegen Ausfallrisiken eingesetzt wird. Die "Asset Backed Securities" (ABS) zählen zu den gebräuchlichsten Verbriefungsinstrumenten: Sie bündeln eine Reihe von homogenen Kreditforderungen (z. B. Hypothekarkredite, Konsumkredite) und machen sie zu handelbaren und marktfähigen Titeln. Besonders dynamisch entwickelte sich der Markt für Collateralized Debt Obligations (CDO). CDO verbriefen zumeist heterogene Kreditforderungen an nichtfinanzielle Unternehmen.

Zunehmende Risikoindifferenz bei gleichzeitig hoher Renditenerwartung, günstige und vermeintlich stabile Finanzierungsbedingungen, vor allem aber die neuen Möglichkeiten der Risikostreuung durch Verbriefung und Transfer von Kreditrisiken bewogen seit Anfang dieses Jahrzehnts viele Banken, vor allem in den USA, vermehrt auch solchen Kundengruppen Kredite zu gewähren, die bisher als nicht oder nur sehr begrenzt kreditwürdig galten. Besonders dynamisch entwickelten sich dabei die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen mit einem "Non-investment-grade-Rating" (leveraged loans) und hypothekarisch besicherte Wohnbaukredite an private Haushalte mit weit unterdurchschnittlichem bzw. unregelmäßigem Einkommen (Subprime-Hypothekarkredite). Am stärksten weiteten die Banken in den USA die Neukredite im Subprime-Marktsegment in den Jahren 2004 bis 2006 aus⁴⁾.

Die massive "Vermarktung" dieser – vor allem aus systemischer Sicht – besonders risikoreichen Kredite durch komplexe (und oftmals mehrstufige bzw. intransparente) Verbriefungsprodukte und Kreditderivate überforderte jedoch Effizienz und Funktionalität der Märkte für Kreditrisikotransfer. Sie erwiesen sich als nicht gefestigt genug für die effiziente Intermediation und Verteilung dieser nur sehr schwierig zu bewertenden Kreditrisiken. Damit ging auch die grundsätzlich systemstabilisierende Wirkung dieser Finanzinnovationen verloren. Die Gefahren von versteckten systemischen Risiken ("tail risks") im Zusammenhang mit der Intermediation von Kreditrisiken, insbesondere von "Subprime-Risiken", aber auch mit dem überdurchschnittlich raschen Wachstum von sehr komplexen Kreditderivaten traten deutlich in den Vordergrund. Die hohe Konzentration in der Intermediation von Kreditrisiken wurde zur Gefahrenquelle für die Stabilität des gesamten Finanzsystems. Die große Komplexität des Handels mit Kreditderivaten, die hochentwickelte Risikomanagementsysteme und spezifisches Know-how voraussetzen, erlaubt nur wenigen großen internationalen Banken, sich erfolgreich als Intermediär von Kreditrisiken, die zumeist weltweit gehandelt werden, zu etablieren⁵⁾. Diese Banken übernehmen häufig auch die Rolle von Market-Makers und sind dadurch Basisrisiken ausgesetzt, die nur von Instituten mit hoher Bonität und großer Marktpräsenz effizient gesteuert werden können. Hohe Konzentration erzeugt jedoch oft nur Liquiditätsillusion; Leistungsstörungen eines einzigen großen Intermediärs können bereits eine systemische Liquiditätsverknappung auslösen. Obgleich die Wahrscheinlichkeit einer Störung aufgrund der Erfahrung und des Know-how der marktbeherrschenden Intermediärbanken bis unmittelbar vor dem Ausbruch der jüngsten Finanzkrise als gering erachtet wurde, war durchwegs klar, welchen großen und systemgefährdenden Schaden ein tatsächlicher Störfall zur Folge haben würde⁶⁾.

Die gravierenden Finanzmarktstörungen seit Anfang 2007 hängen u. a. mit der steigenden Tendenz der Banken zur Aufsichtsarbitrage eng zusammen. Damit werden stark eigenkapitalbindende Kreditrisiken vom regulierten Bankensektor zu weniger regulierten Finanzbereichen (z. B. Versicherungen, Hedgefonds usw.) verlagert. Diese Form der Regulierungsarbitrage birgt eine systemische Gefahr, wenn Risiken von Akteuren übernommen werden, die unerfahren im Kreditgeschäft bzw. im Umgang mit Kreditderivaten sind oder nur über eine geringe Eigenkapitalstärke zur Abdeckung von unerwarteten Verlusten verfügen. Banken bündelten zur Entlastung ihres regulatorischen Eigenkapitals Teile ihres Kreditexposures zu hoch bewerteten strukturierten Verbriefungsprodukten und übertrugen diese Nichtbanken-Akteuren, u. a. speziellen Zweckgesellschaften, die diese langfristigen Anlageformen vorwiegend kurzfristig (z. B. durch Emission kurzfristiger Commercial Papers) refinanzierten. Die Zweckgesellschaften setzten sich durch diese extreme Fristentransformation überaus hohen Liquiditätsrisiken aus, die von Banken durch Bereitstellung entsprechender Kreditlinien abgedeckt wurden. Liquiditätsprobleme der Zweckgesellschaften fallen damit, vor allem wenn sie durch Marktstörungen (z. B. durch "Austrocknung" des Marktes für Commercial Papers) verursacht werden, auf die betroffenen Banken zurück. Aus der

Hohe Renditenerwartungen erhöhen Nachfrage nach risikoreichen Anlageformen

Finanzinnovationen erleichtern Aufsichtsarbitrage

⁴⁾ Der Anteil der Subprime-Wohnbaukredite stieg in den USA in diesen Jahren von etwa 3% auf über 13% der neu vergebenen Hypothekarkredite.

⁵⁾ Hohe Konzentration in der Intermediation ist typisch für nahezu alle Derivatmärkte. Handelssysteme für Derivate benötigen eine hohe Auslastung, um Skalenerträge zu erzeugen.

⁶⁾ Siehe dazu u. a. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Credit Risk Transfer, Report by the Committee on the Global Financial System, Basel, 2003 (<http://www.bis.org/publ/cgfs20.pdf?noframes=1>).

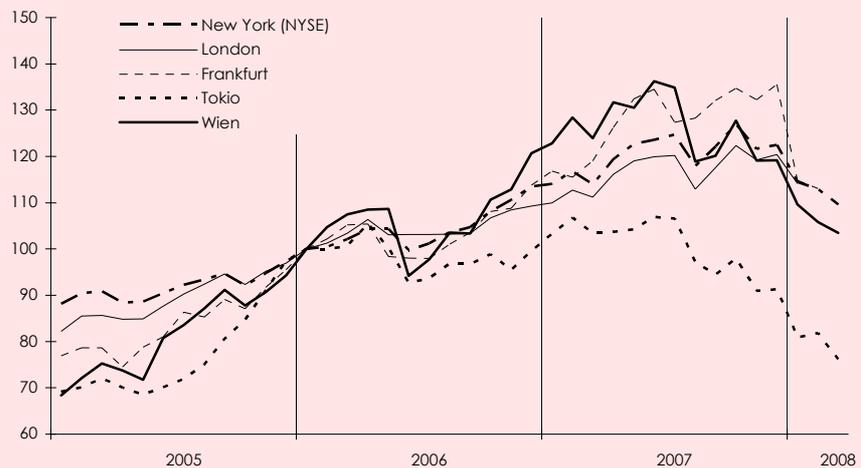
Komplexe Kreditderivate erschweren Umschuldung

Nähe einzelner Banken zu Hedgefonds und anderen Kapitalsammelstellen entstehen für diese aus Reputationsgründen zusätzlich implizite Verpflichtungen zur Liquiditätshilfe, gerade in Phasen mit Marktturbulenzen. Explizite und implizite Liquiditätslinien mit erheblichen potentiellen Finanzierungsverpflichtungen erzeugen daher vor allem bei starker Marktanspannung – wie seit Mitte 2007 – eine überdurchschnittliche Liquiditätspräferenz (bzw. Hortung von Liquidität) im Bankensektor.

Komplizierte Kontraktbeziehungen, wie jene aus dem Kreditrisikotransfer, erweisen sich dabei als äußerst hinderlich für eine geordnete und rasche Konsolidierung der Marktlage und damit für die rasche Wiederherstellung einer störungsfreien Liquiditätsversorgung im Finanzbereich. Die Vielfalt der Interessen, die vor allem die Revaluierung der Kreditderivate und die daraus resultierenden Umschuldungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen erschwert, verzögert die Marktanpassungsprozesse erheblich. Dies erhöht nicht nur die Ungewissheit über die Dauer der Marktverwerfungen, sondern auch über das Ausmaß des tatsächlichen direkten und indirekten Risikoexposures von Finanzinstitutionen und vertieft damit die Vertrauenskrise durch einen überdurchschnittlich hohen und ungewiss lang dauernden strategischen Liquiditätsaufbau im Bankensektor.

Abbildung 3: Internationale Börsenindizes

Jänner 2006 = 100



Q: Deutsche Bundesbank, OECD.

Neubewertung von Subprime-Risiken verursacht Liquiditätsschock im Bankensektor

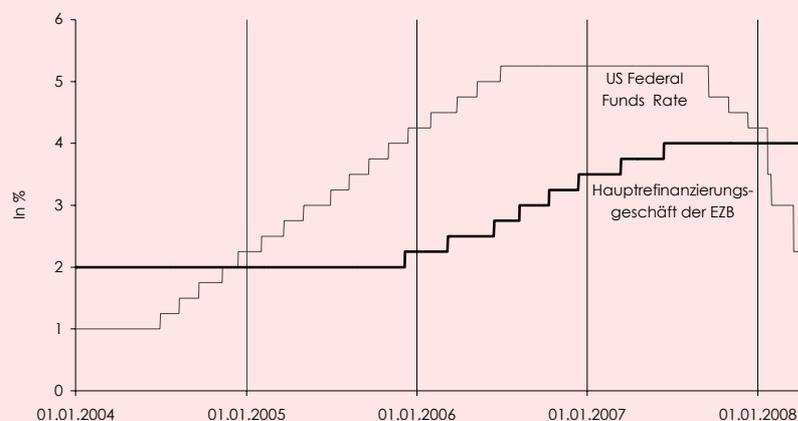
Die hohe Konzentration in der Intermediation von Kreditrisiken, die ungewiss hohen, latenten Finanzierungsverpflichtungen der Banken durch Verlagerung von Kreditrisiken in den Nichtbankensektor und die drohende Gefahr eines ungeordneten und mühsamen Anpassungsprozesses zur Revaluierung von Kreditderivaten verunsicherten die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte Anfang 2007 bereits so stark, dass eine längst überfällige und "von den Märkten" erwartete Korrektur auf dem Wohnungsmarkt der USA ausreichte, um eine Kaskade von Neubewertungen der Risiken auf nahezu allen Finanzmärkten auszulösen⁷⁾. Die anhaltende Unsicherheit über Ausmaß und Tiefe des Anpassungsbedarfs löste dann im Sommer 2007 den befürchteten Liquiditätszusammenbruch (liquidity meltdown) durch Hortung im Bankensektor aus.

Die dadurch verursachten massiven Störungen auf dem internationalen Geldmarkt werden seither durch gezielte und umfangreiche Maßnahmen der führenden Zentralbanken zur Liquiditätsstützung entschärft. Die Notenbank der USA versucht seit Sommer 2007 neben direkten Liquiditätshilfen auch durch deutliche Leitzinssatzsenkungen – von 5¼% auf nunmehr 2¼% – den Anpassungsprozess zu einem neuen Gleichgewicht im Finanzsektor zu beschleunigen. Das Eurosystem beschränkte sich

⁷⁾ Rating-Agenturen wird vorgeworfen, den Risikogehalt insbesondere von mehrfach gestaffelten Verbriefungsprodukten lange systematisch unterschätzt zu haben. Das überhastete und ungeordnete Down-Rating dieser Produkte verstärkte jedoch Misstrauen und Unsicherheit unter den Marktteilnehmern.

hingegen bisher auf die Bereitstellung von kurzfristigen Liquiditätlinien, nicht zuletzt um das Inflationsziel nicht zu gefährden. Die Europäische Zentralbank signalisierte mit einer zweimaligen Anhebung ihres Leitzinssatzes von 3½% auf zuletzt 4%, dass sie auch bei Marktturbulenzen dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet bleibt.

Abbildung 4: Leitzinssätze im Euro-Raum und in den USA



Q: EZB, Federal Reserve Board.

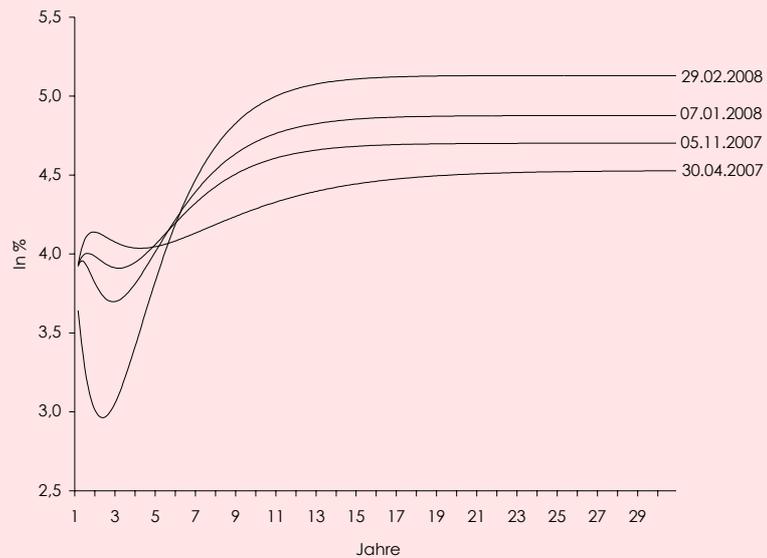
Abbildung 5: Differenz zwischen Taggeldsatz und Dreimonatssatz im Eurosystem



Q: OeNB.

Die liquiditätsstützenden Maßnahmen der Zentralbanken konnten zwar die Basisfunktionen des Geldmarktes – und damit die Funktionalität des gesamten Finanzsystems – aufrechterhalten und vor allem eine schockartige Übertragung auf die Realwirtschaft in den Industrieländern (etwa in Form von Kreditrationierung) verhindern. Die Verwerfungen im internationalen Finanzsystem ließen sich damit jedoch bisher nicht dauerhaft beheben. Die nach wie vor große Schwankungsbreite der mittel- bis längerfristigen Geldmarktsätze sowie die adverse Verformung der Zinsstrukturkurve bei Laufzeiten bis zu einem Jahr im Eurosystem spiegeln das anhaltend hohe Misstrauen unter den Banken wider. Die nur allmähliche Neuordnung der Risikopositionen, vor allem aus den direkten und indirekten Engagements auf Subprime-Märkten der USA, wird den notwendigen Anpassungsvorgang im Bankensektor bis weit in das Jahr 2008 hinein verzögern. Das internationale Finanzsystem bleibt daher weiterhin auf die Stabilitätskompetenz der führenden Zentralbanken angewiesen.

Abbildung 6: Entwicklung der Zinsstrukturkurve im Eurosystem



Q: EZB.

Österreichisches Bankensystem bleibt bisher von Finanzkrise größtenteils verschont

Trotz der internationalen Finanzkrise hielt das Wachstum der österreichischen Banken 2007 ungebrochen an. Die Bilanzsumme aller österreichischen Banken erreichte 900 Mrd. € und lag damit um knapp 13% über dem Ergebnis des Jahres 2006. Das überdurchschnittlich starke Bilanzsummenwachstum ist vor allem auf die dynamische Entwicklung der Auslandsaktiva zurückzuführen (fast +20%). Deren Anteil an der Bilanzsumme stieg damit auf 39%.

Übersicht 8: Ausgewählte Aktiva und Passiva des österreichischen Bankensystems

	2005	2006	2007	2005	2006	2007
		Mrd. €		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Aktiva						
Inländische Wertpapiere	60,1	58,2	59,6	+ 12,6	- 3,3	+ 2,4
Direktkredite	263,3	275,2	285,1	+ 4,7	+ 4,5	+ 3,6
An den öffentlichen Sektor	29,1	28,7	26,3	- 8,1	- 1,6	- 8,2
An Unternehmen	108,9	116,1	122,0	- 0,0	+ 6,5	+ 5,1
An private Haushalte	104,9	108,8	115,1	+ 10,7	+ 3,7	+ 5,8
Euro-Kredite	210,1	223,3	238,5	+ 3,1	+ 6,3	+ 6,8
Fremdwährungskredite	53,2	51,9	46,6	+ 11,2	- 2,4	- 10,3
Auslandsaktiva	245,9	293,5	351,0	+ 22,7	+ 19,4	+ 19,6
Passiva						
Sichteinlagen	58,1	62,0	68,5	+ 12,2	+ 6,9	+ 10,4
Termineinlagen	22,1	25,3	38,3	+ 9,1	+ 14,3	+ 51,5
Spareinlagen	136,9	139,8	146,1	+ 0,7	+ 2,1	+ 4,5
Fremdwährungseinlagen	3,7	4,1	5,4	+ 34,2	+ 9,1	+ 32,3
Eigene Inlandsemissionen	84,1	97,2	121,1	+ 17,6	+ 15,4	+ 24,5
Auslandspassiva	234,8	259,3	273,4	+ 20,3	+ 10,4	+ 5,4
Bilanzsumme	725,7	797,8	899,5	+ 11,2	+ 9,9	+ 12,8

Q: OeNB.

Die gute Konjunktur sorgte 2007 für eine lebhaftere Nachfrage nach Krediten. Die Euro-Kreditvergabe stieg gegenüber dem Vorjahr um knapp 7%, die Fremdwährungskredite verzeichneten hingegen einen deutlichen Rückgang von mehr als 10% gegenüber 2006. Mit fast 90% der gesamten Fremdwährungskredite war hier der Schweizer Franken trotz einer Verringerung um knapp 6 Mrd. € die bedeutendste fremde Währung.

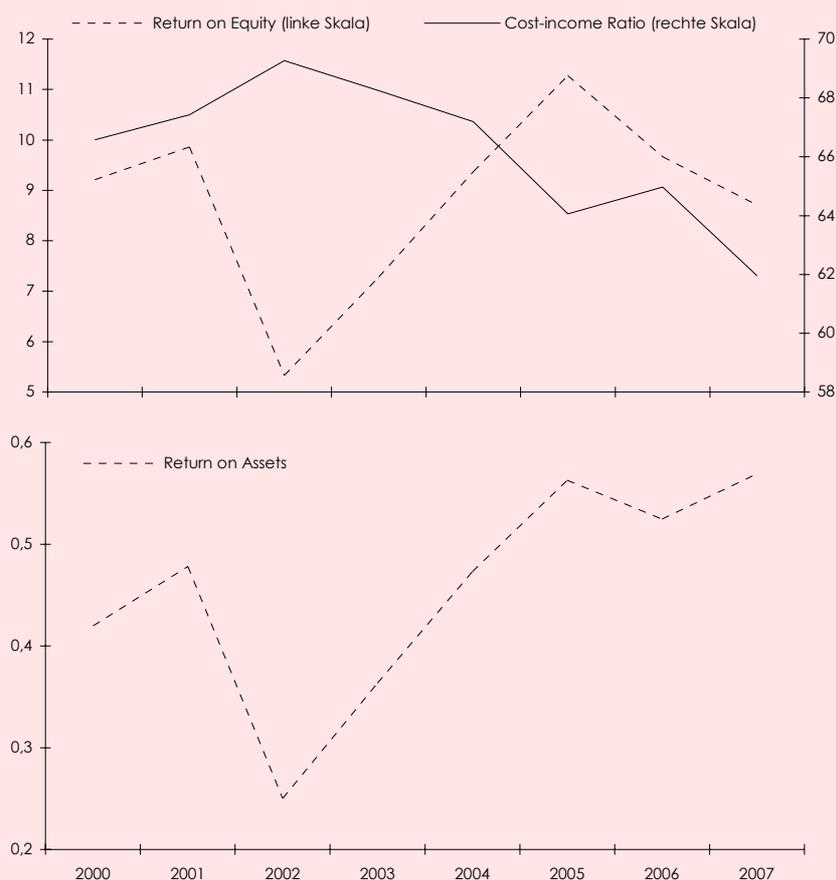
Die Unsicherheit auf den internationalen Finanzmärkten begünstigte vor allem das Wachstum der Einlagen bei den heimischen Banken; es übertraf die Vorjahresrate Ende 2007 mit knapp 12% beträchtlich. Am stärksten wurden mit über +51% die Ter-

mineinlagen ausgeweitet. Viele Marktteilnehmer schichteten Teile ihres Kapitals von volatilen Anlageformen in sichere Festgeldanlagen um, deren Ertragsmöglichkeiten zudem aufgrund der hohen Nachfrage der Banken nach Liquidität ab Mitte 2007 deutlich attraktiver wurden. Die Investmentfonds verloren 2007 knapp 7 Mrd. € an Veranlagungsvermögen in Form von Nettokapitalabflüssen; dem stand ein Kapitalzufluss durch Kursgewinne von lediglich 3,2 Mrd. € gegenüber.

Die Betriebserträge der Banken nahmen auch 2007 kräftig zu (über +5%). Die Steigerung der Nettozinserrträge (+3,2%) fiel 2007 wesentlich stärker aus als in den Vorjahren und war primär auf die erfolgreiche Auslandspräsenz der österreichischen Banken zurückzuführen. Um knapp 10% konnten die Nettoerträge aus dem Provisionsgeschäft gegenüber dem Vorjahresergebnis gesteigert werden. Aufgrund der hohen Dividendenausschüttungen aus Unternehmensbeteiligungen nahmen zudem die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen überdurchschnittlich zu (+22,3%).

Die zentralen Ertrags- und Effizienzkennzahlen des österreichischen Bankensystems verbesserten sich damit 2007 trotz eines schwierigen internationalen Umfelds. Der Return on Assets stieg auf knapp 0,6, und die Cost-income Ratio sank auf 62%, nicht zuletzt weil der Personalaufwand nahezu stagnierte. Der Return on Equity lag hingegen mit 8,7% aufgrund einer überdurchschnittlichen Aufstockung des Eigenkapitals (+34%) um 1 Prozentpunkt unter dem Vorjahresergebnis. Die Eigenmittelausstattung der österreichischen Banken nach Basel I betrug 2007 knapp 18%.

Abbildung 7: Ertrags- und Kostenentwicklung der österreichischen Banken



Q: OeNB.

Die Konsolidierung des Bankstellennetzes kam 2007 zum Stillstand, die Zahl der Filialen erhöhte sich gegenüber 2006 sogar um 7 Bankstellen. Auch die Beschäftigung wurde (gemessen in Vollzeitäquivalenten) mit +2,6% deutlich stärker ausgeweitet als in den Vorjahren.

Die unmittelbaren Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Geschäftsentwicklung der österreichischen Banken halten sich bisher in engen Grenzen. Der Wertberichtigungsbedarf aus Wertpapieren und Beteiligungen belastete 2007 die österreichischen Banken mit 430 Mio. €; das entsprach lediglich 0,5% ihres Eigenmittelbestands. Allerdings ging aufgrund der Marktturbulenzen der Zinsvorteil Österreichs gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raums in einzelnen Kreditkategorien verloren: Wohnbaukredite verteuerten sich in Österreich 2007 überdurchschnittlich, da die Zinssätze wegen der zumeist variablen Konditionen an steigende Refinanzierungskosten rascher angepasst werden können als in Ländern, in denen Fixzinsvereinbarungen überwiegen.

Franz R. Hahn (Franz.Hahn@wifo.ac.at)

Statistik: Christa Magerl (Christa.Magerl@wifo.ac.at)

Exportwirtschaft nutzt günstige internationale Rahmenbedingungen

Der österreichische Export wuchs im Jahr 2007 erneut kräftig (real +8,1%). Maßgebend waren dafür die günstigen internationalen Rahmenbedingungen: Die Weltwirtschaft entwickelte sich wie in den Jahren zuvor äußerst dynamisch (2007 +4,7%), der Welthandel expandierte um 5,8%. Nominell verzeichnete Österreich vor diesem Hintergrund eine zweistellige Exportzuwachsrate (+10,1%), der Wert der Warenexporte erreichte 2007 114,2 Mrd. €. Ähnlich dynamisch wie die Ausfuhr entwickelten sich die Importe (real ebenfalls +8,1% gegenüber dem Vorjahr). Der Wert der Importe war mit 113,8 Mrd. € um 9,2% höher als 2006. Somit wurde erstmals seit 2002 und zum zweiten Mal seit 1953 ein Handelsbilanzüberschuss erzielt.

Übersicht 9: Österreichs Außenhandel im Überblick

	Export				Import				Saldo		Terms-of-Trade
	Werte Mrd. €	Veränderung	Real gegen in %	Preise das Vorjahr	Werte Mrd. €	Veränderung	Real gegen in %	Preise das Vorjahr	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr Mrd. €	In %
2004	89,8	+13,9	+12,5	+ 1,2	91,1	+12,5	+11,7	+ 0,7	- 1,3	0,8	+ 0,5
2005	94,7	+ 5,4	+ 3,2	+ 2,1	96,5	+ 5,9	+ 2,8	+ 3,0	- 1,8	- 0,6	- 0,9
2006	103,7	+ 9,5	+ 6,8	+ 2,6	104,2	+ 8,0	+ 3,8	+ 4,0	- 0,5	1,3	- 1,3
2007	114,2	+10,1	+ 8,1	+ 1,8	113,8	+ 9,2	+ 8,1	+ 1,1	0,4	0,9	+ 0,7
2007, I. Quartal	28,0	+13,1	.	.	27,9	+12,1	.	.	0,1	0,2	.
II. Quartal	28,6	+11,6	.	.	27,8	+ 7,5	.	.	0,8	1,0	.
III. Quartal	27,8	+10,0	.	.	28,5	+ 9,8	.	.	- 0,6	- 0,0	.
IV. Quartal	29,7	+ 6,1	.	.	29,6	+ 7,6	.	.	0,1	- 0,4	.

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Tendenziell ließ die ausgezeichnete Exportdynamik im 2. Halbjahr 2007 nach. Hauptgründe der Verlangsamung waren der anhaltende Wertgewinn des Euro und die Dämpfung der Wirtschaftslage in den USA durch die Immobilienkrise, die sich gegen Jahresende bereits abzeichnete. Die Importe verloren Ende des Jahres weniger an Dynamik.

Die Importpreissteigerung verlangsamte sich gegenüber den zwei Jahren zuvor erheblich. Wahrscheinlich dämpfte die beträchtliche Euro-Aufwertung 2007 die Preise importierter Rohstoffe, teils war auch die Abschwächung der Rohölverteuerung zu Jahresbeginn maßgebend. Auch die Exportpreise stiegen weniger als im Jahr davor. Neben der Abflachung des Preisanstiegs importierter Vorleistungen könnte das auch auf eine mäßige Anhebung der Exportpreise zurückgehen, die potentiellen Marktanteilsverlusten aufgrund der Euro-Aufwertung entgegenwirken sollte. Im Gegensatz zu den zwei Jahren zuvor verbesserten sich die Terms-of-Trade (das Verhältnis zwischen Exportpreisen und Importpreisen) aufgrund der verringerten Importpreissteigerung.

Vor allem wegen des anhaltenden Anstiegs des Euro-Kurses gegenüber dem Dollar erhöhte sich der real-effektive Wechselkurs 2007 um 0,8%, nachdem er 2006 leicht gesunken war. Längerfristig wirkt sich die Euro-Aufwertung negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exporte außerhalb des Euro-Raums aus. Im Außenhandel mit den USA und mit Kanada ist bereits ein Rückgang des Exportwerts zu verzeichnen. Die Daten zum Export in die USA sind jedoch durch den "Klimt-Effekt" verzerrt (siehe dazu weiter unten), sodass die Entwicklung nicht preisbedingt sein muss. So wurde die Nachfrage nach österreichischen Waren in China – dessen Währung eng an den Dollar gebunden ist – laut vorläufigen Daten durch die Wechselkursentwicklung noch nicht beeinträchtigt. Der Export nach China entwickelte sich im Gegenteil sogar äußerst dynamisch (+33,3%). Für 2008 rechnet das WIFO allerdings mit einem deutlichen weiteren Anstieg des real-effektiven Wechselkurses.

Lohnstückkostenentwicklung weiter günstig, aber Anstieg des real-effektiven Wechselkurses

Übersicht 10: Indikatoren zur Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft

	Ø 1995/2000 Veränderung in % p. a.	2005 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2006	2007
Real effektiver Wechselkurs ¹⁾	- 2,4	- 1,0	- 0,6	+ 0,8
Lohnstückkosten der Industrie				
Österreich	- 3,5	- 0,0	- 4,2	- 1,8
Euro-Raum (13 Länder)	- 0,8	- 0,7	- 1,3	+ 0,2
Relative Lohnstückkosten gegenüber den Handelspartnern ²⁾	- 3,9	+ 0,8	- 2,4	- 0,4
Produktivität (Stunden) ³⁾	+ 5,1	+ 4,6	+ 8,4	+ 4,2
Exportpreise	+ 0,8	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,8
Importpreise	+ 1,2	+ 3,0	+ 4,0	+ 1,1
Terms-of-Trade	- 0,4	- 0,9	- 1,3	+ 0,7

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Auf Basis relativer Preise. – ²⁾ Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. – ³⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde.

Die relative Lohnstückkostenposition gegenüber den Handelspartnern verbesserte sich in der Sachgüterproduktion 2007 noch leicht (-0,4% gegenüber dem Vorjahr), wenn auch erheblich schwächer als 2006. Gegenüber dem wichtigsten Handelspartner Deutschland stiegen die relativen Lohnstückkosten 2007 um 1,2%. Für das Jahr 2008 dürften die relativen Lohnstückkosten gegenüber den wichtigsten Handelspartnern steigen, sodass sich die 2007 noch gute preisliche Wettbewerbsposition Österreichs verschlechtern dürfte.

Die Entwicklung der Marktanteile war 2007 regional unterschiedlich. Während laut vorläufigen nominellen Daten 2007 im Export nach Deutschland und in die USA Marktanteil verloren gingen, gewannen die Exportunternehmen in den MOEL 5 an Boden. In Tschechien, Polen, Ungarn und Slowenien folgten diese Marktanteilsgewinne auf einen Rückgang in den zwei Jahren davor. Tendenziell verflachten die Positionsgewinne im Jahresverlauf bis Juli 2007 (letzte verfügbare Daten) in den meisten Ländern oder Regionen bzw. die Marktanteilsverluste verstärkten sich. Für 2008 rechnet das WIFO aufgrund der angenommenen Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit mit leichten Marktanteilsverlusten.

2007 erhöhte sich die Exportquote erneut. Die Warenexporte machten zu laufenden Preisen (114,2 Mrd. €) bereits 41,9% des BIP aus. Langfristig gefördert wird die internationale Integration Österreichs durch die Ostöffnung und den EU-Beitritt. Im Jahr 1989 betrug die Exportquote erst 24,7%, im Jahr des EU-Beitritts (1995) lag sie sogar etwas darunter (24%). Die Bedeutung des EU-Beitritts und der Ostöffnung spiegelt sich auch in der Regionalstruktur der österreichischen Exporte. Österreichs wichtigste Absatzmärkte liegen in Europa, mit Ausnahme der USA, dem dritt wichtigsten Handelspartner Österreichs. So gingen 83,4% aller Exporte in europäische Länder, 72,3% in die EU 27, die Exporte in die MOEL 21 erreichen bereits 21,5%. Eine ähnliche Regionalstruktur weisen die Importe auf (Europa 83,1%, EU 27 74,5%, MOEL ohne GUS Asien 14,3%): Zu den wichtigsten Beschaffungsmärkten gehören ebenfalls großteils europäische Länder; China nimmt die dritte, die USA die fünfte Stelle ein.

Marktanteilsgewinne in den benachbarten MOEL

Erneut Steigerung der Exportquote

Übersicht 11: Österreichs Marktanteile im Außenhandel

	Anteile am Export der OECD			Anteile am Export des Euro-Raums		
	2006 In %	2006 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2007 ¹⁾ in %	2006 In %	2006 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2007 ¹⁾ in %
Intra-EU 27	2,95	+ 0,8	+ 2,6	4,28	+ 2,4	- 1,1
Intra-EU 15	2,60	+ 0,9	+ 1,4	3,81	+ 2,7	- 2,4
Euro-Raum (13 Länder)	2,99	+ 1,6	+ 1,8	4,33	+ 3,0	- 2,1
Deutschland	7,24	+ 0,5	- 1,9	10,94	+ 0,8	- 3,6
MOEL 5 ²⁾	6,47	- 8,6	+ 1,5	8,33	- 6,7	+ 1,6
Ungarn	8,53	- 8,8	+ 0,8	11,24	- 5,9	+ 4,1
Tschechien	7,03	+ 5,7	+ 4,4	8,17	- 4,5	+ 2,6
Slowakei	10,34	- 10,4	- 3,4	12,67	- 9,1	- 4,2
Polen	2,93	- 4,3	+ 3,7	4,12	- 2,8	+ 3,6
Slowenien	15,05	- 2,2	+ 1,9	16,90	- 2,3	+ 0,9
Bulgarien ³⁾	7,08	+ 2,6	+ 13,9	8,37	+ 0,3	+ 10,1
Rumänien ³⁾	7,87	+ 5,3	- 1,8	9,67	+ 3,6	+ 0,5
Extra-EU 27	1,11	+ 4,0	+ 6,4	3,32	+ 2,8	+ 2,0
Extra-EU 15	1,56	+ 3,2	+ 7,8	4,18	+ 1,5	+ 2,6
Südosteuropa ³⁾⁴⁾	11,21	- 6,4	- 2,4	14,24	- 7,1	+ 1,0
GUS	3,28	+ 2,7	+ 1,2	4,49	+ 1,9	+ 1,4
Industrieländer in Übersee	0,85	+ 5,1	+ 1,0	3,28	+ 4,9	- 1,6
USA	0,97	+ 6,3	- 2,4	3,07	+ 5,4	- 4,6
Entwicklungsländer	0,75	+ 10,8	+ 6,5	2,42	+ 10,4	+ 2,3
Insgesamt	2,03	+ 1,5	+ 4,1	3,96	+ 2,3	- 0,2

Q: OECD, WIFO-Berechnungen. OECD: 24 Länder, Euro-Raum: 12 Länder. – ¹⁾ Jänner bis Juli. – ²⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ³⁾ Geschätzt, ohne Niederlande; Export nach Bulgarien: ohne Türkei. – ⁴⁾ Albanien, Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Montenegro.

Exporte in die neuen EU-Länder dynamisch

2007 entwickelte sich Österreichs Intra-EU-Export (+10,4%) etwas dynamischer als die Extra-EU-27-Exporte, aufgrund der kräftigen Steigerung der Exporte in die 12 neuen EU-Länder (+16,8%). Besonders erfolgreich waren die österreichischen Exportunternehmen in den benachbarten MOEL 5 (+18,4%). Nach Ungarn wurde um 13,4% mehr geliefert als im Vorjahr, nachdem die Ausfuhr in den letzten Jahren teils sogar gesunken war. Noch dynamischer entwickelten sich die Exporte in die anderen MOEL 5 (Slowenien +25,6%, Polen +22,3%, Tschechien +18,3%, Slowakei +15,8%). Erstmals überstieg der Anteil der Warenexporte nach Tschechien jenen der Exporte nach Ungarn; Tschechien rangierte damit an 7. Stelle der Exportrangliste. Die Exporte in diese Region lieferten somit 2007 einen bedeutenden Wachstumsbeitrag.

Beachtliche Wachstumsbeiträge kamen auch aus Deutschland – mit einem leicht unterdurchschnittlichen Exportwachstum (+9,3%), jedoch einem hohen Anteil an den Gesamtexporten – sowie aus Italien. Deutlich schwächere Wachstumsimpulse ergaben sich aus der mäßigen Steigerung der Exporte nach Frankreich (+4,1%), Großbritannien (+3%) oder in die Schweiz (+2,9%).

Gemäß der offiziellen Außenhandelsstatistik blieb der Export in die USA 2007 um 5,6% unter dem Vorjahresniveau. Diese Entwicklung ist jedoch durch den "Klimt-Effekt" überzeichnet: Die Übergabe der Klimt-Bilder ging im März 2006 mit etwa 250 Mio. € als Export in die Außenhandelsstatistik ein. Bereinigt um diesen Effekt ergibt sich für 2007 ein Rückgang von nur ungefähr 1,6%. Auch ohne den Sondereffekt ergab sich also gegenüber dem Vorjahr (2006 um "Klimt-Effekt" bereinigt +9,7%) eine deutliche Abschwächung. Sie dürfte bereits auf das Nachlassen der Importnachfrage aus den USA und die Dollarabwertung zurückzuführen sein. Auch die Exporte nach Kanada waren schwach rückläufig (-0,9%).

Insbesondere die Wachstumsmärkte Russland und China boten den österreichischen Exportunternehmen aber gute Expansionsmöglichkeiten (Russland +15%, China +33,3%). China nahm (nach der Stagnation 2006) bereits die 16. Stelle in der Rangfolge der bedeutendsten Exportmärkte Österreichs ein. Die Ausfuhr nach Russland erreichte zuletzt ein Volumen von 2,6 Mrd. €.

Übersicht 12: Regionalstruktur des Außenhandels

	Export		Import		Saldo	
	2007 Anteile in %	2006 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2007 Anteile in %	2006 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2006 Mrd. €	2007
OECD ¹⁾	81,5	+ 8,0	84,3	+ 6,1	- 1,7	- 2,9
Intra-EU 27	72,3	+ 8,0	74,5	+ 6,1	- 3,0	- 2,2
Intra-EU 15	56,0	+ 6,2	63,3	+ 6,0	- 7,4	- 8,1
12 neue EU-Länder	16,3	+ 15,2	11,2	+ 6,4	4,4	5,9
MOEL 5 ²⁾	13,4	+ 13,5	10,3	+ 6,5	2,6	3,6
Ungarn	3,5	+ 8,8	2,5	+ 5,0	0,9	1,2
Tschechien	3,5	+ 15,7	3,2	+ 5,2	0,0	0,4
Baltikum	0,4	- 18,4	0,1	+ 11,0	0,3	0,4
Bulgarien, Rumänien	2,4	+ 25,0	0,8	+ 6,1	1,3	1,8
Euro-Raum (13 Länder)	52,7	+ 6,5	60,5	+ 6,1	- 8,5	- 8,6
Deutschland	30,1	+ 4,5	41,5	+ 6,2	- 11,8	- 12,8
Italien	8,9	+ 12,8	6,9	+ 12,4	2,1	2,4
Extra-EU 27	27,7	+ 13,7	25,5	+ 14,0	2,5	2,6
Extra-EU 15	44,0	+ 14,2	36,7	+ 11,6	7,0	8,5
Sonstiges Westeuropa	5,7	+ 7,3	5,4	+ 10,6	1,2	0,4
EFTA	4,9	+ 6,1	4,7	+ 13,2	1,1	0,3
Schweiz	4,0	+ 2,9	3,7	+ 8,7	0,9	0,3
Andere	0,8	+ 15,1	0,8	- 1,1	0,1	0,1
Industrieländer in Übersee	8,3	+ 13,1	6,2	+ 4,4	2,8	2,4
NAFTA	6,2	+ 14,2	3,9	+ 7,5	3,3	2,6
USA	5,1	+ 14,4	3,3	+ 9,0	2,7	2,0
Japan	1,0	+ 7,3	1,6	+ 2,4	- 0,8	- 0,7
Südosteuropa ³⁾	2,2	+ 7,0	1,0	+ 29,6	1,2	1,5
GUS	3,5	+ 33,0	2,9	+ 4,6	- 0,3	0,6
Entwicklungsländer	7,7	+ 16,2	10,2	+ 24,1	- 2,9	- 2,8
OPEC	1,9	+ 14,8	1,9	+ 42,3	0,0	0,0
NOPEC	5,8	+ 16,6	8,3	+ 20,8	- 2,9	- 2,8
China	1,4	+ 0,9	4,0	+ 26,7	- 2,5	- 2,9
6 dynamische Länder Asiens ⁴⁾	1,9	+ 18,3	2,0	+ 6,8	- 0,3	- 0,2
Südamerika	1,3	+ 25,8	1,1	+ 9,6	0,1	0,3
Ingesamt	100,0	+ 9,5	100,0	+ 8,0	- 0,5	0,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ OECD einschließlich Mexikos, Südkoreas, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Polens. – ²⁾ Ungarn, Polen, Slowenien, Tschechien, Slowakei. – ³⁾ Albanien, Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Montenegro. – ⁴⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia.

Exportzuwächse ergaben sich in fast allen Produktgruppen. Außerordentlich kräftig gesteigert wurden die Stahl- und Eisenexporte (+23,3%) sowie die Holzexporte (+18,3%). Nach dem besonders erfolgreichen Jahr 2006 wurden die Lieferungen von chemischen Erzeugnissen nochmals überdurchschnittlich ausgeweitet. Die leicht unterdurchschnittliche Performance der Warengruppe "Maschinen und Fahrzeuge" – mit einem Anteil von 41,4% die bedeutendste Warengruppe im österreichischen Export – war vor allem auf den Rückgang der Pkw-Exporte zurückzuführen. Hauptgrund hierfür dürfte die Einstellung einer Produktionslinie in Graz gewesen sein (laut Fachverband der Fahrzeugindustrie Österreichs verringerte sich die Fahrzeugproduktion gegenüber dem Höchststand 2006 von rund 275.000 Stück auf 230.000 im Jahr 2007). Die Abnahme der Pkw-Exporte schlug sich insbesondere im Handel mit Deutschland, den USA, mit Italien oder Großbritannien nieder. Trotz dieses Rückgangs wies die Handelsbilanz weiterhin einen Überschuss auf. Überdurchschnittlich gut entwickelten sich die Exporte der Autozulieferindustrie (Kfz-Motoren, Teile von Motoren oder andere Kfz-Teile, Zubehör).

Die Daten zum Import der Warengruppe "Maschinen und Fahrzeuge" enthalten den Import von fünf Eurofightern. Die Anschaffung dieser ersten Tranche der Abfangjäger dürfte die Entwicklung der Maschinen- und Fahrzeugimporte um gut 1 Prozentpunkt verbessert haben ⁸⁾.

Autozulieferindustrie erfolgreich, jedoch Rückgang der Pkw- Exporte

⁸⁾ Unter der Annahme eines Importwertes von 80 Mio. € pro Flugzeug.

Übersicht 13: Warenstruktur des Außenhandels

	Export		Import		Saldo	
	2007 Anteile in %	2006 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2007 Anteile in %	2006 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2006 Mrd. €	2007
Nahrungsmittel	6,1	+ 11,2	6,1	+ 7,3	0,3	0,0
Rohstoffe	3,3	+ 12,4	4,4	+ 17,0	- 1,3	- 1,2
Holz	1,6	+ 8,3	1,0	+ 28,1	0,4	0,7
Brennstoffe	2,7	- 44,9	9,7	- 0,4	- 9,3	- 8,0
Chemische Erzeugnisse	10,6	+ 17,9	11,2	+ 12,2	- 0,9	- 0,6
Bearbeitete Waren	24,1	+ 14,5	17,6	+ 18,1	6,5	7,5
Papier	3,4	+ 6,8	1,6	+ 3,3	2,1	2,1
Textilien	1,4	+ 1,1	1,3	- 2,2	0,1	0,1
Eisen, Stahl	6,3	+ 8,9	3,9	+ 25,6	2,4	2,8
Maschinen, Fahrzeuge	41,4	+ 10,7	36,3	+ 5,8	6,1	5,9
Autozulieferindustrie	6,3	+ 8,6	5,3	+ 8,2	0,1	1,2
Pkw	5,4	+ 10,5	5,1	+ 1,6	1,6	0,4
Konsumnahe Fertigwaren	11,2	+ 8,9	14,0	+ 5,8	- 2,1	- 3,1
Insgesamt	100,0	+ 9,5	100,0	+ 8,0	- 0,5	0,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Rohölverteuerung durch Dollarabwertung gedämpft

Aufgrund der großen Rohstoffnachfrage auf dem Weltmarkt, insbesondere von China und den anderen asiatischen Schwellenländern, stiegen 2007 sowohl der Rohölpreis als auch die Rohstoffnotierungen generell, wenn auch weniger deutlich als in den zwei Jahren zuvor. Gedämpft wurden die Erdöl- und Rohstoffimporte durch die deutliche Euro-Aufwertung. Während der Erdölimportpreis (Dollar je Barrel) gegenüber 2006 um 11,6% stieg, erhöhte sich der Importpreis (Euro je Tonne) um nur ungefähr 3%. Als rohstoffarmes Land ist Österreich auf Importe insbesondere von Energierohstoffen (Erdöl, Erdgas) angewiesen; Österreichs gesamte Brennstoff- und Energieimporte machten 2007 9,7% der gesamten Einfuhr bzw. 4,1% des BIP aus. 2007 gingen diese Anteile jedoch zurück. Die geringe Steigerung der Erdölimportwerte 2007 um 2,2% war ausschließlich auf Preissteigerungen zurückzuführen, die Importmenge sank. Der Import von Erdöl und Erdölzeugnissen verringerte sich auch gemessen am Wert (-2,5%).

Übersicht 14: Österreichs Energieimporte

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Mrd. €					
Brennstoffe, Energie	5,7	6,5	8,1	11,8	11,7	11,1
Erdöl und -erzeugnisse	3,3	3,5	4,6	6,1	7,4	7,2
Erdöl	1,6	1,5	1,7	2,5	3,0	3,1
	Anteile am Gesamtimport in %					
Brennstoffe, Energie	7,4	8,0	8,9	12,2	11,3	9,7
Erdöl und -erzeugnisse	4,2	4,4	5,0	6,3	7,1	6,3
Erdöl	2,1	1,9	1,9	2,6	2,9	2,7
	In % des BIP					
Brennstoffe, Energie	2,6	2,9	3,4	4,8	4,5	4,1
Erdöl und -erzeugnisse	1,5	1,6	1,9	2,5	2,9	2,6
Erdöl	0,7	0,7	0,7	1,0	1,2	1,1
	Importpreis Erdöl					
€ je t	196,4	196,2	229,8	316,5	388,1	399,6
\$ je Barrel	25,0	29,9	38,1	52,5	65,8	73,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Die Werte für 2005 dürften aufgrund des "Stromeffekts" überschätzt sein (Sieber, S., "Kapitel 6: Österreichs Warenhandel", in FIW, Österreichs Außenwirtschaft 2007, Wien, 2007, S. 124, <http://www.wifo.ac.at/wwwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31060&typeid=8&displaymode=2>).

Erstmals seit 2002 und zum zweiten Mal seit 1953 war die österreichische Handelsbilanz positiv (+400 Mio. €). Erstmals seit der Auflösung der UdSSR ergab sich auch gegenüber Russland ein Handelsbilanzüberschuss (735,5 Mio. €). Er war einerseits auf den Rückgang der Importe aus Russland (-22,5%) zurückzuführen – die Brennstoff- und Energieimporte, die mehr als drei Viertel aller Russlandimporte umfassen, brachen (möglicherweise auch wegen des milden Winters 2006/07) um fast 30% ein –, andererseits jedoch auf die überdurchschnittlich kräftige Ausweitung der Exporte nach Russland (+15,0%), speziell in den traditionell bedeutenden Warengruppen "Maschinen und Fahrzeuge" (+15,5%), "chemische Erzeugnisse" (+12,9%), "bearbeitete Waren" (+16,9%) sowie "konsumnahe Fertigwaren" (+14,4%).

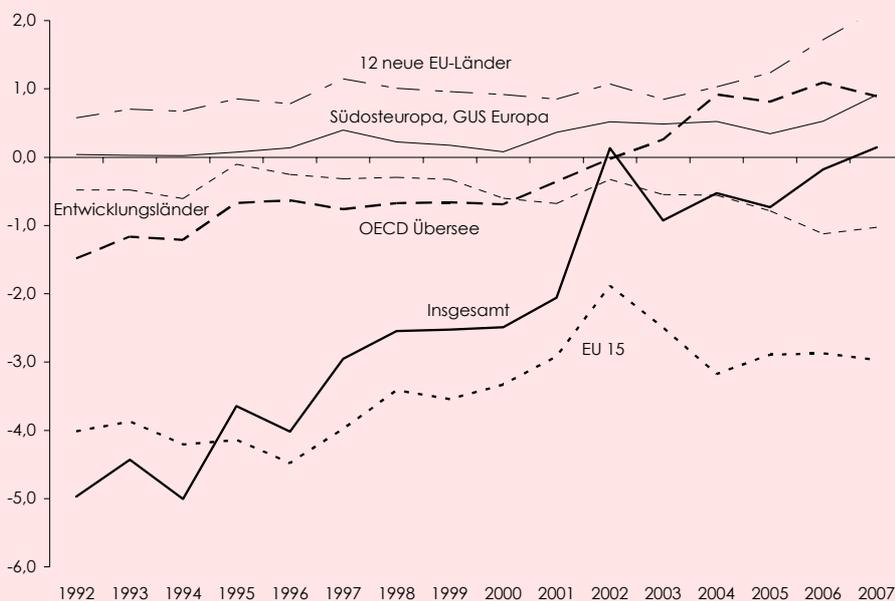
Teils erheblich verbesserte sich auch der Handelsbilanzsaldo gegenüber den anderen MOEL, mit Ausnahme der Slowakei und der Ukraine.

In Summe trug die Verbesserung der Handelsbilanz mit den MOEL um 2,76 Mrd. € maßgeblich zur Aktivierung der österreichischen Handelsbilanz bei. Hingegen verschlechterte sich der Saldo im Außenhandel mit Deutschland, der Schweiz, den USA und China 2007 etwas.

Handelsbilanz zum zweiten Mal seit 1953 positiv

Abbildung 8: Österreichs Handelsbilanz

Saldo in % des BIP



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Südosteuropa: Albanien, Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Montenegro.

Susanne Sieber (Susanne.Sieber@wifo.ac.at)
Statistik: Gabriele Wellan (Gabriele.Wellan@wifo.ac.at)

Nach +5,4% im Jahr 2006 expandierte der Welttourismus – gemessen an den internationalen Touristenankünften – 2007 mit +6,1% neuerlich kräftig und erreichte mit 898 Mio. Ankünften erstmals die 900-Mio.-Grenze^{?)}. Damit expandierte der internationale Tourismus etwas weniger kräftig als im Durchschnitt seit 2003 (+6,8% pro Jahr). Längerfristig betrachtet befindet sich der Welttourismus in einer Phase sehr raschen Wachstums: In der Periode 1995/2000 waren mit +5% pro Jahr schwächere Zuwächse erzielt worden, und zwischen 2000 und 2003 hatten die Ankünfte stagniert (Abbildung 9).

Die stärksten Zuwächse der internationalen Ankünfte verzeichneten 2007 der Mittlere Osten (+13,4%), Asien und das pazifische Becken (+10,2%) sowie Afrika (+7,9%). Deut-

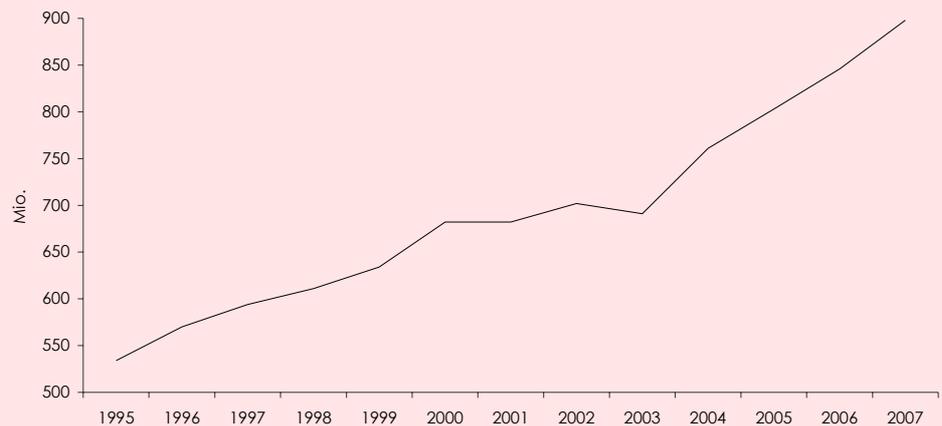
Wettbewerbsposition im Tourismus trotz Schneemangels leicht verbessert

^{?)} World Tourism Organization (UNWTO), World Tourism Barometer, 2008, 6(1).

lich schwächer expandierte der Tourismus in Amerika (einschließlich Karibik +4,7%) und Europa (+4,2%).

Das Wachstum des internationalen Tourismus entsprach 2007 in Europa mit 4,2% etwa dem Trend seit 2003 (+4,4% pro Jahr). Europa zählt mit 480 Mio. Ankünften weltweit zwar noch immer zu den größten Destinationen (Marktanteil 53,5%), langfristig gehen jedoch weiterhin Marktanteile verloren. Seit 1995 verringerte sich der Marktanteil Europas um insgesamt 4,4 Prozentpunkte oder um etwa 0,4 Prozentpunkte pro Jahr.

Abbildung 9: Entwicklung der internationalen Touristenankünfte weltweit

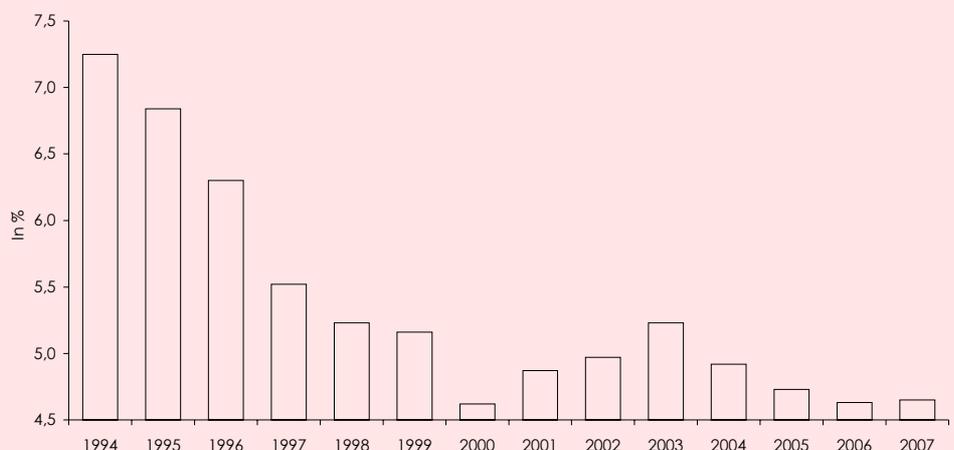


Q: World Tourism Organization (UNWTO).

Österreich verzeichnete im Jahr 2007 20,77 Mio. Ankünfte ausländischer Gäste; dies entspricht einer Steigerung von 2,5% gegenüber dem Vorjahr. Die Einnahmen aus dem internationalen Tourismus (Tourismusexporte) erreichten 16,56 Mrd. € (+4,3%, real +1,6%).

Trotz des Schneemangels in der Wintersaison 2006/07 konnte Österreich seinen Marktanteil im internationalen europäischen Tourismus – gemessen an den Tourismusexporten auf Dollarbasis – im Jahresdurchschnitt 2007 gegenüber dem Vorjahr leicht steigern (4,7%, +0,1 Prozentpunkt). Somit lag der Wert auch etwas über dem historischen Tiefststand des Jahres 2000 (4,6%; Abbildung 10).

Abbildung 10: Österreichs nomineller Marktanteil am internationalen europäischen Tourismus



Q: IMF, OeNB, WIFO, wiw, UNWTO. Auf Dollarbasis, ohne internationalen Personentransport; 2007: Schätzung. Europa: EU 27, Norwegen, Island, Schweiz und Türkei.

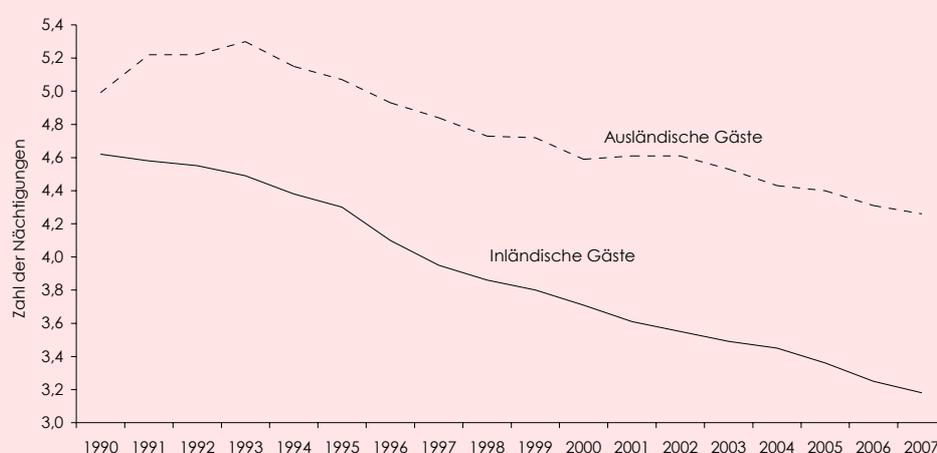
Relativ hohe Marktanteilsgewinne erzielten 2007 Polen, Schweden, Portugal und die Niederlande, während andere wichtige Destinationen – insbesondere Italien, die Türkei, Deutschland und Frankreich – relativ große Einbußen erlitten.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer sank im Kalenderjahr 2007 aufgrund der anhaltenden Tendenz zu Kurzurlauben neuerlich (–1,5%), sodass trotz kräftiger Steigerung der Ankünfte (+3,3% auf 31,13 Mio.) die Nächtigungen (+1,7% auf 121,42 Mio.) nur leicht stiegen.

Während die Ankünfte inländischer Gäste deutlich zunahm (+5,0%, 2006 +5,2%), verringerte sich ihre Aufenthaltsdauer (–2,1%, 2006 –3,1%). Für Reisende aus dem Ausland ist diese Diskrepanz mit einer Steigerung der Ankünfte um 2,5% (2006 +1,6%) und einem Rückgang der Aufenthaltsdauer um 1,1% (2006 –2,1) deutlich geringer. Im Durchschnitt blieben 2007 inländische Gäste 3,2 Nächte, ausländische Gäste um mehr als eine Nacht länger (4,3 Nächte; Abbildung 11).

Aufenthaltsdauer nimmt weiter ab

Abbildung 11: Aufenthaltsdauer von in- und ausländischen Gästen in Österreich



Q: Statistik Austria.

Im Kalenderjahr 2007 stieg die Zahl der Nächtigungen von inländischen Reisenden mit +2,7% stärker als die der ausländischen Gäste (+1,3%; Übersicht 15). Von den im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsmärkten wurden insbesondere weniger Nächtigungen von Gästen aus Deutschland (–1,3%), Frankreich (–3,0%), Italien (–3,1%), Schweden (–2,3%), den USA (–2,6%) und Japan (–15,5%) verzeichnet. Kräftig gesteigert wurden dagegen die Übernachtungen von Gästen aus den 12 neuen EU-Ländern (+17,1%), während die Nachfrage aus der EU 15 stagnierte (–0,1%). Weiterhin steigende Tendenz hatten die Nächtigungen der Gäste aus Russland (+24,7%) und der Ukraine (+13,8%).

Die monetären Größen der Nachfrage entwickelten sich 2007 ähnlich wie die quantitativen: So stiegen die Ausgaben der inländischen Reisenden für Inlands- (+5,9%) und Auslandsaufenthalte (+4,9%) stärker als die Aufwendungen ausländischer Gäste in Österreich (+4,3%).

Die Verlagerung der Nachfrage zu qualitativ hochwertigen Unterkünften hält im österreichischen Tourismus an. Im Kalenderjahr 2007 erhöhte sich die Zahl der Nächtigungen in der gehobenen Hotellerie (3- bis 5-Stern-Betriebe) um 2,6%; dabei zog die Nachfrage inländischer Gäste mit +5,2% deutlich kräftiger an als jene der ausländischen Reisenden (+1,7%). In den anderen Unterkunftsarten stagnierten die Nächtigungen dagegen (+0,5%); nur in den Ferienwohnungen und -häusern nahmen sie um 2,3% zu.

Übersicht 15: Übernachtungen in Österreich nach der Herkunft

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2007	Ø 2000/ 2007
	In 1.000									Veränderung in % p. a.
Insgesamt	113.686	115.111	116.804	117.967	117.251	119.242	119.403	121.417	+ 1,7	+ 0,9
Inland	31.021	31.335	30.859	31.561	31.329	31.501	32.130	32.998	+ 2,7	+ 0,9
Ausland	82.665	83.776	85.945	86.406	85.922	87.741	87.274	88.419	+ 1,3	+ 1,0
EU 27 ¹⁾	78.219	77.294	78.048	+ 1,0	.
EU 25 ¹⁾	77.920	76.842	77.291	+ 0,6	.
EU 15 ¹⁾	71.524	72.539	74.377	74.328	73.105	74.019	72.551	72.493	- 0,1	+ 0,2
Deutschland	52.334	52.786	53.499	52.805	50.987	51.028	48.792	48.151	- 1,3	- 1,2
Niederlande	7.376	7.682	8.221	8.518	8.454	8.686	8.765	9.087	+ 3,7	+ 3,0
Großbritannien	3.066	3.037	3.238	3.200	3.423	3.602	3.786	3.931	+ 3,8	+ 3,6
Italien	2.534	2.684	2.813	3.004	3.056	3.119	3.153	3.055	- 3,1	+ 2,7
Belgien und Luxemburg	2.216	2.265	2.388	2.481	2.510	2.637	2.685	2.755	+ 2,6	+ 3,2
Frankreich	1.461	1.443	1.562	1.612	1.736	1.664	1.753	1.701	- 3,0	+ 2,2
Dänemark	879	953	980	988	1.026	1.159	1.310	1.445	+ 10,3	+ 7,3
Schweden	678	650	649	627	661	695	727	711	- 2,3	+ 0,7
Spanien	452	469	437	469	560	632	660	678	+ 2,6	+ 6,0
Finnland	174	187	180	183	211	246	251	248	- 1,3	+ 5,2
Griechenland	169	171	178	196	195	225	254	270	+ 6,2	+ 6,9
Irland (Republik)	123	153	170	185	215	253	332	364	+ 9,4	+ 16,7
Portugal	62	57	61	60	71	73	82	98	+ 19,9	+ 6,7
12 neue EU-Länder	4.201	4.743	5.555	+ 17,1	.
10 neue EU-Länder (Beitritt 2004)	3.902	4.291	4.798	+ 11,8	.
MOEL 5	2.521	2.688	2.847	3.163	3.397	3.725	4.041	4.504	+ 11,4	+ 8,6
Ungarn	729	788	859	1.009	1.150	1.296	1.399	1.511	+ 8,0	+ 11,0
Tschechien	685	760	787	922	1.043	1.133	1.236	1.391	+ 12,5	+ 10,6
Polen	755	791	839	830	764	820	894	1.037	+ 16,0	+ 4,6
Slowenien	201	189	197	216	219	244	249	270	+ 8,2	+ 4,3
Slowakei	151	160	164	185	220	232	263	295	+ 12,2	+ 10,1
Estland	39	50	52	+ 4,1	.
Lettland	55	80	95	+ 18,8	.
Litauen	53	76	104	+ 36,8	.
Zypern	13	18	21	+ 15,1	.
Malta	16	25	22	- 12,8	.
2 neue EU-Länder (Beitritt 2007)	132	160	.	.	.	299	452	757	+ 67,5	+ 28,4
Bulgarien ²⁾	46	65	.	.	.	68	89	121	+ 35,9	+ 14,7
Rumänien ²⁾	86	95	.	.	.	230	363	636	+ 75,2	+ 33,2
Schweiz	2.892	3.092	3.284	3.540	3.564	3.514	3.579	3.701	+ 3,4	+ 3,6
Übersee	2.917	2.524	2.236	2.123	2.429	2.457	2.584	2.456	- 4,9	- 2,4
USA	1.876	1.580	1.341	1.249	1.417	1.389	1.498	1.458	- 2,6	- 3,5
Japan	584	528	482	457	531	566	539	456	- 15,5	- 3,5
Australien und Neuseeland	279	241	241	243	294	309	331	318	- 3,8	+ 1,9
Kanada	178	176	172	174	188	193	217	224	+ 3,7	+ 3,4
China	237	249	253	245	- 3,0	.
Indien bzw. Südasien ³⁾	58	48	58	49	61	71	88	89	+ 0,3	+ 6,3
Russland	530	631	787	+ 24,7	.

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Ohne Österreich. – ²⁾ November 2002 bis Oktober 2004: keine Erhebung. – ³⁾ Bis Oktober 2004: Indien, Pakistan, Afghanistan, Bangladesch, Butan, Sri Lanka, Iran, Malediven, Nepal; ab November 2004: Indien.

Wintersaison: trotz Schneemangels leichtes Umsatzplus

In der Wintersaison 2006/07 konnten die Umsätze trotz empfindlichen Schneemangels um knapp 1% gesteigert werden. Die Aufwendungen der inländischen Gäste steigen dabei stärker (+2,5%) als jene der ausländischen (+0,5%). Der Nachfragerückgang in der schneearmen Wintersaison 2006/07 traf vor allem Westösterreich: In den Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg sanken die Nächtigungen insgesamt um 2,4%, in der Steiermark wurde ein leichter Rückgang von 0,6% verzeichnet. Die wesentlich weniger vom Wintersport abhängigen anderen Bundesländer erzielten insgesamt eine Nächtigungssteigerung um 4,1%. Auch der relativ wetterunabhängige Städtetourismus erreichte mit +3,2% einen deutlichen Zuwachs (trotz der Sondereffekte von EU-Präsidentschaft und Mozart-Jahr im Jahr 2006, die insbesondere in Wien und Salzburg wirkten: Wintersaison 2005/06 +9,3% bzw. 14,5%), während die Nachfrage im ländlichen Raum um 1,4% geringer war als im Vorjahr. Unter den größeren Städten erzielten in der Wintersaison 2006/07 insbesondere Innsbruck (+3,3%) und Salzburg (+6,0%) überdurchschnittliche Zuwächse.

Folgen der globalen Erwärmung für den Wintertourismus

Unabhängig von der Nutzung der Expansionsmöglichkeiten birgt die große Abhängigkeit vom Wintersport für die Tourismuswirtschaft ein erhebliches Risiko, weil die globale Erwärmung die natürlichen Voraussetzungen für den Wintersport in den Alpen verschlechtert¹⁾:

Wegen der hohen Korrelation zwischen Temperatur und Dauer der Schneedeckenlage bedeutet ein signifikanter Anstieg der Temperatur gleichzeitig eine verkürzte Zeitspanne der geschlossenen Schneedecke. Ebenso würde sich die Schneedecke in größere Höhe verlagern.

Wichtige Effekte der Erwärmung wären eine stärkere Konzentration auf hochgelegene Gebiete und eine Saisonverkürzung. Der große Nachfragedruck würde die Festlegung von Besucherobergrenzen notwendig machen. Der Schisport würde damit den Charakter des Massensports verlieren und aufgrund der beträchtlichen Verteuerung zunehmend elitär werden. Der Erschließungsdruck würde steigen, sodass die Belastung ökologisch sensibler Gebiete zunähme.

Die möglichen Auswirkungen der Erwärmung reichen von der wintersportrelevanten Freizeit- und Sportartikelindustrie bis zur Leistungsbilanz, die vom Tourismus stark positiv beeinflusst wird. Durch den Temperaturanstieg wären vor allem die vielen alpinen Gebiete betroffen, die durch die Entwicklung des Wintertourismus einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor aufgebaut haben. Für diese bildet der Wintertourismus die Existenzgrundlage, da für andere Produktionsformen keine nennenswerten oder nur sehr begrenzte Möglichkeiten vorhanden sind.

Mit künstlicher Schneeproduktion kann der Entwicklung nur eingeschränkt entgegengewirkt werden. Da ein Großteil der österreichischen Wintersportorte auf relativ geringer Seehöhe liegt, sind Maßnahmen zu erarbeiten, die auch andere Standbeine als den Wintersport ins Auge fassen.

¹⁾ Smeral, E., Tourismusstrategische Ausrichtung 2015: Weichenstellung im österreichischen Tourismus für mehr Wachstum und Beschäftigung, WIFO, Wien, 2007, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=28918&typeid=8&display_mode=2.

Im Gegensatz zur Wintersaison konnte im Sommer 2007 mit +6,3% (real +3,7%) ein deutlicher Umsatzzuwachs erzielt werden. Österreich dürfte damit auch gemessen am europäischen Reiseverkehr Marktanteile gewonnen und so seine Wettbewerbsposition verbessert haben. Wahrscheinlich wurden aber die wegen des Schneemangels abgesagten oder verkürzten Winterurlaube zu einem Teil in der Sommersaison nachgeholt, wodurch die Entwicklung möglicherweise etwas begünstigt wurde.

Gegenläufig zur bisherigen Tendenz stieg die Zahl der Nächtigungen in der Sommersaison 2007 in den Städten (+1,4%) deutlich schwächer als im übrigen Österreich (+3,6%). Auch hier müssen aber die vor allem in den Städten Wien und Salzburg wirkenden positiven Sondereffekte des Jahres 2006 berücksichtigt werden (die EU-Präsidentschaft Österreichs ging mit 30. Juni 2006 zu Ende, während das Mozart-Jahr den Tourismus das ganze Jahr 2007 beeinflusste). Die Stadt Salzburg verzeichnete in der Sommersaison 2007 einen Rückgang von 6,1% gegenüber den Vergleichswerten des Vorjahres, Wien erreichte im Vergleich mit einem wesentlich höheren Trendwachstum nur eine schwache Steigerung von 2,5%. Kräftige Zuwächse wurden in Bregenz (+18,1%), Eisenstadt (+15,8%), Innsbruck (+4,9%) und Graz (+4,8%) realisiert.

Egon Smeral (Egon.Smeral@wifo.ac.at)
Statistik: Sabine Fragner (Sabine.Fragner@wifo.ac.at)

Schon wegen ihres Gewichtes von mehr als 54% des Bruttoinlandsproduktes ist die private Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen für Verbrauchszwecke für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft von großer Bedeutung. Da das Konsumentenverhalten in der Regel längerfristig orientiert ist, erfüllt diese Nachfragekomponente darüber hinaus eine wichtige stabilisierende Funktion im Konjunkturverlauf: Nicht bei jeder Änderung des wirtschaftlichen Umfeldes werden die Verbrauchspläne umgestellt, sondern hauptsächlich dann, wenn diese Änderungen als dauerhaft angesehen werden. In Zeiten guter Konjunktur, wenn die Einkommen vorüberge-

Wettbewerbsposition in der Sommersaison verbessert

Starker Preisauftrieb dämpft Konsumnachfrage

Konsum- und Wirtschaftsentwicklung seit 2000

hend überdurchschnittlich zunehmen, weiten daher die privaten Haushalte ihre Ausgaben für Verbrauchszwecke nicht im vollen Ausmaß des Einkommenszuwachses aus. Die Konsumquote (Relation der Konsumausgaben zum Einkommen) sinkt. Umgekehrt steigt sie im Konjunkturabschwung, weil die Haushalte ihre Verbrauchsausgaben nicht so stark einschränken, wie es kurzfristig der Einkommensentwicklung entspräche. Durch die antizyklische Entwicklung der Konsumquote bildet die Konsumnachfrage einen wichtigen stabilisierenden Faktor im Konjunkturverlauf. Allerdings war diese stabilisierende Wirkung in Österreich – ähnlich wie im gesamten Euro-Raum – in der Abschwungphase 2001/2003 schwächer ausgeprägt als in der Rezessionsphase 1992/1994, und das Konsumwachstum fiel dadurch in Österreich in diesem Zeitraum um rund 1 Prozentpunkt niedriger aus.

Nicht nur die stabilisierende Wirkung der Konsumnachfrage hat sich in letzter Zeit verringert, auch ihr Expansionspfad wurde im Zeitraum 2000/2005 flacher. Im Bestreben, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht zuletzt durch Lohnzurückhaltung zu sichern, fielen die Einkommensteigerungen in Österreich – wie im Durchschnitt des Euro-Raums – relativ gering aus. Nach einer Untersuchung der OeNB¹⁰⁾ trug die gedämpfte Einschätzung der eigenen finanziellen Situation der privaten Haushalte insbesondere in den unteren Einkommensgruppen in dieser Zeit maßgebend zur Konsumschwäche bei. Außerdem disponierten die privaten Haushalte wegen hoher Unsicherheit bezüglich der Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung angesichts der Zunahme der Arbeitslosigkeit und wegen des getrübteten Vertrauens in die Zukunft vorsichtiger und reduzierten ihren Konsumanteil am verfügbaren Einkommen. Verstärkt wurde diese Entwicklung tendenziell durch die Steigerung der privaten Pensionsvorsorge, durch die längerfristig Konsumstandards gesichert werden sollen¹¹⁾. In der Periode 2000/2005 fiel daher das reale Konsumwachstum (+1,2%) deutlich geringer aus als in den Jahren 1995/2000 (+2,2%; Übersicht 16). Mit der starken Konjunkturbelebung beschleunigte es sich 2006 auf +2,1%.

Übersicht 16: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote

	Privater Konsum ¹⁾		Persönlich verfügbares Einkommen		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾	Nominell	Real ³⁾	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Ø 1995/2000	+ 3,6	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,6	+ 0,6
Ø 2000/2005	+ 2,9	+ 1,2	+ 3,0	+ 1,4	- 0,1
2006	+ 3,7	+ 2,1	+ 4,3	+ 2,7	- 0,6
2007	+ 3,5	+ 1,4	+ 4,3	+ 2,2	- 0,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. – ³⁾ Berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

2007 verhaltene Einkommensentwicklung, Konsumquote sinkt weiter

Der Aufschwung der österreichischen Wirtschaft hielt im Jahr 2007 an (BIP real +3,4%). Trotz guter Konjunktur stiegen die Einkommen der privaten Haushalte jedoch wegen der anhaltenden Lohnzurückhaltung nur mäßig (nominell +4,3%, real +2,2%). Durch die Beschleunigung des Preisaufliebs insbesondere gegen Jahresende wurde die reale Kaufkraft zusätzlich gedämpft und damit der Expansionspielraum der Konsumnachfrage weiter eingeschränkt.

Die privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck) gaben 2007 rund 150 Mrd. € für Verbrauchszwecke aus, um 3,5% mehr als ein Jahr zuvor. Nach Ausschaltung der Preissteigerung betrug der reale Konsumanstieg 1,4%. Er war damit knapp höher als im Durchschnitt der Jahre 2000/2005, jedoch deutlich geringer als 2006.

Die Konsumquote ging 2007 weiter zurück. Ein Grund dafür ist die oben aufgezeigte antizyklische Entwicklung dieser gesamtwirtschaftlichen Kenngröße. Dass der Rückgang so deutlich und stärker als 2006 ausfiel, hängt mit der hohen Inflation zusammen, insbesondere mit der stärkeren Verteuerung von Gütern des täglichen Bedarfs.

¹⁰⁾ Stix, H., Weak Consumption in Austria – Low Income Growth or Deteriorated Expectations, OeNB, Wien, 2007 (mimeo).

¹¹⁾ Kurzfristig verringert sich dadurch jedoch der Ausgabenrahmen der privaten Haushalte.

Inflation dämpft die realen Einkommen und Vermögenswerte der privaten Haushalte, die wichtigsten Determinanten der Konsumnachfrage, und damit auch die Verbrauchsausgaben. Steigen insbesondere die Preise der Güter des täglichen Bedarfs, so hat dies deutlichere Auswirkungen auf den privaten Konsum als eine Verteuerung von Gütern, die nur einmal innerhalb von mehreren Jahren angeschafft werden (z. B. dauerhafte Konsumgüter wie Pkw, Möbel, Elektrogeräte usw.), weil das Phänomen der Inflation täglich bewusst wird und einkommenschwache Schichten mit hoher Konsumneigung stärker betroffen sind¹²⁾. Da sich 2007 vor allem Güter des täglichen Bedarfs verteuerten (IV. Quartal 2007: Milch, Käse, Eier +15,4%, Brot und Getreideerzeugnisse +7,7%), während einige dauerhafte Konsumgüter (IV. Quartal 2007: Datenverarbeitungsgeräte -18,7%, Foto-, Kino- und optische Geräte -3,6%) sogar billiger wurden, war die von den privaten Haushalten wahrgenommene Inflation höher als die tatsächliche und ihre eingeschätzte reale Kaufkraft dementsprechend geringer. Das wirkte sich negativ auf die Ausgaben aus – insbesondere gegen Jahresende, als sich die Inflation beschleunigte.

Gemessen an der Konjunktur- und der Trendkomponente schwächte sich die Konsumnachfrage im Jahresverlauf entsprechend ab. Das Wachstum der Trendzykluskomponente verlangsamte sich von 0,4% im Durchschnitt der ersten drei Quartale auf 0,3% im IV. Quartal. Nach Ausschaltung von Saisonschwankungen stagnierte die reale Nachfrage gegen Jahresende (IV. Quartal +0,1%) auf dem Niveau des Vorquartals. Auch im Vorjahresvergleich war das reale Wachstum im IV. Quartal (+1,2%) niedriger als im Durchschnitt der Vorquartale (I. bis III. Quartal +1,5%).

Übersicht 17: Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Haushaltssektors

Transaktionen

	2005	2006	2005	2006	2007
			Mio. €	I. bis III. Quartal	
Geldvermögensbildung	19.075	18.460	15.105	13.501	14.924
Bargeld und Einlagen	5.386	6.372	4.831	3.950	9.843
Wertpapiere	1.520	1.252	1.226	822	2.587
Börsennotierte Aktien	1.658	2.157	1.510	2.135	- 1.031
Investmentzertifikate	3.761	2.431	2.284	2.058	238
Versicherungssparprodukte	5.668	5.137	4.235	3.399	2.828
Lebensversicherungen	4.748	4.107	3.536	2.773	2.393
Finanzierung	7.947	5.885	6.608	4.788	4.000
Nach der Laufzeit					
Kurzfristige Kredite	2.008	118	1.467	53	265
Langfristige Kredite	5.942	5.756	5.144	4.727	3.734
Nach dem Zweck					
Wohnbaukredite	4.657	4.174	3.304	3.018	3.938
Konsumkredite	2.167	593	2.182	751	- 48
Nach dem Kreditgeber					
Inländische Banken	7.325	5.155	6.081	4.206	4.027
Sonstige Kreditgeber	625	719	527	575	- 29
Finanzierungssaldo	11.127	12.575	8.498	8.711	10.926

Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

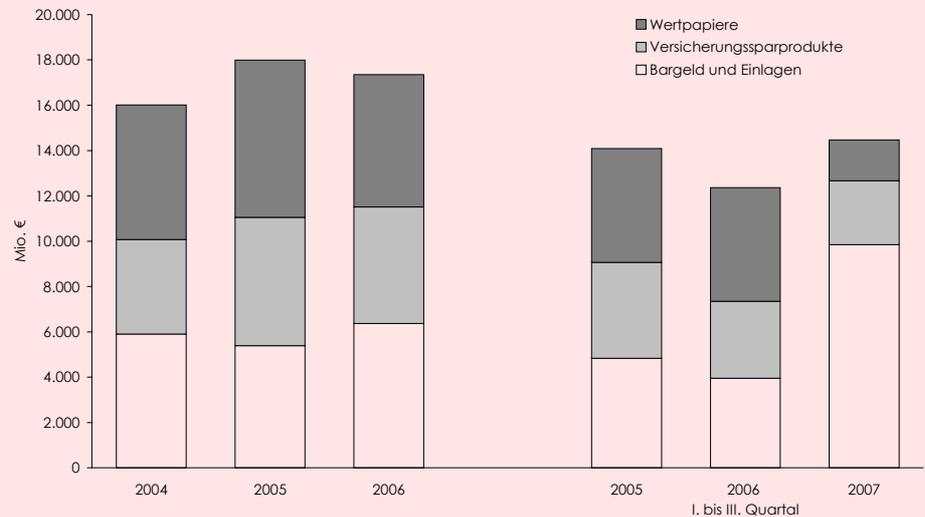
Die Schwäche der Konsumnachfrage spiegelt sich in einem erhöhten Sparaufkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck). Wie aus Übersicht 17 hervorgeht, nahm ihre Geldvermögensbildung nach Erhebungen der OeNB in den ersten drei Quartalen 2007 um knapp 15 Mrd. € zu, um gut 1,4 Mrd. € stärker als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den Anstieg der Zinssätze. Im Gegensatz zu den letzten Jahren war die Nachfrage nach Bargeld und Bankeinlagen sehr rege (Abbildung 12); nach Angaben der OeNB wurden täglich fällige bzw. kurzfristig gebundene Sparformen

¹²⁾ Nach Ergebnissen der Konsumerhebung 2004/05 geben Haushalte des unteren Einkommensterzils 18,7% ihres Einkommens für Nahrungs- und Genussmittel aus, Haushalte des oberen Einkommensterzils jedoch nur 9,6%.

bevorzugt, und hohe Beträge gingen auf Sichtkonten. Diese Entwicklung zeugt von großer Unsicherheit: Man wartet ab und beobachtet die Marktentwicklung, bevor man längerfristig veranlagt.

Abbildung 12: Struktur der Veranlagungen des privaten Haushaltssektors

Transaktionen

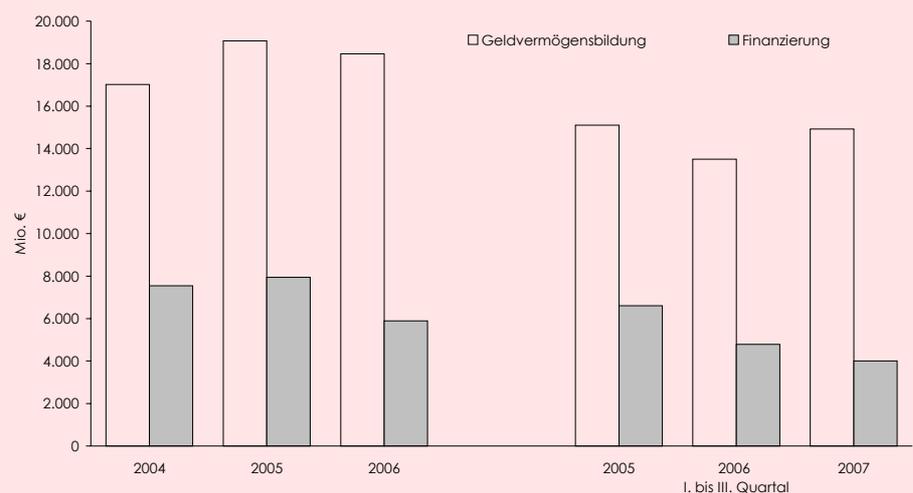


Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Nach Erhebungen der OeNB ist ein wichtiges Motiv für das Sparen der privaten Haushalte das Vorsorgemotiv. Die private Vorsorge gewinnt an Gewicht, wobei die Ansprüche aus Lebensversicherungen und gegenüber Pensionskassen einen Eckpfeiler bilden. In den letzten fünf Jahren betrug ihr Anteil an der gesamten Geldvermögensbildung rund 25%.

Abbildung 13: Vermögensaufbau und Verschuldung der privaten Haushalte

Transaktionen



Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Der Anstieg der Zinssätze dämpfte die Kreditnachfrage 2007. Die Neuverschuldung ging im Durchschnitt der ersten neun Monate auf 4 Mrd. € zurück (2006 4,8 Mrd. €). Während Konsumkredite in den ersten neun Monaten 2007 per Saldo eingeschränkt wurden, waren Wohnbaukredite überdurchschnittlich gefragt; sie verteuerten sich

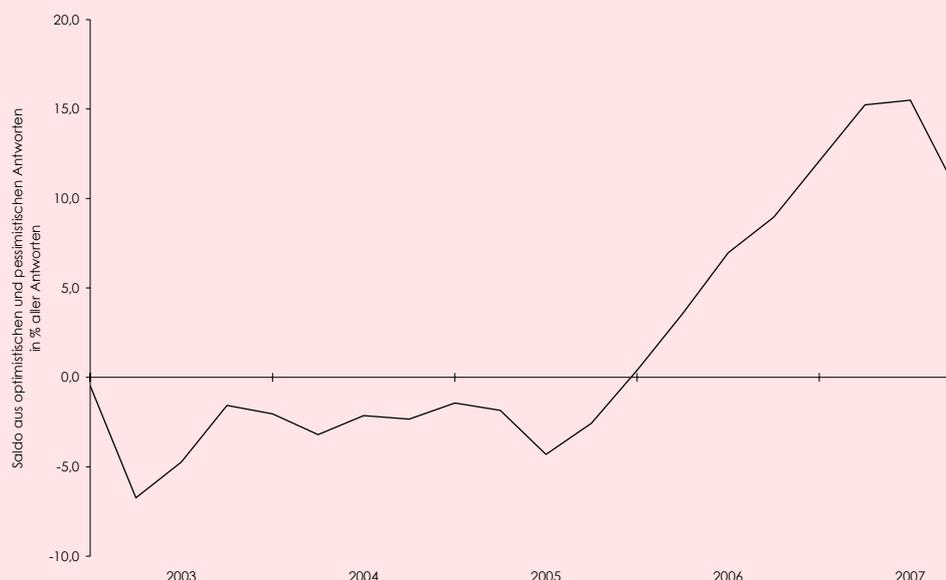
nach Angaben der OeNB wegen des starken Wettbewerbs weniger als Konsumkredite.

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung der Geldvermögensbildung und der Verschuldung (Abbildung 13) stieg der Finanzierungssaldo der privaten Haushalte in den ersten neun Monaten 2007 auf knapp 11 Mrd. €, nach 8,7 Mrd. € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das belegt die hohe Sparneigung in dieser Zeitspanne.

Innerhalb der Konsumnachfrage war im Jahr 2007 erwartungsgemäß die konjunktur-reagible Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern lebhaft. Die Ausgaben für diese Güter reagieren stark auf Einkommenschwankungen, weil der hohe Preis je Kaufeinheit in der Regel eine Anspar- und/oder Verschuldungsphase der Haushalte erfordert. Der Anschaffungszeitpunkt ist zudem von Stimmungen und Erwartungen abhängig. Nach einer von der Europäischen Kommission geförderten Erhebung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) stieg der Vertrauensindex der österreichischen Haushalte¹³⁾ in den ersten drei Quartalen relativ deutlich und verschlechterte sich erst zu Jahresende. Die realen Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter übertrafen aufgrund dieser günstigen Rahmenbedingungen das Vorjahresniveau um 2,5%. Einem Rückgang der Pkw-Anschaffungen (-2,4%) stand ein starker Zuwachs der Ausgaben für die übrigen dauerhaften Güter (+5,2%) wie Möbel, Elektrogeräte, Computer usw. gegenüber.

Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter überdurchschnittlich gesteigert

Abbildung 14: Entwicklung des saisonbereinigten Vertrauensindex



Q: Eurostat. Arithmetisches Mittel der Salden aus optimistischen und pessimistischen Antworten in % aller Antworten zur künftigen finanziellen Situation des Haushalts, zur Möglichkeit Geld zu sparen, zur Ansicht über die künftige allgemeine Wirtschaftslage und zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit (mit umgekehrtem Vorzeichen). Saisonbereinigung mit dem von Eurostat entwickelten Programm Dainties.

Lebhaft ausgeweitet wurden die Konsumausgaben für Nachrichtenübermittlung sowie die Ausgaben im Ausland, während für Verkehr (Pkw) sowie insbesondere für Tabakwaren und alkoholische Getränke weniger aufgewandt wurde als im Vorjahr.

Mit Ausnahme des Kfz-Handels waren die Rahmenbedingungen für den österreichischen Handel im Jahr 2007 günstig. Der Boom in Außenhandel und Produktion sollte dem Großhandel zugute kommen, und die Zunahme der Konsumnachfrage sollte dem Einzelhandel eine geringfügige Umsatzsteigerung ermöglichen.

Mäßiger Geschäftsgang im Handel

¹³⁾ Arithmetisches Mittel der Salden aus optimistischen und pessimistischen Antworten zu den Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung, zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit (mit umgekehrtem Vorzeichen) sowie zum Sparen in den nächsten 12 Monaten.

Übersicht 18: Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	Ø 1995/2000	Ø 2000/2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	- 0,6	+ 1,7	+ 2,7	+ 2,1
Tabakwaren, alkoholische Getränke	+ 3,8	+ 0,4	+ 1,3	- 5,1
Bekleidung, Schuhe	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,6
Wohnen, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 0,9	+ 1,4	- 0,1	+ 1,8
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte	+ 0,2	- 0,5	+ 0,9	+ 2,4
Gesundheitspflege	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,7	+ 2,3
Verkehr	+ 1,6	- 1,5	- 5,2	- 0,3
Nachrichtenübermittlung	+ 16,4	+ 8,2	- 5,9	+ 4,1
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	+ 5,6	+ 1,9	+ 6,9	+ 1,1
Bildungswesen	+ 1,8	+ 1,6	- 5,0	+ 4,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 6,5	+ 7,0	+ 12,4	+ 2,0
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 1,5	+ 1,0	+ 5,5	+ 1,5
Ausgaben von Gebietsansässigen im Ausland	+ 0,3	- 2,0	+ 3,1	+ 3,2
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 2,0	+ 3,2	+ 3,3	- 0,5
Privater Konsum insgesamt	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,4
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,1	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Übersicht 19: Entwicklung der Umsätze im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Nominell</i>				
2005	+ 2,3	- 0,3	+ 3,1	+ 2,2
2006	+ 3,6	+ 2,4	+ 4,5	+ 2,3
2007	+ 3,3	+ 1,0	+ 4,1	+ 3,0
1. Halbjahr	+ 3,8	+ 1,1	+ 4,8	+ 3,3
2. Halbjahr	+ 2,9	+ 0,9	+ 3,4	+ 2,7
I. Quartal	+ 4,7	+ 1,6	+ 6,2	+ 3,7
II. Quartal	+ 2,9	+ 0,7	+ 3,5	+ 2,9
III. Quartal	+ 1,4	- 1,2	+ 1,8	+ 2,1
IV. Quartal	+ 4,2	+ 3,0	+ 5,0	+ 3,3
<i>Real</i>				
2005	+ 0,1	- 2,2	+ 0,1	+ 1,5
2006	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,7
2007	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	+ 1,0
1. Halbjahr	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,8
2. Halbjahr	- 0,6	- 0,8	- 1,1	+ 0,4
I. Quartal	+ 2,6	+ 0,6	+ 3,1	+ 2,7
II. Quartal	+ 0,5	- 0,3	+ 0,6	+ 0,8
III. Quartal	- 1,4	- 2,2	- 2,0	+ 0,3
IV. Quartal	+ 0,1	+ 0,6	- 0,3	+ 0,4

Q: Statistik Austria.

Der Großhandel (ohne Kfz-Handel) setzte 2007 rund 94 Mrd. € um, nominell um 4,1% und real wegen des starken Preisauftriebs um nur 0,2% mehr als ein Jahr zuvor (Übersicht 19). Entgegen den Erwartungen ergab sich somit real kaum eine Zunahme. Allerdings dürfte die ausgewiesene Preisentwicklung nach oben verzerrt sein und der reale Zuwachs entsprechend unterschätzt. Dafür sprechen ein Vergleich mit Deutschland, Modellrechnungen sowie die resultierende Entwicklung der Produktivität: In der Vergangenheit hatten sich die Großhandelspreise in Österreich und Deutschland weitgehend parallel entwickelt, 2007 stiegen sie jedoch in Österreich wesentlich stärker; gemäß ökonomischen Berechnungen dürfte die Entwicklung um 1 bis 2 Prozentpunkte überzeichnet sein. Auch Modellprognosen, in denen Trend-, Konjunktur- und Saisoneinflüsse sowie Sondereffekte berücksichtigt wurden, liefern eine Überschätzung der Preissteigerungen im österreichischen Großhandel um gut 1 Prozentpunkt. Aufgrund des geringen realen Umsatzzuwachses und der Beschäftigungsentwicklung laut Vollerhebung des Hauptverbandes der österreichi-

schen Sozialversicherungsträger würde sich zudem ein unplausibel starker Rückgang der Produktivität ergeben.

Der Geschäftsgang des Einzelhandels hängt von der Entwicklung der (einzelhandelsrelevanten) Ausgaben der Gebietsansässigen und der Nicht-Gebietsansässigen in Österreich ab. Beide Komponenten nahmen 2007 nur mäßig zu, sodass der Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) einen nur verhaltenen Geschäftsgang verzeichnete. Er setzte 2007 gut 43 Mrd. € um, nominell um 3% und real um 1% mehr als ein Jahr zuvor. In der zweiten Jahreshälfte schwächte sich der Geschäftsgang nicht zuletzt wegen der hohen Inflation deutlich ab.

Die geringe Pkw-Nachfrage und die Rohölverteuerung dämpften im Jahr 2007 die Entwicklung des Kfz-Handels. Mit 26 Mrd. € überstiegen die Umsätze das Vorjahresniveau nominell um 1%, real blieben sie aber um 0,3% darunter.

Übersicht 20: Preise und Beschäftigung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Preise (Ø 2000 = 100)</i>				
2005	+ 2,2	+ 2,0	+ 3,1	+ 0,7
2006	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,9	+ 0,6
2007	+ 2,8	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,9
1. Halbjahr	+ 2,2	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,5
2. Halbjahr	+ 3,5	+ 1,7	+ 4,6	+ 2,3
I. Quartal	+ 2,0	+ 1,0	+ 3,0	+ 0,9
II. Quartal	+ 2,3	+ 1,1	+ 2,9	+ 2,1
III. Quartal	+ 2,9	+ 1,0	+ 3,9	+ 1,8
IV. Quartal	+ 4,2	+ 2,5	+ 5,3	+ 2,9
<i>Beschäftigung</i>				
2005	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,9
2006	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,9
2007	+ 1,5	+ 0,3	+ 2,4	+ 1,2
1. Halbjahr	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,6	+ 1,1
2. Halbjahr	+ 1,4	- 0,2	+ 2,2	+ 1,4
I. Quartal	+ 1,6	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,0
II. Quartal	+ 1,6	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,3
III. Quartal	+ 1,3	- 0,2	+ 2,3	+ 1,1
IV. Quartal	+ 1,6	- 0,3	+ 2,1	+ 1,7

Q: Statistik Austria.

Insgesamt nahmen die Umsätze des österreichischen Handels 2007 nominell um 3,3% zu, real um 0,4%. Die Preise (Übersicht 20) stiegen um 2,8%, am stärksten im Großhandel (allerdings wie erwähnt statistisch überzeichnet). Die Beschäftigung nahm 2007 im Handel gemessen an der verhaltenen realen Entwicklung überraschend deutlich zu, insbesondere im Großhandel. Da die Beschäftigungsausweitung wahrscheinlich zu einem Gutteil Teilzeitstellen betraf, dürfte der Anstieg zu Vollzeitäquivalenten entsprechend geringer gewesen sein.

Michael Wüger (Michael.Wueger@wifo.ac.at)
Statistik: Martina Agwi (Martina.Agwi@wifo.ac.at)

Die Inflationsrate betrug im Jahresdurchschnitt 2007 (auf Basis des Verbraucherpreisindex) 2,2% und war damit deutlich höher als im Jahr zuvor (1,5%). Der Jahresdurchschnitt verdeckt jedoch die Entwicklung im Jahresverlauf: Lag der Jännerwert noch bei 1,6%, so stieg die Teuerungsrate besonders im IV. Quartal stark und erreichte im Dezember mit 3,6% ihren Höchstwert.

Besonders die Verteuerung von notwendigen Produkten wie Nahrungsmitteln (Dezember 2007 +8,2% gegenüber dem Vorjahr), Haushaltsenergie (Elektrizität, Gas, Heizöl und andere Brennstoffe +6,6%) und Treibstoffen (+22,6%), die eine hohe Kauf-

**Inflation flammt
wieder auf**

frequenz aufweisen, ließ die gefühlte Inflation deutlich anziehen¹⁴). Die Preisindizes für die Warenkörbe des täglichen und des wöchentlichen Einkaufs stiegen um 8,3% bzw. 8,7%.

Neben diesen Produktgruppen wiesen die Bereiche Bekleidung und Schuhe (Durchschnitt September bis Dezember +4,8%), Materialien zur Wohnungsinstandhaltung und Reparatur (Durchschnitt 2007 +6,6%) sowie Wasserversorgung und andere Dienstleistungen für das Wohnen (+4,6%) ebenfalls stark überdurchschnittliche Preissteigerungen auf.

Eine deutliche Verteuerung notwendiger Güter trifft private Haushalte mit niedrigem Einkommen überproportional, da der Anteil von Nahrungsmitteln und Wohnen, Beleuchtung und Beheizung an den Ausgaben überdurchschnittlich hoch ist¹⁵).

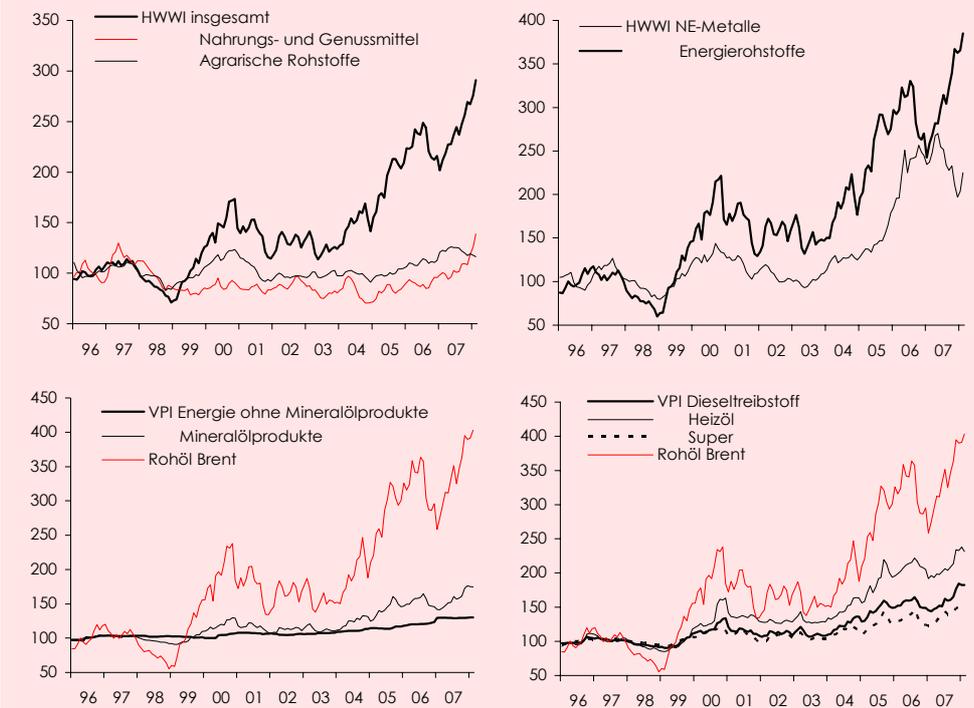
Wie in den Vorjahren wurden im Jahresdurchschnitt 2007 vor allem Geräte für die Nachrichtenübermittlung (Telefonapparate und Faxgeräte -8,4%), Geräte für Audiovision, Fotografie und Datenverarbeitung (-4,7%) sowie Luftpersonenverkehrsdienstleistungen (-24,7%) billiger.

Der Preisindex für Pensionistenhaushalte wies im Jahresdurchschnitt einen Anstieg von 2,6% auf (2006 +1,8%), um 0,4 Prozentpunkte höher als jener des VPI. Maßgebend für diesen Unterschied war der höhere Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel, Haushaltsenergie, Güter und Dienstleistungen aus den Bereichen pharmazeutische Erzeugnisse, Pflege- und Seniorenheime sowie private Krankenversicherung, die sich im Vergleich zum allgemeinen Preisauftrieb im Jahr 2007 ebenfalls überdurchschnittlich verteuerten. Zudem geben Pensionistenhaushalte weniger als der Durchschnittshaushalt für Kommunikation, Unterhaltungselektronik und EDV-Geräte sowie Flugtickets aus, deren Preise 2007 sanken.

Der Preisauftrieb betrug im Jahr 2007 2,2% und beschleunigte sich zum Jahresende auf 3,6%. Dazu trugen besonders die Ausgabengruppen Nahrungsmittel und Energie bei.

Abbildung 15: Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise

1996 = 100, in €



Q: HWWI, Statistik Austria. HWWI . . . Weltmarktpreisindex, VPI . . . Verbraucherpreisindex.

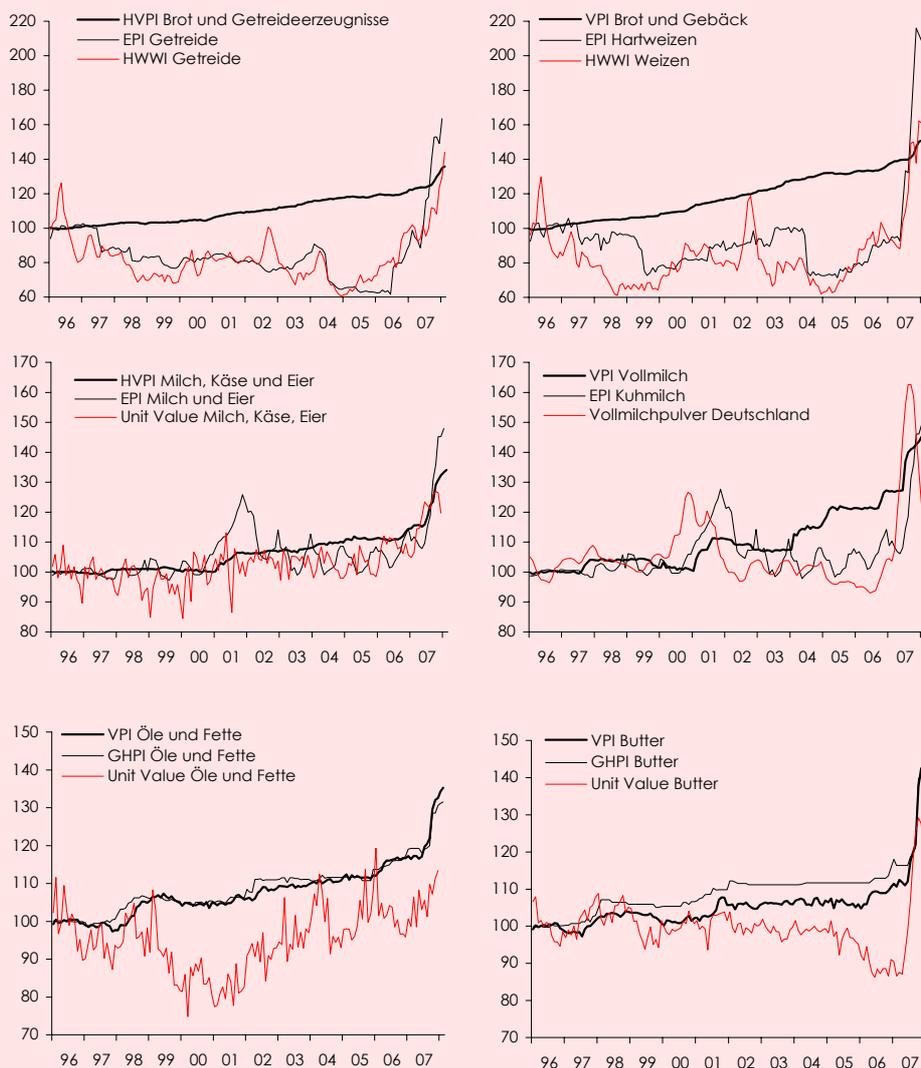
¹⁴) Zur gefühlten Inflation siehe Fluch, M., Stix, H., "Wahrgenommene Inflation in Österreich – Ausmaß, Erklärungen, Auswirkungen", Geldpolitik und Wirtschaft, 2005, (Q3/2005), S. 25-53, http://www.oenb.at/de/img/gewi_2005_q3_tcm14-32030.pdf.

¹⁵) Gemäß Konsumerhebung 2004/05 betrug der Ausgabenanteil der zwei Gütergruppen für das unterste Einkommensdezil 36,5% und für das oberste Einkommensdezil 30,7%.

Gemäß dem HWWI-Index erhöhten sich die Weltmarktpreise von Rohstoffen auf Euro-Basis um 3,5% (nach +19% im Jahr 2006). Der höchste Preisanstieg ergab sich für agrarische Rohstoffe (+11%) und Nahrungsmittel (+14,2%). Der Rohölpreis erhöhte sich im Vorjahresvergleich um nur 0,7%. Der Jahresdurchschnitt verdeckt jedoch die starke unterjährige Dynamik: Bis zum August lag der Erdölpreis unter den Werten des Vorjahres, und für zwei Drittel des Jahres war daher die Preisveränderung gegenüber dem Vorjahresmonat negativ. Gegen Jahresende stiegen die Rohölpreise aber stark (Dezember +32% gegenüber dem Vorjahr) – eine Tendenz, die im Jahr 2008 anhält (Abbildung 15). Die Weltmarktpreise für Getreideprodukte zogen im Jahresverlauf weiter an (Abbildung 16). Im Dezember waren Getreideprodukte auf dem Weltmarkt (in Euro) um 27% teurer als ein Jahr zuvor. Auch diese Entwicklung setzt sich im Jahr 2008 fort.

Abbildung 16: Preisindizes für ausgewählte Nahrungsmittel in Österreich

1996 = 100, in €



Q: ANZ, Eurostat, HWWI, Statistik Austria, Zentrale Markt- und Preisbestimmstelle Bonn. EPI ... Erzeugerpreisindex, GHPI ... Großhandelspreisindex, HVPI ... Harmonisierter Verbraucherpreisindex, HWWI ... Weltmarktpreisindex, VPI ... Verbraucherpreisindex, Unit-Value ... Index des Intra-EU-15-Exports der EU 15.

Bestimmend für die starke Verteuerung agrarischer Rohstoffe waren sowohl nachfrage- als auch angebotsseitige Faktoren. Die weltweite Zunahme der Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen und verarbeiteten Nahrungsmitteln wird vom Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen in (bevölkerungsreichen) Schwellenländern (China, Indien, Brasilien, Russland) und vom verstärkten Einsatz agrarischer Rohstoffe für die Erzeugung von Agrotreibstoffen angetrieben.

Steigende Inputkosten von Treibstoffen, Saatgut und Düngemitteln verteuern die Produktion. Durch Produktionsausfälle in bedeutenden Exportländern (Australien, EU, Ukraine), Exportbeschränkungen in wichtigen Produzentenländern (Argentinien, Russland, Kasachstan, China, Ukraine, Indien) und historisch niedrige Lagerbestände war das Angebot auf dem Weltmarkt zu gering, um die Preise stabil zu halten¹⁶⁾.

Die Erwartung einer Verteuerung von Rohstoffen und die Zunahme der Unsicherheit auf den Immobilien- und Aktienmärkten hatten eine Verlagerung der Finanzströme auf die Warenterminmärkte zur Folge. Zur Diversifikation von Anlage- und Spekulationsvermögen wurde zunehmend in derivative Finanzprodukte für Rohstoffe investiert. Dies verstärkte die Hausse der Futures-, Optionen- und Spot-Kurse von Commodities.

Der Auftrieb der Weltmarktpreise für Agrar- und Energierohstoffe hatte einen weltweiten Anstieg der Erzeuger- und Verbraucherpreise von Nahrungsmitteln (besonders Brot und Getreideprodukte, Milch, Käse, Eier, Öle und Fette) und Energie (vor allem Mineralölprodukten) zur Folge. In Österreich waren Nahrungsmittel und Energie ceteris paribus im Dezember für mehr als die Hälfte des Verbraucherpreisanstiegs bestimmend. Der größere Teil dieser Verteuerung war demnach durch internationale Faktoren verursacht.

Übersicht 21: Entwicklung des Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2004	2005	2006	2007	Dezember 2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,6
Kerninflationsrate des VPI ¹⁾	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,5
Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH)	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,6	+ 3,9
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 5,0	+ 8,3
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 3,1	+ 4,5	+ 2,5	+ 2,8	+ 8,7
Gebühren und Tarife	+ 2,9 ²⁾	+ 4,4 ²⁾	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5
COICOP-Gruppen					
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,9	+ 4,1	+ 7,6
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 1,9	+ 6,7	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,1
Bekleidung und Schuhe	+ 0,5	+ 0,0	- 0,3	+ 2,1	+ 5,1
Wohnung, Wasser, Energie	+ 3,6	+ 5,3	+ 4,3	+ 4,6	+ 4,0
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 2,3
Gesundheitspflege	+ 0,2	+ 6,2	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,1
Verkehr	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,7	+ 0,4	+ 4,8
Nachrichtenübermittlung	- 1,4	- 8,4	- 6,0	- 3,3	- 6,7
Freizeit und Kultur	+ 1,3	+ 0,4	- 2,2	± 0,0	+ 1,3
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 2,1	+ 7,5	+ 1,9	+ 2,4
Restaurants und Hotels	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,9
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,9	+ 2,9	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,8
Sondergliederung					
Unverarbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,9	+ 6,3
Verarbeitete Nahrungsmittel ⁴⁾	+ 2,4	+ 3,0	+ 1,3	+ 3,8	+ 6,7
Energie	+ 6,4	+ 9,2	+ 6,2	+ 4,2	+ 13,5
Industriegüter	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,7	+ 2,7
Dienstleistungen	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ WIFO-Berechnungen. – ³⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ⁴⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Die internationale Rohstoffpreisentwicklung schlug sich auch im Großhandelspreisindex, vor allem in einem deutlichen Anstieg der Preise von Intermediärgütern nieder

¹⁶⁾ Siehe dazu Baumgartner, J., Sinabell, F., "Erzeugerpreise von Agrarprodukten und Nahrungsmittelpreise in Österreich. Entwicklungen am Beispiel von Getreide und Milch", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(12), S. 965-977; http://www.wifo.ac.at/wifa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30843&typeid=8&display_mode=2, und IWF, Commodity Market Developments and Prospects, World Economic Outlook, Chapter 1 (Global Prospects and Policies), Appendix 1.2, April 2008, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2008/01/pdf/c1.pdf>.

(+8,5%, Dezember 12,1%). Insgesamt zogen die Großhandelspreise um 4,1% an (2006 +2,9%).

Übersicht 22: Entwicklung der Rohstoff- und Großhandelspreise

	Ø 1997/2007	2005	2006	2007	Dezember 2007
	Veränderung in % p. a.	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>					
Dollarbasis	+ 10,1	+ 28,5	+ 20,9	+ 13,4	+ 36,5
Euro-Basis	+ 8,0	+ 28,7	+ 19,4	+ 3,5	+ 23,8
Ohne Energierohstoffe	+ 3,2	+ 10,1	+ 25,0	+ 8,0	- 0,3
Nahrungs- und Genussmittel	- 1,0	+ 0,1	+ 9,5	+ 14,2	+ 23,7
Industrierohstoffe	+ 5,3	+ 14,6	+ 30,9	+ 6,0	- 8,0
Agrarische Rohstoffe	+ 1,4	+ 1,3	+ 10,6	+ 11,0	+ 5,7
NE-Metalle	+ 7,6	+ 16,2	+ 57,3	+ 4,4	- 19,6
Energierohstoffe	+ 10,9	+ 37,0	+ 17,3	+ 1,8	+ 34,3
Rohöl	+ 11,7	+ 43,1	+ 18,2	+ 0,7	+ 32,5
<i>Index der Großhandelspreise</i>					
Konsumgüter	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,9	+ 4,1	+ 6,6
Investitionsgüter	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,2	+ 4,6
Investitionsgüter	- 1,0	- 0,4	- 1,5	- 3,4	- 4,3
Intermediärgüter	+ 3,3	+ 2,3	+ 5,9	+ 8,5	+ 12,1

Q: HWWI.

Übersicht 23: Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2004		2005		2006		2007		Dezember 2007	
	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,1
Kerninflationsrate ¹⁾	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,3
HVPI zu konstanten Steuersätzen	+ 1,7	.	+ 2,0	.	+ 1,6	.	+ 2,1	.	+ 3,3	.
<i>COICOP-Gliederung</i>										
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,3	+ 4,2	+ 2,7	+ 7,0	+ 4,8
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 1,8	+ 7,5	+ 6,3	+ 4,9	+ 0,4	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,4	+ 2,1	+ 2,5
Bekleidung und Schuhe	- 0,6	+ 0,7	- 1,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,4	+ 2,2	+ 1,0	+ 5,2	+ 1,0
Wohnung, Wasser, Energie	+ 4,2	+ 2,5	+ 6,2	+ 4,7	+ 5,4	+ 4,7	+ 4,3	+ 2,7	+ 3,6	+ 3,6
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	- 0,1	+ 0,9	- 0,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,9
Gesundheitspflege	+ 1,1	+ 7,9	+ 4,9	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,3
Verkehr	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,3	+ 2,9	+ 3,2	+ 0,4	+ 2,4	+ 5,2	+ 5,5
Nachrichtenübermittlung	- 1,2	- 2,0	- 7,9	- 2,3	- 4,5	- 3,2	+ 4,5	- 1,9	- 7,7	- 2,3
Freizeit und Kultur	+ 0,5	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 2,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,1
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 3,4	+ 1,9	+ 3,1	+ 7,2	+ 2,9	+ 1,9	+ 7,8	+ 2,4	+ 9,4
Restaurants und Hotels	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,4
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3
<i>Sondergliederung</i>										
Unbearbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,8	+ 3,9	+ 3,0	+ 4,8	+ 3,1
Bearbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 2,2	+ 3,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,1	+ 3,8	+ 2,8	+ 6,7	+ 5,1
Energie	+ 6,9	+ 4,5	+ 9,8	+ 10,1	+ 6,3	+ 7,7	+ 4,0	+ 2,6	+ 14,0	+ 9,2
Industriegüter	+ 0,3	+ 0,8	- 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,0
Dienstleistungen	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,5

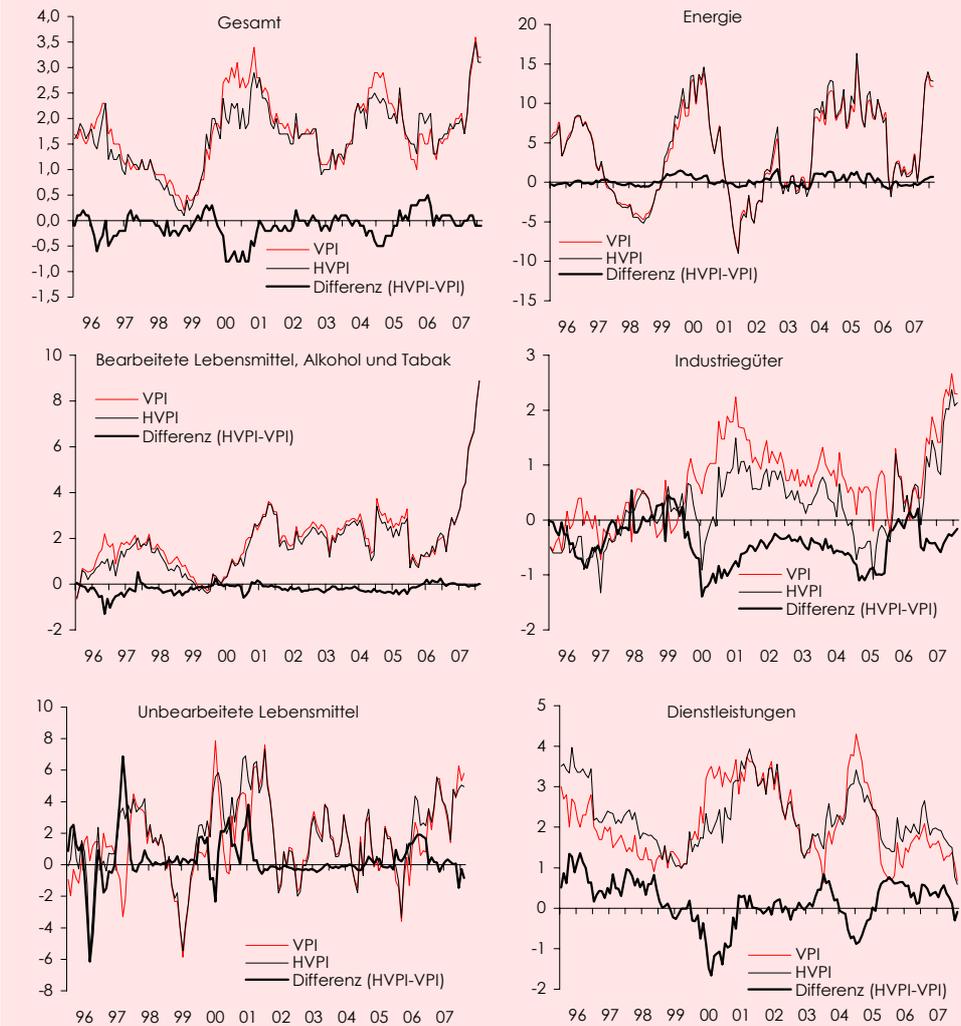
Q: Eurostat. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ³⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Gemäß dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der für die EU-Länder nach weitgehend vereinheitlichter Methode erhoben wird, betrug die Inflationsrate in Österreich im Jahr 2007 2,2% und die Kerninflation (ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel) 1,9%. Der HVPI zu konstanten Steuersätzen zeigt einen Preisanstieg von 2,1%. Wären die Steueränderungen (die Anhebung der Mineralölsteuer im Juli) ausgeblieben, so wäre die Inflationsrate gemäß HVPI um 0,1 Prozentpunkt niedriger ausgefallen.

Mit einer Ausnahme zeigen der nationale Verbraucherpreisindex (VPI; Übersicht 21) und der HVPI (Übersicht 23) im Jahr 2007 nach Produktgruppen eine ähnliche Entwicklung (Abbildung 17). Nur für die Produktgruppe "Nachrichtenübermittlung" weichen die Indizes erheblich voneinander ab: Nach dem VPI sanken die Preise um 3,3%, der HVPI weist jedoch einen (wenig plausiblen) Preisanstieg von 4,5% aus. Zurückzuführen ist dieser Unterschied auf die Untergruppe "Telefonapparate und Telefaxgeräte", deren Preise laut HVPI von Dezember 2006 auf Jänner 2007 um 486(!) stiegen. Diese Rate hat ihre Ursache in der Berechnung des HVPI auf Basis eines Kettenindex.

Abbildung 17: Entwicklung der Verbraucherpreise (VPI und HVPI)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, Differenz in Prozentpunkten



Q: Eurostat, Statistik Austria. HVPI . . . Harmonisierter Verbraucherpreisindex, VPI . . . Verbraucherpreisindex.

Im Vergleich mit dem Durchschnitt des Euro-Raumes war die Inflationsdynamik in Österreich 2007 stärker ausgeprägt – gegenüber den Vorjahren eine untypische Entwicklung (Übersicht 23). Besonders Nahrungsmittel (Milch, Käse, Eier, Öle und Fette), Güter im Bereich "Wohnen, Wasser und Energie" (Elektrizität, Gas, Materialien zur Wohnungsinstandhaltung) sowie Bekleidung und Schuhe (ab September) verteuerten sich in Österreich überdurchschnittlich.

Lediglich im Bereich "Erziehung und Unterricht" war der Preisanstieg in Österreich deutlich niedriger. Die höhere Rate für den Euro-Raum insgesamt war auf die Einführung von Studiengebühren in fünf deutschen Bundesländern zurückzuführen.

Laut HVPI betrug die Inflationsrate im Durchschnitt des Euro-Raums 2,1% (2006 2,2%). In den einzelnen Ländern war die Preisdynamik zwar differenziert – so lag die Inflati-

onsrate in Finnland, den Niederlanden und Frankreich mit 1,6% unter dem Durchschnitt, in Irland (2,9%), Griechenland (3,0%) und Slowenien (3,8%) dagegen teils deutlich darüber –, die Dispersion der Inflation¹⁷⁾ verringerte sich im Jahr 2007 aber weiter.

Josef Baumgartner (Josef.Baumgartner@wifo.ac.at)
Statistik: Ursula Glauningner (Ursula.Glauningner@wifo.ac.at)

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter wurde im Jahr 2007 maßgeblich von den im Herbst 2006 erzielten Lohnabschlüssen bestimmt. Damals zeichneten die Konjunkturindikatoren ein günstiges Bild. Nachdem der Aufschwung in Österreich zu Jahresbeginn 2006 etwas an Dynamik verloren hatte, beschleunigte sich die Expansion ab dem II. Quartal wieder. Sowohl für 2006 als auch für 2007 wurde ein robustes Wirtschaftswachstum erwartet. Zugleich war die Inflation, nach einem Aufflammen im Vorjahr, wieder deutlich unter die 2%-Marke gesunken. Während sich die Arbeitnehmerseite durch den Konjunkturaufschwung und eine Besserung der Arbeitsmarktlage in ihrer Verhandlungsposition gestärkt sah, verwiesen die Arbeitgeber in ihrer Argumentation auf den Rückgang der Inflationsrate.

Die Herbstlohnrunde 2006 war von schwierigen Verhandlungen in der Metallindustrie und im Handel geprägt. In der Metallindustrie, die traditionell Signalwirkung für die anderen Sektoren hat, konnten sich die Tarifparteien erst in der vierten Verhandlungsrunde Anfang November auf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter einigen. Sowohl die Mindest- als auch die Ist-Bezüge wurden um 2,6% angehoben, zudem wurde für alle Unternehmen mit positivem Betriebsergebnis eine Einmalzahlung von 100 € vereinbart. Aufgrund der guten Gewinnlage der Unternehmen und der Ausgestaltung der Einmalzahlung wurde die Zahlung fast ausnahmslos in der ganzen Branche schlagend. Die Verteilungsoption¹⁸⁾, deren Inanspruchnahme allerdings eine durchschnittliche Lohnsteigerung im Betrieb von 2,9% bedeutete, wurde nur von wenigen Betrieben genutzt. Insgesamt überschritten die Lohnerhöhungen die symbolisch wichtige Schwelle von 3% nicht (im Vorjahr waren die Kollektivvertragslöhne und -gehälter um 3,1% gestiegen). Das Anliegen der Arbeitgeberseite, Flexibilitätskomponenten in den Abschluss einzubauen und eine stärkere Differenzierung auf betrieblicher Ebene zuzulassen, wurde allerdings nur teilweise umgesetzt.

In der Folge stiegen die Entgelte auch in den anderen Branchen nominell etwas schwächer als im Jahr davor. Im Handel wurden die Löhne der 100.000 Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die Gehälter der 550.000 Angestellten mit Jänner 2007 um 2,35% angehoben. Für 2006 hatten die Tarifpartner sowohl für die Handelsangestellten als auch – unter Berücksichtigung einer Mindesterhöhungsklausel von 31 € – für die Handelsarbeiter und -arbeiterinnen eine Erhöhung um 2,7% vereinbart. Nach einem Anstieg um 2,7% im Jahr 2006 erzielten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und jene der Gemeindebediensteten mit Jänner 2007 einen Zuwachs der Gehälter von Beamten und Vertragsbediensteten von 2,35%. Mit dem 1. Jänner traten auch zahlreiche andere erneuerte Kollektivverträge mit Lohnsteigerungen von knapp unter 2,5% in Kraft. So stieg die Entlohnung der Angestellten der Sozialversicherung um 2,34%, jene der Beschäftigten im pharmazeutischen Bereich und in den Apotheken um 2,35%. Für die ÖBB und den privaten Schienenverkehr betrug die Gehaltserhöhung 2,4%; im selben Ausmaß erhöhten sich auch die Einkommen der Beschäftigten in den Gesundheits- und Sozialberufen. Die Entgelte der Bankangestellten, die ebenfalls im Herbst verhandelt worden waren, stiegen dagegen mit Anfang Februar um 2,55% und somit um knapp ½ Prozentpunkt schwächer als 2006.

¹⁷⁾ Berechnet als gewichtete Standardabweichung der jährlichen Inflationsraten für 61 Produktgruppen und 12 Länder im Euro-Raum (ohne Slowenien).

¹⁸⁾ Eine "Verteilungsoption" gibt den Betrieben im Zusammenhang mit einem Lohnabschluss die Möglichkeit, einen Teil der Lohn- und Gehaltssteigerung nach Absprache mit dem Betriebsrat individuell zu verteilen. Üblicherweise wird entweder die Entlohnung der gesamten Belegschaft um einen gemeinsamen Prozentsatz angehoben, oder jener Betrag, der sich durch Anhebung der gesamten Lohn- und Gehaltssumme um diesen Prozentsatz ergibt, wird so aufgeteilt, dass die gesamte Belegschaft eine Steigerung um einen Teil dieses Satzes erhält und der Rest der Steigerungsrate zusätzlich einem Teil der Belegschaft zugute kommt.

Realeinkommen stagnieren trotz Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme

Rückblick: Die Lohnabschlüsse im Herbst 2006 und Frühling 2007

Zu Jahresbeginn 2007 waren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegenüber dem Herbst 2006 weitgehend unverändert, auch die von den Tarifpartnern verhandelten Abschlüsse folgten der im Herbst vorgegebenen Linie. Die Mindestlöhne stiegen in der Textilindustrie um 2,3%, in der Holzindustrie um 2,4%. Im Mai wurde für 140.000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Hotel- und Gastgewerbe eine Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um 2,5% wirksam; für die knapp 25.000 Angestellten in diesem Bereich einigten sich die Tarifparteien auf eine Rate von +2,3%. Im Vorjahr hatte die Steigerung für beide Berufsgruppen 2,55% betragen. Deutlich höher fielen die Abschlüsse in der chemischen Industrie und in der Mineralölindustrie aus: In der chemischen Industrie trat mit 1. Mai eine Anhebung der Mindestlöhne- und -gehälter um 2,85% in Kraft (die Ist-Löhne und -Gehälter wurden um 2,7% erhöht); in der Mineralölindustrie wurde zusätzlich zur Anhebung der Entgelte um 2,6% (jedoch mindestens 65 €) eine Einmalzahlung von 500 € vereinbart. Im Bausektor waren die neuen Kollektivvertragslöhne und -gehälter schon in der Frühlingslohnrunde 2006 festgelegt worden: Einer üblichen Praxis folgend, hatten sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite auf einen zweijährigen Abschluss geeinigt. Die Lohnerhöhung betrug in Baugewerbe und -industrie 2,75%, die Angestelltegehälter wurden um 2,6% angehoben. Im Bauhilfs- und Baunebengewerbe war eine Steigerung um 2,65% vereinbart worden.

Übersicht 24: Lohnrunde 2007

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluss Mindestlöhne Erhöhung in %	Ist-Löhne
<i>Bedienstete</i>			
Öffentlicher Dienst	Jänner	+ 2,35	
<i>Arbeiterinnen und Arbeiter</i>			
Allgemeines Gewerbe	Jänner	+ 2,22	
Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS)	Jänner	+ 2,4	+ 2,2
Mineralölindustrie	Februar	+ 2,6	+ 2,6 ¹⁾
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	Februar	+ 2,55	+ 2,55 ²⁾
Graphisches Gewerbe	April	+ 2,4	+ 2,4
Textilindustrie	April	+ 2,3	+ 2,3 ³⁾
Bauwirtschaft	Mai	+ 2,6	
Bauindustrie und Baugewerbe	Mai	+ 2,75	
Chemische Industrie	Mai	+ 2,85	+ 2,7
Papierindustrie	Mai	+ 2,3	+ 2,3
Elektro- und Elektronikindustrie	Mai	+ 2,7	+ 2,7
Glasindustrie	Juni	+ 2,3	+ 2,1 ⁴⁾
Metallindustrie	November	+ 3,6	+ 3,5 ⁵⁾
<i>Angestellte</i>			
Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS)	Jänner	+ 2,4	+ 2,2
Handel	Jänner	+ 2,35	
Metallgewerbe	Jänner	+ 2,6	+ 2,4
Banken	Februar	+ 2,55	
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	Februar	+ 2,55	+ 2,55 ²⁾
Graphisches Gewerbe	April	+ 2,4	+ 2,4
Textilindustrie	April	+ 2,3	+ 2,3 ³⁾
Holz- und Sägeindustrie	April	+ 2,4	+ 2,4
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+ 2,3	
Chemische Industrie	Mai	+ 2,85	+ 2,7
Elektro- und Elektronikindustrie	Mai	+ 2,7	+ 2,7
Holz- und kunststoffverarbeitendes Gewerbe	Mai	+ 2,6	
Metallindustrie	November	+ 3,6	+ 3,5 ⁵⁾
Stein- und keramische Industrie	November	+ 3,0	+ 3,0 ⁶⁾

Q: Gewerkschaften. BAGS . . . Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe. –
¹⁾ Mindestens 65 € pro Monat und Einmalzahlung von 500 €. – ²⁾ Einmalzahlung von 200 €. – ³⁾ +2,1% bis +2,5%. – ⁴⁾ Mindestens 35 € pro Monat. – ⁵⁾ Prämie von 150 € bis 200 €. – ⁶⁾ Mindestens 55 € pro Monat bzw. +3,5% für niedrige Einkommen.

Die Entwicklung der Arbeitnehmerbezüge in den einzelnen Branchen spiegelt sich auch in den aggregierten Daten des Tariflohnindex. Die Mindestlöhne erhöhten sich im Durchschnitt über alle Branchen um 2,4% und damit um rund 0,3 Prozentpunkte schwächer als im Vorjahr (laut Tariflohnindex 86; Übersicht 25)¹⁹⁾. Die Steigerung der

¹⁹⁾ Statistik Austria hat kürzlich den revidierten Tariflohnindex mit Basisjahr 2006 veröffentlicht. Mit der Revision wurde der Index um einige Bereiche erweitert und das Gewichtungsschema aktualisiert. Der neue Tariflohnindex, für den erstmals für das Jahr 2007 Ergebnisse vorliegen, weicht deshalb vom Tariflohnindex 1986 ab:

Tariflöhne im öffentlichen Dienst (+2,3%) blieb leicht hinter jener in der Privatwirtschaft (+2,4%) zurück. Im privaten Sektor stieg der Tariflohnindex in der Industrie und im Baugewerbe am stärksten (+2,7%). Im Baugewerbe war der Zuwachs für die Angestellten (+2,6%) etwas geringer als für die Arbeiter und Arbeiterinnen (+2,7%), in der Industrie umgekehrt die Steigerung für die Angestellten (+2,7%) etwas höher als für die Arbeiter und Arbeiterinnen (+2,6%). Im Tourismus entwickelten sich die Mindestentgelte unterdurchschnittlich (+2,3%), vor allem weil die Angestelltegehälter schwächer zunahmen (+2,1%). Die mit Abstand geringste Steigerungsrate ergab sich für die Kollektivvertragsgehälter der Angestellten in den freien Berufen (+1,7%).

Übersicht 25: Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Tariflohnindex insgesamt	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,4
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,4
Gewerbe	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,4
Baugewerbe	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7
Industrie	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7
Handel	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,3
Verkehr	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,4
Tourismus	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	.	.	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,4
Freie Berufe	.	.	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7
Land- und Forstwirtschaft	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4
Öffentlicher Dienst	.	.	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Angestellte und Bedienstete. – ²⁾ Angestellte und Verkehrsbedienstete. – ³⁾ Bedienstete.

Im Jahr 2007 wurde die Einkommensentwicklung durch die kräftige Zunahme der Beschäftigung deutlich gestärkt. Trotz niedrigerer Lohnabschlüsse entwickelten sich die Pro-Kopf-Einkommen mit derselben Rate wie 2006 (+2,7%); weil die Beschäftigung aber um gut 2% ausgeweitet wurde, nahm die Lohn- und Gehaltssumme mit +4,9% um ½ Prozentpunkt stärker zu.

Hohe Beschäftigungsdynamik stärkt Einkommensentwicklung

Übersicht 26: Löhne und Einkommen

	In €	2005	2006	2007
		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter insgesamt, brutto		+ 3,5	+ 4,4	+ 4,9
Löhne und Gehälter pro Kopf				
Brutto nominell		+ 2,3	+ 2,7	+ 2,7
Brutto real ¹⁾		+ 0,6	+ 1,1	+ 0,6
Netto nominell		+ 2,8	+ 2,1	+ 2,2
Netto real ¹⁾		+ 1,2	+ 0,5	+ 0,1
<i>Bruttoverdienst pro Kopf</i>				
Sachgüterproduktion (ÖNACE)				
Pro Monat	2.812,19	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,8 ²⁾
Pro Stunde	16,40	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,8 ²⁾
Industrie (Fachverbandsgliederung)				
Pro Monat	3.037,54	+ 3,2	+ 3,3	+ 2,8 ²⁾
Pro Stunde	17,61	+ 3,4	+ 2,7	+ 3,0 ²⁾

Q: Statistik Austria, Konjunkturstatistik. – ¹⁾ Deflationiert mit dem Deflator der Konsumausgaben der privaten Haushalte. – ²⁾ Jänner bis November 2007.

Mit +2,7% stiegen 2007 die Leistungseinkommen pro Kopf der Arbeitnehmer um gut ¼ Prozentpunkt rascher als die tariflichen Mindestlöhne. Die Lohndrift war damit seit 2000 erstmals positiv, nachdem das Wachstum der Effektivverdienste in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts durch die Zunahme von Teilzeit- und geringfügiger Be-

Die durchschnittliche Steigerung der Bruttomindestlöhne und -gehälter betrug 2007 laut Tariflohnindex 2006 2,2%. Um die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren zu gewährleisten, wird im vorliegenden Bericht noch der Tariflohnindex 1986 herangezogen.

schäftigung auf Kosten von Vollzeitarbeitsplätzen deutlich hinter der Tariflohnentwicklung zurückgeblieben war und die Lohndrift in den Jahren 2005 und 2006 gerade noch Null erreichte.

Nach der vorläufigen Rechnung stieg aber der Deflator des privaten Konsums 2007 mit gut +2% stärker als im Vorjahr, sodass trotz gleicher Nominallohnentwicklung der Zuwachs der Bruttoeinkommen mit +0,6% um ½ Prozentpunkt schwächer war als 2006. Nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge stagnierten die Nettoeinkommen 2007 (+0,1%), nachdem sie 2005 durch die Einkommenssteuerreform um 1,1% und 2006 um 0,5% zugenommen hatten.

In der Sachgütererzeugung insgesamt und in der Industrie laut Fachverbandsgliederung erhöhten sich die Bruttomonatsverdienste nur wenig stärker (+2,8%); da aber die Arbeitsstunden pro Kopf der Beschäftigten zunahm, stiegen die Stundenverdienste um etwa ¼ Prozentpunkt schwächer (Sachgütererzeugung +2,5%, Industrie +2,6%).

Ausblick: Die Herbstlohnrunde 2007 und die ersten Abschlüsse 2008

Die Herbstlohnrunde 2007 stand im Zeichen eines gespaltenen Konjunkturbildes: Dem hohen Wirtschaftswachstum in Österreich stand eine Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen im Gefolge der Konjunkturabschwächung in den USA und der weltweiten Finanzkrise gegenüber. Zugleich waren erste Anzeichen einer Inflationsbeschleunigung zu erkennen. Die Verhandlungen zwischen den Tarifparteien gestalteten sich schwierig, die Forderungen der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberseite lagen anfangs weit auseinander. In der Metallindustrie strebten die Gewerkschaften neben einer kräftigen Anhebung der Löhne und Gehälter auch die Anerkennung eines Anspruchs der Beschäftigten auf Bildungsfreistellung an. Die Arbeitgeber forderten erneut höhere Flexibilität in der Lohnsteigerung und gewinnabhängige Komponenten der Lohnfindung. Nach etlichen Verhandlungsrunden einigten sich die Tarifparteien auf eine mehrstufige Lösung, die die höchste nominelle Lohnerhöhung seit 2000 bedeutete: Die Mindestlöhne und -gehälter wurden um 3,6% angehoben; der Mindestlohn liegt damit in der Branche derzeit bei 1.402 €. Die Ist-Entlohnungen erhöhten sich um 3,5%, 0,3% davon konnten durch Betriebsvereinbarung individuell im Betrieb verteilt werden. Zusätzlich wurde eine nach der Höhe des Betriebserfolgs gestaffelte Einmalzahlung vereinbart. In Betrieben, deren Jahresüberschuss vor Zinsen und Steuern (EBIT) Null oder negativ war, fiel keine Zahlung an, bei einem EBIT von weniger als 6% betrug die Einmalzahlung 150 €, in allen anderen Betrieben 200 €. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite einigten sich auch auf einen Anspruch auf bezahlte Bildungsfreistellung von einer Woche pro Jahr, allerdings nur für Prüfungsvorbereitung im zweiten Bildungsweg.

Die Verhandlungen, die im Herbst dem Abschluss der Metallindustrie folgten, erzielten ebenfalls vergleichsweise hohe Lohnsteigerungen. Im Handel einigten sich die Sozialpartner auf eine Erhöhung der Bezüge für Arbeiter und Arbeiterinnen bzw. Angestellte um 3,1% und mindestens 43 € bzw. 45 €; das entsprach einer durchschnittlichen Erhöhung um 3,3%. Im Metallgewerbe stiegen mit Anfang 2008 die Mindestbezüge um 3,5%, die Ist-Verdienste um 3,1%; zusätzlich wurde eine Einmalzahlung von 100 € vereinbart. Die Einigung für den öffentlichen Dienst kam erst nach fünf Verhandlungsrunden zustande; die Einkommen wurden im Durchschnitt um 3,3% angehoben. Diese Steigerung setzt sich aus einer bleibenden Erhöhung der Gehälter um 2,7% und einer Einmalzahlung von 175 € zusammen.

Ende 2007 beschleunigte sich der Preisauftrieb, die Inflationserwartungen für 2008 wurden merklich nach oben revidiert. Die jüngsten Abschlüsse der Frühjahrslohnrunde sind zum Teil auch von diesem Aufflammen der Inflation geprägt. Nach einem Abschluss von +2,4% im Vorjahr einigten sich die Tarifparteien in der Holzindustrie auf eine Anhebung der Kollektivvertragslöhne und -gehälter um 3,5%. Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen vereinbarten mit der Arbeitnehmerseite eine Lohnsteigerung von 3,7% und zusätzlich eine Einmalzahlung von 250 € (im Vorjahr: +2,55% mit Einmalzahlung von 200 €). Der Abschluss für den Bausektor sieht erneut zwei Etappen vor: In einem ersten Schritt werden mit 1. Mai 2008 die Mindestlöhne und Zulagen der Bauarbeiter um 3,74% erhöht. Im nächsten Jahr werden die Kollektivvertragslöhne ohne neue Verhandlungen um 3,6% angehoben. Berücksichtigt man auch die Anhebung der Taggeldsätze, die ebenfalls Gegenstand der jüngsten Verhandlung war, so be-

trug die Lohnerhöhung für Arbeiter in Bauindustrie und Baugewerbe knapp 4%. Die Ist-Löhne werden jeweils durch Parallelverschiebung²⁰⁾ angepasst, sodass die kollektivvertragliche Lohnerhöhung das Ausmaß von Überzahlungen nicht schmälert.

Alois Guger (Alois.Guger@wifo.ac.at), Thomas Leoni (Thomas.Leoni@wifo.ac.at)
Statistik: Annamaria Rammel (Annamaria.Rammel@wifo.ac.at)

Der anhaltende gesamtwirtschaftliche Aufschwung schlug sich 2007 wie im Vorjahr in einer so dynamischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nieder, wie sie zuletzt Anfang der neunziger Jahre verzeichnet worden war. Die Expansion der Arbeitskräftenachfrage zeigte sich in einem Anstieg der Zahl der aktiv Erwerbstätigen um 1,9% oder 66.900 auf einen Jahresdurchschnittsbestand von 3,623 Mio.

Ausgeweitet wurde primär die unselbständige Standardbeschäftigung (+65.500 bzw. +2,1%), doch auch die Zahl der Selbständigen stieg insgesamt weiterhin leicht (+1.400 oder +0,4%). Der Trend zu geringfügiger Beschäftigung und Teilzeitarbeit war ebenso ungebrochen wie jener zur Flexibilisierung der Arbeitskräftenachfrage durch die Nutzung von Leiharbeit.

Die neu geschaffenen Arbeitsplätze kamen etwa gleichermaßen Frauen wie Männern zugute. Wegen des niedrigeren Ausgangsniveaus ergab sich deshalb für Frauen eine höhere Steigerungsrate (unselbständige aktive Beschäftigung Frauen +2,3%, Männer +1,9%). Weil die Zahl der selbständigen Frauen sank, wuchs die Erwerbstätigenzahl der Männer absolut deutlich stärker als die der Frauen (+35.600 oder 1,8%, Frauen +31.300 oder +2,0%).

Rund 33% der zusätzlichen Arbeitskräftenachfrage wurden durch ausländische Staatsangehörige gedeckt; zwei Drittel des Beschäftigungsanstiegs entfielen damit auf inländische Erwerbstätige.

Trotz des geringen Wachstums der Bevölkerung im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre; laut Statistik Austria +15.500) stieg das Arbeitskräfteangebot um rund 50.000 (Frauen +25.000 bzw. +1,4%, Männer +22.700 bzw. +1,1%).

Die Arbeitslosigkeit sank insgesamt um knapp 17.000 (-7,1%) auf 222.200 im Jahresdurchschnitt. Tatsächlich war der Rückgang noch höher, denn im Zuge der guten Konjunktur ging auch die Beteiligung von Arbeitslosen an Kursmaßnahmen des Arbeitsmarktservice zurück (-4.900 bzw. -8,4%).

Durch diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erhöhte sich die Beschäftigungsquote kräftig (+1 Prozentpunkt auf 64,4%, Frauen von 55,7% auf 56,7%, Männer von 71,3% auf 72,4%). Die Arbeitslosenquote sank nach traditioneller Berechnungsmethode insgesamt um 0,6 Prozentpunkte von 6,8% auf 6,2% (Männer von 7,1% auf 6,4%, Frauen von 6,4% auf 6,0%), laut Eurostat verringerte sie sich von 4,7% auf 4,4%.

Die Ausweitung der Beschäftigung wurde zu rund zwei Dritteln vom Dienstleistungssektor getragen. Dynamischer als im Tertiärsektor mit +1,9% entwickelte sich die Beschäftigung aber in der Sachgütererzeugung (+2,3%, +19.800).

Dazu trug erheblich der Bereich der metallerzeugenden und -verarbeitenden Industrie bei (+13.600 bzw. +5,0%), aber auch in der Chemiebranche (+2,8%) und im Bauwesen (+2,9%) wurde der Beschäftigungsstand im Jahresdurchschnitt erheblich ausgeweitet. Ein Rückgang ergab sich in jenen Branchen, die anhaltendem Druck zur Strukturanpassung ausgesetzt sind (Nahrungsmittel, Textilien und Bekleidung, Möbel und sonstige Konsumgüter). Einen Beschäftigungseinbruch weist die Statistik für die Energie- und Wasserversorgung aus (-9,1%); er spiegelt jedoch keine realen Beschäftigungseinbußen wider, sondern dürfte ausschließlich auf Umbuchungen der Wiener und der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse in die Wirtschaftsklasse 72 (Datenverarbeitung und Datenbanken) zurückzuführen sein.

²⁰⁾ Bei der "Parallelverschiebung" wird der Euro-Betrag, der sich durch die Erhöhung der Kollektivvertragslöhne und -gehälter ergibt, den Ist-Löhnen und Ist-Gehältern hinzugerechnet. Der absolute Abstand zwischen Kollektivvertrags- und Ist-Bezügen bleibt unverändert, ihr proportionaler Abstand verringert sich.

Markante Beschäftigungsausweitung kennzeichnet den Arbeitsmarkt

Der anhaltende gesamtwirtschaftliche Aufschwung schlug sich 2007 wie im Vorjahr in einer so dynamischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nieder, wie sie zuletzt Anfang der neunziger Jahre verzeichnet worden war.

Arbeitslosigkeit sinkt trotz deutlicher Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes

Beschäftigung steigt in Sachgütererzeugung, Bauwesen und Dienstleistungssektor

Übersicht 27: Der Arbeitsmarkt im Überblick

	2004	2005 Jahresdurchschnitt	2006	2007	Veränderung 2006/07	
					Absolut	In %
Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	3.198.591	3.230.286	3.280.878	3.344.039	+ 63.161	+ 1,9
Männer	1.731.138	1.741.025	1.765.210	1.797.982	+ 32.772	+ 1,9
Frauen	1.467.453	1.489.261	1.515.668	1.546.057	+ 30.389	+ 2,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	3.078.544	3.110.406	3.161.931	3.227.449	+ 65.518	+ 2,1
Männer	1.717.691	1.727.336	1.750.372	1.783.610	+ 33.238	+ 1,9
Frauen	1.360.854	1.383.070	1.411.559	1.443.839	+ 32.280	+ 2,3
Inländische Arbeitskräfte	2.716.245	2.736.219	2.771.236	2.814.871	+ 43.635	+ 1,6
Männer	1.498.719	1.501.883	1.515.435	1.536.163	+ 20.728	+ 1,4
Frauen	1.217.527	1.234.336	1.255.801	1.278.708	+ 22.907	+ 1,8
Ausländische Arbeitskräfte	362.299	374.187	390.695	412.578	+ 21.883	+ 5,6
Männer	218.972	225.453	234.937	247.447	+ 12.510	+ 5,3
Frauen	143.327	148.734	155.758	165.131	+ 9.373	+ 6,0
Selbständige und Mithelfende ³⁾	384.700	390.000	394.400	395.800	+ 1.400	+ 0,4
Männer	239.900	244.500	249.300	251.700	+ 2.400	+ 1,0
Frauen	144.800	145.500	145.100	144.100	- 1.000	- 0,7
Aktiv Erwerbstätige	3.463.244	3.500.406	3.556.331	3.623.249	+ 66.918	+ 1,9
Männer	1.957.591	1.971.836	1.999.672	2.035.310	+ 35.638	+ 1,8
Frauen	1.505.654	1.528.570	1.556.659	1.587.939	+ 31.280	+ 2,0
Vorgemerkte Arbeitslose ⁴⁾	243.880	252.654	239.174	222.248	- 16.926	- 7,1
Männer	140.262	144.238	135.778	124.346	- 11.432	- 8,4
Frauen	103.618	108.416	103.396	97.902	- 5.494	- 5,3
Teilnahme an Schulungen ⁴⁾	42.465	48.590	57.504	52.653	- 4.851	- 8,4
Männer	21.356	24.238	27.095	24.648	- 2.447	- 9,0
Frauen	21.109	24.352	30.408	28.005	- 2.403	- 7,9
Erwerbspersonen ⁵⁾	3.707.124	3.753.060	3.795.505	3.845.498	+ 49.993	+ 1,3
Männer	2.097.853	2.116.074	2.135.450	2.159.656	+ 24.206	+ 1,1
Frauen	1.609.272	1.636.986	1.660.055	1.685.841	+ 25.786	+ 1,6
Bevölkerung ⁶⁾	5.561.633	5.577.212	5.595.752	5.611.271	+ 15.519	+ 0,3
Männer	2.783.889	2.792.690	2.802.672	2.809.360	+ 6.688	+ 0,2
Frauen	2.777.744	2.784.522	2.793.080	2.801.911	+ 8.831	+ 0,3
Beim AMS gemeldete sofort verfügbare offene Stellen	23.774	26.209	32.912	38.214	+ 5.302	+ 16,1
In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre)						
Erwerbsquote ⁵⁾	66,7	67,3	67,8	68,5		
Männer	75,4	75,8	76,2	76,9		
Frauen	57,9	58,8	59,4	60,2		
Beschäftigungsquote ⁷⁾	62,3	62,8	63,6	64,6		
Männer	70,3	70,6	71,3	72,4		
Frauen	54,2	54,9	55,7	56,7		
In %						
Arbeitslosenquote laut AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	7,1	7,3	6,8	6,2		
Männer	7,5	7,7	7,1	6,5		
Frauen	6,6	6,8	6,4	6,0		
Arbeitslosenquote laut Eurostat	4,8	5,2	4,7	4,4		
Männer	4,4	4,9	4,4	3,9		
Frauen	5,3	5,5	5,2	5,0		

Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. – 1) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 2) Unselbständige laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ohne Präsenzdienst, Bezug von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld und Arbeitslose im Beschäftigungsstand, die an Schulungen teilnehmen; WIFO-Berechnungen. – 3) Laut WIFO. – 4) Laut Arbeitsmarktstatistik. – 5) Aktiv Erwerbstätige und vorgemerkte Arbeitslose. – 6) Laut Statistik Austria. – 7) Aktiv Erwerbstätige.

Das Bauwesen steigerte die Beschäftigung deutlich. Dabei erwies sich die Arbeitskräftenachfrage mit +7.000 bzw. +2,9% als noch expansiver als im Vorjahr (+4.800 bzw. +2%).

Im Dienstleistungsbereich wurde der Personalstand – wie in den letzten Jahren – besonders in der Erbringung von unternehmensnahen Diensten ausgeweitet (+20.100 oder 6,1%). Eine überdurchschnittliche Entwicklung verzeichneten zudem das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (+9.300 bzw. +5,3%) und der Handel (+11.500

bzw. +2,3%). Unterproportional gesteigert wurde die Beschäftigung im Beherbergungs- und Gaststättenwesen (+900 bzw. +0,5%) und der Bereich "Verkehr, Nachrichtenübermittlung" (+1.500 bzw. +0,7%). In der öffentlichen Verwaltung waren um 3.800 Personen weniger beschäftigt als im Jahr zuvor (-0,8%).

Übersicht 28: Unselbständige Beschäftigung nach Branchen im Jahr 2007

	Männer 2007	Frauen 2007	2007	Insgesamt Veränderung Absolut	2006/07 In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	18.094	10.264	28.358	+ 1.277	+ 4,7
Bergbau, Industrie und Gewerbe	672.383	200.328	872.711	+ 19.792	+ 2,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	11.164	1.699	12.864	+ 142	+ 1,1
Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken; Tabakverarbeitung	37.719	34.402	72.120	- 147	- 0,2
Herstellung von Textilien, Bekleidung, Leder	10.371	16.760	27.131	- 477	- 1,7
Be- und Verarbeitung von Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	57.268	20.111	77.378	+ 128	+ 0,2
Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen, Rückgewinnung (Recycling)	43.357	17.836	61.193	+ 1.666	+ 2,8
Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden	22.080	6.865	28.945	+ 544	+ 1,9
Erzeugung und Bearbeitung von Metallen, Herstellung von Metallerzeugnissen	228.736	57.512	286.248	+ 13.620	+ 5,0
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und anderen Erzeugnissen	26.194	9.611	35.805	- 344	- 1,0
Energie- und Wasserversorgung	19.763	3.823	23.587	- 2.371	- 9,1
Bauwesen	215.731	31.710	247.441	+ 7.032	+ 2,9
Dienstleistungen	1.093.133	1.233.247	2.326.380	+ 44.449	+ 1,9
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	251.689	272.774	524.463	+ 11.542	+ 2,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	66.873	102.051	168.924	+ 886	+ 0,5
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	168.865	50.573	219.438	+ 1.499	+ 0,7
Kredit- und Versicherungswesen	56.183	54.726	110.909	+ 1.789	+ 1,6
Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensnahen Dienstleistungen	182.298	166.624	348.922	+ 20.109	+ 6,1
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	212.235	251.226	463.461	- 3.817	- 0,8
Unterrichtswesen	54.142	95.395	149.537	+ 416	+ 0,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	41.772	142.096	183.867	+ 9.263	+ 5,3
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen, extraterritoriale Organisationen und Körperschaften	58.724	94.753	153.477	+ 2.711	+ 1,8
Private Haushalte	352	3.030	3.381	+ 50	+ 1,5
Summe der Wirtschaftsklassen	1.783.610	1.443.839	3.227.449	+ 65.518	+ 2,1
Präsenzdiener	11.502		11.502	- 545	- 4,5
Personen mit Karenz- oder Kinderbetreuungsgeldbezug	2.870	102.218	105.088	- 1.811	- 1,7
Insgesamt	1.797.982	1.546.057	3.344.039	+ 63.162	+ 1,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Im Jahresdurchschnitt 2007 waren 412.600 unselbständig Beschäftigte ausländische Staatsangehörige, um 21.900 oder 5,6% mehr als 2006. Damit stieg der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der unselbständigen Beschäftigung von 11,9% 2006 auf 12,3% (2007: Männer 13,8%, Frauen 10,7%).

Wie im Vorjahr nahm die Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen mit +5.500 (+2,1%) weniger zu als jene von Personen aus anderen EU-Ländern. Die Zahl der Arbeitskräfte aus den anderen Ländern der EU 15 erhöhte sich um 9.500 auf 81.200 (+13,3%), jene der Arbeitskräfte aus den 12 neuen EU-Ländern um 6.900 auf 69.900 (+10,9%). Damit stammten knapp 37% aller ausländischen Arbeitskräfte aus dem EU-Raum.

Die Zunahme der Arbeitskräftenachfrage betraf die versicherungsrechtlich voll abgesicherten unselbständigen Standardarbeitsverhältnisse ebenso wie Beschäftigungsformen, die noch vor wenigen Jahren als atypisch galten: Die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze von Männern nahm zu, jene der Frauen war wie in den Vorjahren rückläufig. Massiv ausgeweitet wurde die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze, primär für Frauen, aber auch für Männer. Dies zeigt sich auch an der Steigerung der Zahl der

**Zustrom ausländischer
Arbeitskräfte knapp zur
Hälfte aus EU 15 und EWR**

**Anstieg in beinahe allen
Beschäftigungsformen**

geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (+10.000 bzw. +4,3%), auf die mittlerweile knapp 11% aller unselbständigen Arbeitsverhältnisse von Frauen entfallen (Männer 4%).

Übersicht 29: Ausländische Arbeitskräfte in Österreich

	2002	2003	2004 Jahresdurchschnitt	2005	2006	2007	Veränderung Absolut	2006/07 In %
Insgesamt	334.432	350.361	362.299	374.187	390.695	412.578	+ 21.883	+ 5,6
Männer	204.431	212.478	218.972	225.453	234.937	247.447	+ 12.510	+ 5,3
Frauen	130.001	137.884	143.327	148.734	155.758	165.131	+ 9.373	+ 6,0
<i>Herkunft</i>								
14 EU-Länder, EWR	39.608	43.572	53.539	62.331	71.648	81.176	+ 9.528	+ 13,3
12 neue EU-Länder	49.985	52.275	55.533	59.173	63.016	69.877	+ 6.861	+ 10,9
Drittstaaten	244.839	254.514	253.227	252.683	256.031	261.525	+ 5.493	+ 2,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Der zunehmende Arbeitskräftebedarf in Verbindung mit betrieblichen Flexibilitätsanforderungen förderte auch die Ausweitung der Beschäftigung in der Personalüberlassung auf 66.700 (+7.400 oder 12,5%). Hingegen ging die Zahl freier Dienstverträge zurück; auf der Nachfrageseite hängt dies mit der zunehmenden Einbeziehung dieser Gruppe in die Sozialversicherungspflicht zusammen, auf der Angebotsseite mit der Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten in Standardarbeitsverhältnissen.

Übersicht 30: Atypische Beschäftigungsformen

	Personalverleih	Freie Dienstverträge	Geringfügige Beschäftigung	Teilzeit ¹⁾
<i>Männer</i>				
2005	38.271	13.215	68.118	99.900
2006	48.683 ²⁾	13.335	70.891	107.200
2007	54.198	12.549	75.251	119.800 ³⁾
<i>Frauen</i>				
2005	8.408	13.448	161.628	621.700
2006	10.579 ²⁾	14.037	164.915	656.900
2007	12.490	13.528	170.581	684.200 ³⁾
<i>Insgesamt</i>				
2005	46.679	26.663	229.746	721.600
2006	59.262 ²⁾	27.372	235.806	764.100
2007	66.688	26.077	245.832	804.000 ³⁾

Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria. – ¹⁾ Wochenarbeitszeit 12 bis 35 Stunden. – ²⁾ Bruch in der Datenreihe. – ³⁾ Laut Mikroszensus, Durchschnitt I. bis III. Quartal.

Arbeitslosigkeit deutlich verringert

Im Jahresdurchschnitt sank die Arbeitslosigkeit (Bestand) um 16.900 auf 222.200 (-7,1%). Nach traditioneller Berechnungsmethode verringerte sich die Arbeitslosenquote damit von 6,8% 2006 auf 6,2% 2007. Im Jahresdurchschnitt hatten rund 23% der Arbeitslosen eine Einstellzusage eines Arbeitgebers. Eine eingeschränkte Arbeitslosenquote ohne diese Gruppe betrug 2007 5,0% nach 5,4% im Jahr 2006 und 6,0% im Jahr 2005. Laut Eurostat ging die Arbeitslosenquote 2007 auf 4,4% zurück (2006: 4,7%).

Ein "erweiterter Arbeitslosenbegriff" würde Schulungsteilnahmen, Pensionsvorschussbezug, Übergangsgeld und sofort verfügbare Lehrstellensuchende einbeziehen, die nicht in der administrativen Arbeitslosenstatistik aufscheinen. Eine so abgegrenzte Arbeitslosigkeit sank ebenso deutlich (-22.300 bzw. -6,8%) wie die Zahl der vorgezeichneten Arbeitslosen. Die erweiterte Arbeitslosenquote nahm damit von 9,1% 2006 auf 8,4% 2007 ab.

Arbeitslosigkeit wird für die Betroffenen dann zu einem Problem, wenn sie nicht in relativ kurzer Zeit wieder einen neuen Arbeitsplatz finden. Entsprechend wichtig ist der Indikator der Arbeitslosigkeitsdauer. Dieser Indikator verbesserte sich gegenüber 2006 deutlich: Die durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit sank um 7 Tage

auf 92 Tage. Die Zahl der Langzeitarbeitsuchenden mit einer Vormerkdauer von mindestens einem Jahr verringerte sich sogar um 26% auf rund 6.100.

Während sich die beim Arbeitsmarktservice vorgemerkte Arbeitslosigkeit der Männer um 8,4% verringerte (-11.400), hatte die Zunahme der Nachfrage weniger Auswirkungen auf den Jahresbestand an arbeitslosen Frauen (-5.500 bzw. -5,3%). Laut traditioneller Berechnungsmethode war die Arbeitslosenquote der Frauen mit 6,0% aber noch immer niedriger als die der Männer (6,5%; 2006: Frauen 6,4%, Männer 7,2%). Ein etwas anderes Bild ergibt sich anhand der international vergleichbaren Arbeitslosenquote laut Eurostat: Die Arbeitslosigkeit der Frauen lag nach dieser Quelle mit 5,0% deutlich über jener der Männer (3,9%).

Arbeitslosigkeit von Männern sinkt stärker als die von Frauen

Übersicht 31: Arbeitslose nach Geschlecht und Alter

	Arbeitslose				Personen in Schulung			
	2006 Jahresdurchschnitt	2007 Jahresdurchschnitt	Veränderung 2006/07 Absolut	In %	2006 Jahresdurchschnitt	2007 Jahresdurchschnitt	Veränderung 2006/07 Absolut	In %
Männer	135.777	124.347	- 11.430	- 8,4	27.095	24.648	- 2.445	- 9,0
Bis 24 Jahre	21.413	19.553	- 1.860	- 8,7	10.945	10.151	- 794	- 7,3
25 bis 49 Jahre	85.843	77.798	- 8.045	- 9,4	12.080	10.838	- 1.242	- 10,3
50 Jahre oder älter	28.521	26.996	- 1.525	- 5,3	4.070	3.661	- 409	- 10,0
Frauen	103.395	97.902	- 5.493	- 5,3	30.408	28.005	- 2.401	- 7,9
Bis 24 Jahre	16.681	15.588	- 1.093	- 6,6	10.785	9.843	- 942	- 8,7
25 bis 49 Jahre	70.337	66.428	- 3.909	- 5,6	16.836	15.669	- 1.167	- 6,9
50 Jahre oder älter	16.377	15.886	- 491	- 3,0	2.788	2.496	- 292	- 10,5
Insgesamt	239.174	222.248	- 16.926	- 7,1	57.504	52.653	- 4.851	- 8,4
Bis 24 Jahre	38.094	35.141	- 2.953	- 7,8	21.730	19.994	- 1.736	- 8,0
25 bis 49 Jahre	156.180	144.226	- 11.954	- 7,7	28.916	26.507	- 2.409	- 8,3
50 Jahre oder älter	44.898	42.882	- 2.016	- 4,5	6.858	6.157	- 701	- 10,2

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Die Arbeitslosigkeit von österreichischen Staatsangehörigen ging laut Arbeitsmarktservice absolut etwas stärker zurück als die der ausländischen (-7,3% gegenüber -6,2%). Dennoch sank die Arbeitslosenquote ausländischer Arbeitskräfte wegen der Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes stärker als die der inländischen, wenn auch ausgehend von einem deutlich höheren Niveau (von 9,7% 2006 auf 8,8% 2007; inländische Arbeitskräfte 2006 6,4%, 2007 5,9%).

Auch war der absolute Rückgang der Arbeitslosigkeit in jenen Altersgruppen am geringsten, in denen das Arbeitskräfteangebot relativ stark ausgeweitet wurde, während die Arbeitslosenquote dieser Gruppen am stärksten reagierte: So konnte die Arbeitslosigkeit von Älteren absolut weniger stark eingedämmt werden als jene jüngerer Arbeitskräfte (ab 50 Jahren -4,5%, unter 25 Jahren -7,8%). Dieser Befund ist allerdings in Verbindung mit der Zunahme der Erwerbsbeteiligung Älterer infolge der Pensionsreform zu sehen, während die erweiterte Erwerbsquote²¹⁾ der Jugendlichen aufgrund der rückläufigen Erwerbsbeteiligung von jungen Frauen insgesamt stagnierte: Die Arbeitslosenquote sank in jener Altersgruppe am stärksten, in der sie in den letzten Jahren immer am höchsten gewesen war, nämlich im bisherigen Alter für eine vorzeitige Alterspension (Frauen zwischen 55 und 60 Jahren -0,9 Prozentpunkte auf 7,2%, Männer zwischen 60 und 65 Jahren -1,4 Prozentpunkte auf 10,4%).

Das Arbeitslosigkeitsrisiko sinkt mit steigendem Bildungsniveau: 48% der im Jahr 2007 arbeitslos vorgemerkten Frauen und 45% der Männer hatten keine Ausbildung über die Pflichtschule hinaus absolviert. Hingegen hatten 14% der arbeitslosen Frauen und 10% der Männer nach der Matura eine Tertiärausbildung abgeschlossen. Dementsprechend konzentriert sich die Arbeitslosigkeit auf den Bereich geringer und mittlerer Qualifikation.

Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2007 profitierten Arbeitsuchende aller Ausbildungsniveaus, am wenigsten jedoch Personen ohne Pflichtschulabschluss

Rückgang der Arbeitslosigkeit insbesondere für einfache und mittlere Qualifikationen

²¹⁾ Erweiterte Zahl der Erwerbepersonen laut administrativer Statistik (arbeitslos Vorgemerkte plus sofort verfügbare Lehrstellensuchende plus Personen in Schulungen plus unselbständig Beschäftigte über der Geringfügigkeitsgrenze plus Selbständige) in Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung.

Lehrstellensuche: Bedarf an unterstützenden Maßnahmen

(-3,3%) oder mit Tertiärausbildung (rund -1,0%). Die Arbeitslosigkeit der Frauen verringerte sich dabei relativ gleichmäßig in fast allen Bildungsstufen, vor allem aber für Pflichtschulabsolventinnen ohne weitere Berufsausbildung (-6,0%), während sogar mehr Frauen mit Hochschulabschluss arbeitslos waren als im Vorjahr (+1,5%). Die Arbeitslosigkeit der Männer mit Lehrabschluss ging um 11% zurück, jene der Männer ohne Pflichtschulabschluss um nur 2,6%.

Trotz der guten Konjunkturlage sank die Zahl der dem Arbeitsmarktservice gemeldeten sofort verfügbaren offenen Lehrstellen im Jahresdurchschnitt um 1,8% auf 3.500. Dem stand ein Rückgang der sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden um 6,7% auf 5.700 gegenüber. Die Zahl der lehrstellensuchenden Mädchen (-5,3% auf 2.700) nahm dabei weniger stark ab als die der lehrstellensuchenden Burschen (-8,0% auf knapp 3.000). Ende 2007 waren rund 130.000 Lehrlinge in Ausbildung, um rund 4.000 mehr als ein Jahr zuvor. Diese Entwicklung wurde vom "Blum-Bonus" (pauschalierter Zuschuss für Betriebe, die zusätzliche Lehrlinge ausbilden) unterstützt. Zudem wurden rund 9.000 Plätze in Lehrgängen für Jugendliche zur Verfügung gestellt, die keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten.

Weitere Zunahme des Stellenangebotes

Im Jahresdurchschnitt war der Bestand an offenen Stellen 2007 mit 38.200 um 16,1% höher als im Jahr davor. Damit kamen durchschnittlich 5,8 vorgemerkte Arbeitslose auf eine offene Stelle (2006: 7,3). Dies war – mit Ausnahme des Jahres 2000 – der niedrigste Wert seit 15 Jahren. Seit 2000 wurden die aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Reintegration von Arbeitslosen ausgeweitet. Auch einschließlich der Schulungsteilnahmen war die Relation aber größer als 2000 (6,3 Arbeitsuchende je offene Stelle, 2007: 7,2, 2006: 9,0).

Übersicht 32: Arbeitslose nach Geschlecht und höchster abgeschlossener Ausbildung

	2006 Jahresdurchschnitt	2007	Veränderung 2006/07	
			Absolut	In %
<i>Männer</i>	135.779	124.346	- 11.433	- 8,4
Keine abgeschlossene Ausbildung	7119	6937	- 182	- 2,6
Pflichtschule	54253	50116	- 4137	- 7,6
Lehre	56098	49934	- 6164	-11,0
Berufsbildende mittlere Schule	4357	4044	- 313	- 7,2
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	9225	8741	- 484	- 5,2
Akademie	230	252	+ 22	+ 9,6
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	3987	3842	- 145	- 3,6
Unbekannt	510	481	- 29	- 5,7
<i>Frauen</i>	103.395	97.902	- 5.493	- 5,3
Keine abgeschlossene Ausbildung	5.857	5.614	- 243	- 4,1
Pflichtschule	44.216	41.562	- 2.654	- 6,0
Lehre	28.470	26.972	- 1.498	- 5,3
Berufsbildende mittlere Schule	9.477	8.923	- 554	- 5,8
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	10.037	9.502	- 535	- 5,3
Akademie	807	776	- 31	- 3,8
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	4.020	4.081	+ 61	+ 1,5
Unbekannt	511	472	- 39	- 7,6
<i>Insgesamt</i>	239.174	222.248	- 16.926	- 7,1
Keine abgeschlossene Ausbildung	12.975	12.551	- 424	- 3,3
Pflichtschule	98.469	91.678	- 6.791	- 6,9
Lehre	84.569	76.907	- 7.661	- 9,1
Berufsbildende mittlere Schule	13.834	12.966	- 868	- 6,3
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	19.262	18.242	- 1.019	- 5,3
Akademie	1.037	1.028	- 9	- 0,9
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	8.007	7.924	- 82	- 1,0
Unbekannt	1.021	953	- 68	- 6,7

Q: Arbeitsmarktservice Österreich

Der Jahresdurchschnitt des beim Arbeitsmarktservice vorliegenden Stellenangebotes sagt allerdings nichts über die eigentliche Größenordnung und insbesondere die Dynamik aus. Zu den insgesamt 406.500 offenen Stellen, die 2007 beim Arbeitsmarkt-

service ausgeschrieben wurden, kamen 495.800 in den österreichischen Printmedien²²⁾.

Insgesamt verzeichnete das AMS im Laufe des Jahres 2007 369.600 Zugänge an offenen Stellen (+10,1% gegenüber 2006). Davon waren 79% als Dauerbeschäftigung konzipiert, 15% als Saisonstelle und 6% als befristeter Arbeitsplatz. Dem standen im Jahr 2007 369.700 Abgänge offener Stellen gegenüber, die zu 63% aus erfolgreichen Vermittlungen im ersten Meldungsmonat resultierten, zu 27% aus Vermittlungen im 2. und 3. Monat. Rund 9% der gemeldeten offenen Stellen blieben mindestens 3 Monate vakant.

Mit der Ausweitung des Stellenangebotes sank der Jahresdurchschnittsbestand an Arbeitslosen, die an AMS-Kursmaßnahmen teilnahmen, um knapp 4.900 (-8,4%) auf rund 52.700. Der relativ stärkste Rückgang ist für Arbeitsuchende ab 50 Jahren festzustellen. Bedingt durch die Förderung der Integration von Wiedereinsteigerinnen nach einer betreuungsbedingten Erwerbsunterbrechung verringerte sich der Bestand der Frauen im Haupterwerbsalter (-7%) und der Arbeitsuchenden unter 25 Jahren (-8%) schwächer.

Die Mittel für aktive Integrationsmaßnahmen blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Dieser Rückgang der Schulungsteilnahmen ist deshalb nicht mit einem geringeren Engagement der Arbeitsmarktförderung gleichzusetzen. Vielmehr wurde das Augenmerk verstärkt auf qualitativ höherwertige und damit relativ kostenintensive Maßnahmen gelegt. So bildete die Ausbildung von Metallfachkräften einen Schwerpunkt, um die Arbeitskräftenachfrage in diesen Berufssparten decken zu können. Ein weiterer Indikator für die Intensivierung der Maßnahmen war die Ausweitung der Arbeitsstiftungen auf 7.600 Förderfälle (+800, +11,6%). Einen Anstieg verzeichneten aber auch die sozialökonomischen Betriebe, welche schwervermittelbaren Arbeitsuchenden vorübergehende Beschäftigung bieten (+3.500 bzw. +38% auf 21.000 Förderfälle).

Hedwig Lutz (Hedwig.Lutz@wifo.ac.at)
Statistik: Stefan Fuchs (Stefan.Fuchs@wifo.ac.at)

Im Jahr 2007 betrug der Anteil der österreichischen Sachgütererzeugung an der Entstehung des realen Bruttoinlandsproduktes (zu Preisen von 2000) 20,1%, ihr Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung 17,6%. Die größten Branchen sind mit rund 79.000 Beschäftigten der Maschinenbau vor der Produktion von Metallerzeugnissen mit 62.000 sowie der Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 61.000 Beschäftigten. Die Unternehmen der Sachgütererzeugung erwirtschafteten 2007 mit durchschnittlich 560.000 unselbständig Beschäftigten eine Wertschöpfung von 49,6 Mrd. € zu laufenden Preisen. Die durchschnittliche Wertschöpfung je unselbständige Arbeitskraft lag bei rund 88.000 €.

Die Sachgütererzeugung schloss 2007 an die außergewöhnlich dynamische Konjunktur des Vorjahres an. So erhöhte sich die Wertschöpfung nach dem Rekordwert von +8,8% im Jahr 2006 real neuerlich um 7,2%. Im Jahresverlauf verlangsamte sich das Wachstum aber deutlich: Hatte die Veränderung gegenüber dem Vorquartal im I. Quartal noch +2,1% betragen, so erreichte sie vom II. bis zum IV. Quartal jeweils nur rund 0,8%. Die Vorjahresveränderung verringerte sich kontinuierlich von +9,5% im I. Quartal auf +7,7% im II. Quartal, +6,5% im III. Quartal und +5,4% im IV. Quartal. Die Hochkonjunktur der Jahre 2006 und 2007 ist somit zu Ende. Die Aussichten für 2008 werden von der weiteren Entwicklung der internationalen Konjunktur sowie der Binnennachfrage bestimmt werden. Am wahrscheinlichsten ist ein solides, aber deutlich geringeres Wachstum von etwa 3%. Diese Einschätzung stützt sich vor allem darauf, dass die Auftragsbestände im Jahresverlauf zwar deutlich schwächer wuchsen, aber zum Jahresende weiterhin höher waren als im Vorjahr.

²²⁾ Kostera, D., Der Stellenmarkt in Österreich 2007. Analyse der Personalnachfrage in Medieninseraten, GfK Austria, AMS-ABI, Wien, 2008.

**Arbeitsmarktpolitik
forciert qualitativ
anspruchsvollere Integ-
rationsmaßnahmen**

**Außergewöhnlich
kräftige Konjunktur in
der Sachgüterer-
zeugung**

Übersicht 33: Kennzahlen zur Konjunkturlage der Sachgütererzeugung 2007

	Produktion je Arbeitstag		Beschäftigung		Produktivität ¹⁾		Bruttolohn- und -gehaltssumme		Arbeitskosten ²⁾	
	2000 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Nahrungs- und Genussmittel und Getränke	118,5	+ 5,8	61.294	- 1,2	118,0	+ 7,1	1.698,1	+ 0,8	92,1	- 4,7
Tabakverarbeitung	116,2	-15,7	955	- 4,1	130,1	-12,2	60,4	+ 3,3	100,9	+ 22,5
Textilien und Textilwaren	82,0	+ 4,2	12.741	- 0,8	113,6	+ 4,5	386,3	+ 2,2	104,0	- 1,9
Bekleidung	90,1	- 0,4	5.740	- 7,9	150,3	+ 8,0	125,4	- 7,9	77,5	- 7,5
Ledererzeugung und -verarbeitung	60,5	- 9,3	3.664	- 3,9	97,7	- 5,5	86,1	- 4,1	125,6	+ 5,8
Be- und Verarbeitung von Holz	152,0	+12,3	30.923	+ 3,2	136,7	+ 8,5	887,7	+ 5,9	86,8	- 5,6
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe	122,3	+ 4,0	17.293	- 0,9	121,3	+ 4,8	704,3	+ 2,5	96,5	- 1,5
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	123,3	+ 3,8	21.111	- 0,8	121,8	+ 4,6	859,2	+ 0,9	95,0	- 2,8
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- und Brutstoffe	116,7	+ 1,1	1.639	- 1,5	171,8	+ 2,7	129,0	+ 1,3	64,5	+ 0,1
Chemikalien und chemische Erzeugnisse	138,6	+ 9,4	26.327	+ 5,5	117,3	+ 3,7	1.171,9	+ 8,8	98,3	- 0,6
Gummi- und Kunststoffwaren	132,2	+ 8,0	26.281	+ 2,6	130,7	+ 5,4	880,7	+ 5,0	89,3	- 2,8
Glas, Waren aus Steinen und Erden	124,9	+ 6,8	32.469	+ 1,5	121,5	+ 5,0	1.188,4	+ 3,8	94,8	- 2,8
Metallerzeugung und -bearbeitung	135,9	+ 8,5	33.827	+ 2,5	127,5	+ 6,0	1.436,3	+ 5,9	93,1	- 2,4
Metallerzeugnisse	173,3	+ 9,8	62.195	+ 1,4	152,9	+ 8,1	2.119,5	+ 2,8	76,5	- 6,4
Maschinenbau	160,9	+11,1	78.932	+ 5,6	134,1	+ 5,4	3.129,6	+ 8,0	88,0	- 2,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	16,5	-62,3	912	-10,3	13,4	-58,1	35,9	- 2,6	1.132,3	+158,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	144,0	+15,1	27.642	+ 6,7	140,5	+ 8,0	1.059,9	+12,1	85,8	- 2,6
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	94,7	- 3,5	24.264	+ 2,1	112,0	- 5,3	1.182,0	+ 2,5	105,1	+ 6,3
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	132,9	+ 4,6	13.668	+ 5,4	104,2	- 0,4	496,6	+ 6,9	115,8	+ 2,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile	144,6	- 3,4	32.599	- 0,0	122,3	- 3,2	1.299,1	+ 4,2	99,3	+ 7,9
Sonstiger Fahrzeugbau	185,0	+ 7,7	10.888	+ 1,0	82,8	+ 6,9	434,7	+ 2,4	122,8	- 4,9
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente und sonstige Erzeugnisse	106,4	+ 2,7	33.324	+ 5,1	114,5	- 1,7	975,5	+11,7	110,0	+ 8,7
Sachgütererzeugung	133,7	+ 6,6	559.706	+ 2,2	127,1	+ 4,3	20.379,0	+ 5,1	92,8	- 1,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Produktion pro Kopf der Beschäftigten. – ²⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme je Produktionseinheit.

Auch 2007 war das Produktionswachstum wesentlich von den Exporten getragen (+9,4% nach +12,3% im Jahr 2006). Es war aber im Gegensatz zum Jahr 2006, als die Unternehmen ihren Personalstand nur sehr zögerlich ausgeweitet hatten (+0,2%), von einem markanten Anstieg der Beschäftigung begleitet (+2,6%). Die Stundenproduktivität stieg dadurch etwas langsamer, aber mit +4,2% noch immer etwa wie im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. In der Folge sanken die relativen Lohnstückkosten um 1,0%. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Sachgütererzeugung hat sich dadurch weiter verbessert, allerdings weniger als im Jahr davor.

Übersicht 34: Indikatoren für die Sachgütererzeugung

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Nettoproduktionswert real ¹⁾	+ 3,8	+ 5,6	+ 7,1	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 2,3	+ 3,2	+ 8,8	+ 7,2
Beschäftigte ²⁾	+ 0,2	- 0,7	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,7	- 0,6	- 0,8	+ 0,2	+ 2,6
Stundenproduktivität ³⁾	+ 3,7	+ 7,0	+ 7,1	+ 2,2	+ 3,5	+ 1,4	+ 2,1	+ 4,6	+ 8,4	+ 4,2
Relative Lohnstückkosten ⁴⁾	- 0,7	- 3,8	- 5,8	- 1,7	- 0,7	+ 4,4	+ 2,0	+ 0,8	- 2,4	- 1,0
Warenexporte (SITC 5 bis 8)	+ 8,8	+ 6,3	+14,8	+ 6,1	+ 3,1	+ 1,2	+13,4	+ 3,4	+12,3	+ 9,4

Q: WIFO-Prognose, März 2008; WIFO-Datenbank. – ¹⁾ Produktion, real, laut VGR. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; 2005 bereinigt um Umschichtungen vom Fahrzeugbau zum Bereich Verkehr (unbereinigt: -2,1%). – ³⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁴⁾ In einheitlicher Währung gegenüber Handelspartner; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

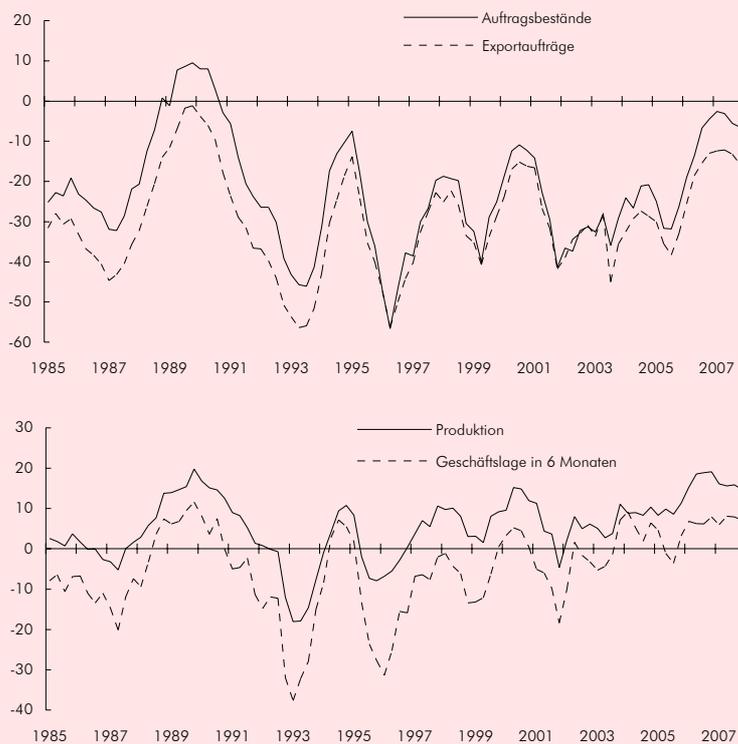
Die meisten der im WIFO-Konjunkturtest erfassten Indikatoren übertrafen den langjährigen Durchschnitt 2007 beträchtlich. Gleichzeitig schwand im Jahresverlauf der Optimismus der erfassten Unternehmen immer mehr. Nach einem Rekordwert von 86% sank insbesondere die Kapazitätsauslastung bis Ende 2007 auf rund 82%. Ein ähnliches Bild ergab sich für die Auftragsbestände und für die erwartete Geschäfts-

lage in den nächsten 6 Monaten. Außergewöhnlich kräftig nahmen 2007 die Investitionen der Sachgütererzeugung zu (nominell +26,4%)²³⁾.

In der Betrachtung nach Branchen zeigen sich allerdings große Unterschiede. Mit Produktionszuwächsen je Arbeitstag von über 10% konnten die Hersteller von Geräten zur Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä., die Be- und Verarbeitung von Holz sowie der Maschinenbau die gute Industriekonjunktur am besten nutzen. In allen drei Industriezweigen erlaubte das rasche Produktionswachstum eine kräftige Ausweitung der Beschäftigung bei gleichzeitig guter Produktivitätssteigerung. Im längerfristigen Vergleich (seit dem Jahr 2000) erhöhte sich die Produktion allerdings im sonstigen Fahrzeugbau mit +85,0% am stärksten vor den Metallerzeugnissen und dem Maschinenbau.

Abbildung 18: Konjunkturbeurteilung der Unternehmen

Salden aus positiven und negativen Einschätzungen in % aller Meldungen, saisonbereinigt



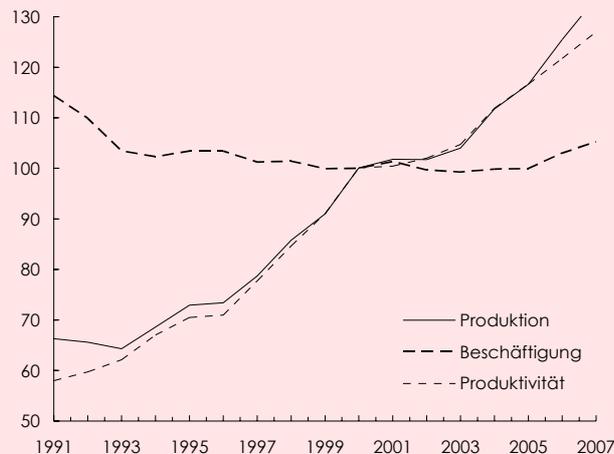
Q: WIFO-Konjunkturtest.

Abgesehen von den in Österreich relativ kleinen Sektoren Büromaschinen und Datenverarbeitung, Tabakverarbeitung sowie Ledererzeugung und -verarbeitung, war 2007 die Produktion vor allem in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik sowie in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen rückläufig. Während die letztere Branche in den vergangenen Jahren sehr hohe Zuwächse verzeichnet hatte und das enttäuschende Jahresergebnis auf Sondereffekte zurückzuführen ist, setzt sich in der Branche "Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik" ein mehrjähriger Trend fort, durch den die Produktion bereits um mehr als 5% unter das Niveau des Jahres 2000 gesunken ist. Noch ausgeprägter ist der Produktionsrückgang seit dem Jahr 2000 in der Bekleidungs- (-9,9%), Textil- (-18,0%) und Lederindustrie (-39,5%).

²³⁾ Siehe Czerny, M., Falk, M., Schwarz, G., "Investitionen werden 2008 deutlich ausgeweitet. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2007", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(2), S. 105-118, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31383&typeid=8&display_mode=2.

Abbildung 19: Produktion, Beschäftigung und Produktivität in der Sachgütererzeugung

2000 = 100



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Michael Peneder (Michael.Peneder@wifo.ac.at)
 Statistik: Karolina Trebicka (Karolina.Trebicka@wifo.ac.at)

Baukonjunktur schwächt sich ab

Die österreichische Bauwirtschaft erzielte 2007 einen realen Produktionszuwachs von 3,7%, nach +5,1% im Boomjahr 2006. Nach einem noch kräftigen Zuwachs im 1. Halbjahr war die Nachfrage im 2. Halbjahr 2007 gedämpft. Vor allem im Wohnungsbau, aber auch im sonstigen Hochbau ließ die Dynamik deutlich nach. Vor dem Hintergrund der Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums sowie der Immobilien- und Finanzkrise in den USA wurden die Aufträge im sonstigen Hochbau nur zurückhaltend vergeben. Im Tiefbau hielt die rege Nachfrage an, besonders der Verkehrswegebau meldete hohe Auftragsbestände (Brücken, Hochstraßen und Tunnelbauten, aber auch Wasserbauten). Insgesamt war die Bauwirtschaft 2007 gut ausgelastet. Das Baunebengewerbe erzielte einen etwas stärkeren Produktionszuwachs als der Hoch- und Tiefbau.

Übersicht 35: Produktionswert des Bauwesens

	2006	2007	2007			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Laut ÖNACE ¹⁾	+ 17,7	+ 7,3	+ 16,3	+ 10,1	+ 5,3	+ 2,3
Hoch- und Tiefbau	+ 14,3	+ 6,4	+ 21,7	+ 9,0	+ 3,8	- 0,3
Baunebengewerbe ²⁾	+ 21,3	+ 8,8	+ 10,0	+ 13,0	+ 8,2	+ 5,7
Laut GNACE ³⁾	+ 14,5	+ 6,7	+ 21,3	+ 9,1	+ 3,7	+ 0,8
Hochbau	+ 13,7	+ 6,6	+ 25,4	+ 8,1	+ 2,3	- 0,2
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 27,1	+ 3,9	+ 27,7	+ 0,5	+ 0,4	- 1,6
Sonstiger Hochbau	+ 14,3	+ 8,6	+ 31,3	+ 13,9	+ 6,3	- 4,2
Adaptierungen im Hochbau	+ 13,2	+ 1,4	+ 13,6	+ 1,4	- 3,0	- 1,2
Tiefbau	+ 13,9	+ 7,2	+ 14,8	+ 12,0	+ 5,6	+ 1,9
Verkehrswegebau ⁴⁾	+ 15,0	+ 7,8	+ 13,9	+ 13,1	+ 6,0	+ 3,1
Sonstiger Tiefbau ⁵⁾	+ 12,6	+ 6,4	+ 15,8	+ 10,6	+ 5,1	+ 0,4

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Klassifikation laut EU, Wert der abgesetzten Produktion. – ²⁾ Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. – ³⁾ Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Spartengliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). – ⁴⁾ Brücken- und Hochstraßenbau + Straßenbau + Eisenbahnoberbau + Tunnelbau. – ⁵⁾ Rohrleitungs-Kabelnetzbau + Wasserbau + Spezial- und sonstiger Tiefbau.

In den einzelnen Branchen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Das Bauwesen (laut ÖNACE) steigerte seinen Produktionswert 2007 um 7,3%, das Baunebengewerbe um 8,8% und damit etwas stärker als der Hoch- und Tiefbau (+6,4%). Der nominal-

le Produktionswert (laut GNACE; technische Produktion laut Statistik Austria) erhöhte sich 2007 um 6,7%, während der Tiefbau um 7,2% zunahm. Im Wohnhaus- und Siedlungsbau übertraf der Produktionswert das nominelle Vorjahresniveau um 3,9%; die Bautätigkeit war vor allem im I. Quartal rege und flaute dann ab. Der sonstige Hochbau (+8,6%) verzeichnete im IV. Quartal einen Rückgang der Produktion. Für den Adaptierungssektor ergab sich im Jahresdurchschnitt eine Steigerung um nur 1,4%. Auch hier wurde zu Jahresbeginn eine kräftige Nachfrage verzeichnet, die sich im weiteren Verlauf deutlich abschwächte.

Im Gegensatz zum Hochbau war die Nachfrage im Tiefbau, vor allem im Straßen- und Tunnelbau stabil. Insgesamt wurde der nominelle Produktionswert im Verkehrswegebau um 7,8% gesteigert; die höchsten Zuwachsraten wurden im Tunnelbau (+35,7%) sowie im Brücken- und Hochstraßenbau (+12,2%) erzielt. Der sonstige Tiefbau erhöhte sich insgesamt um 6,4% wegen der etwas stärkeren Dynamik im Rohrleitungs- und Kabelnetzbau sowie im Wasserwirtschaftsbau. Insgesamt war aber der Zuwachs des nominellen Produktionswertes im Bauwesen (laut GNACE) 2007 mit 6,7% nur etwa halb so hoch wie 2006 (+14,5%). Die Auftragsbestände stiegen im Jahresdurchschnitt 2007 um 3,1%, nicht mehr so stark wie im Jahr 2006 (+10,5%).

Übersicht 36: Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitslose in der Bauwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr	
		Absolut	In %
<i>Arbeitskräfte insgesamt¹⁾</i>			
2004	235.523	- 1.981	- 0,8
2005	235.588	+ 65	+ 0,0
2006	240.409	+ 4.821	+ 2,0
2007	247.441	+ 7.032	+ 2,9
<i>Arbeitslose²⁾</i>			
2004	42.056	- 578	- 1,4
2005	42.652	+ 596	+ 1,4
2006	39.900	- 2.751	- 6,5
2007	35.291	- 4.609	- 11,6
<i>Offene Stellen</i>			
2004	2.223	+ 489	+ 28,2
2005	2.363	+ 140	+ 6,3
2006	3.273	+ 910	+ 38,5
2007	3.339	+ 66	+ 2,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Baunebengewerbe. – ²⁾ Nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE).

Die noch rege Baukonjunktur ermöglichte 2007 einen weiteren Anstieg der Beschäftigtenzahl auf 247.400 (+2,9% bzw. rund +7.000 nach +4.800 im Jahr 2006). Die Beschäftigung wurde damit in den letzten zwei Jahren erheblich ausgeweitet, nachdem sie in der ersten Hälfte der neunziger Jahre beträchtlich geschrumpft war. Die gute Arbeitsmarktlage im Bausektor spiegelte sich 2007 auch in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um 4.600 oder 11,6% auf 35.290. Die Zahl der offenen Stellen war 2007 um nur 2% höher als im Vorjahr – eine merkliche Abflachung des Anstiegs gegenüber 2006 (+38,5%).

Die Bauzulieferindustrie profitierte 2007 von der lebhaften Entwicklung der Baunachfrage. Allerdings blieb die Produktion in der Stein- und keramischen Industrie nach dem starken Zuwachs im I. Quartal bis Ende des Jahres unter dem Vergleichsniveau von 2006. Insgesamt ergab sich damit 2007 eine Steigerung um nur 0,8% (2006 +2,3%). Wesentlich besser ausgelastet waren die Glasindustrie und die Holzverarbeitende Industrie (2007 +4,7% bzw. +9,9%).

Die Baupreise erhöhten sich 2007 besonders stark, vor allem wegen der drastischen Verteuerung von Energie und Rohstoffen. Der Preisindex für den Hoch- und Tiefbau stieg 2007 um 3,8%, um rund 1 Prozentpunkt stärker als 2006 (+2,7%). Die Hochbauleistungen verteuerten sich mit +4,3% deutlicher als der Tiefbau (+3,2%). Der Anstieg der Baupreise lag damit deutlich über jenem des Verbraucherpreisindex (+2,2%). Die

Unternehmen rechnen 2008 mit einem weiteren Preisauftrieb. Die hohen Energiekosten und Rohstoffpreise treiben die Baukosten erheblich in die Höhe. Dies beeinträchtigt die Gewinnsituation der Bauunternehmen und könnte auch einen Anstieg der Insolvenzquote zur Folge haben.

Übersicht 37: Produktionswert der Bauzulieferbranchen

	Stein- und keramische Industrie ¹⁾	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2005	+ 0,6	+ 3,9	+ 5,3
2006	+ 2,3	+ 8,8	+ 14,8
2007	+ 0,8	+ 4,7	+ 9,9
I. Quartal	+ 18,5	+ 15,9	+ 27,0
II. Quartal	- 3,1	+ 4,1	+ 16,1
III. Quartal	- 2,2	+ 2,2	+ 5,5
IV. Quartal	- 3,1	+ 0,2	- 4,0

Q: Statistik Austria; ÖNACE: Eigenproduktion und durchgeführte Lohnarbeit nach Güterliste 1. - ¹⁾ Gliederung laut Wirtschaftskammer.

Übersicht 38: Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

2000 = 100

	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Hochbau	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,9	+ 4,3
Sonstiger Hochbau	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,9	+ 4,4
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 2,8	+ 2,4	+ 4,2	+ 4,2
Baumeisterarbeiten	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,3	+ 3,6
Sonstige Baumeisterarbeiten	+ 2,8	+ 2,8	+ 3,4	+ 4,8
Tiefbau	+ 0,1	+ 0,1	+ 2,5	+ 3,2
Straßenbau	+ 0,9	+ 0,3	+ 2,5	+ 3,2
Brückenbau	+ 1,0	+ 1,6	+ 2,7	+ 3,3
Sonstiger Tiefbau	- 0,3	- 0,1	+ 2,4	+ 3,2
Hoch- und Tiefbau	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,8

Q: Statistik Austria.

Übersicht 39: Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Auftragsbestände		Auftragseingänge	
	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
2006	7.790	+ 10,5	21.435	+ 5,2
I. Quartal	7.560	+ 14,5	4.819	+ 8,2
II. Quartal	8.175	+ 13,1	5.276	+ 4,1
III. Quartal	8.159	+ 10,9	5.810	+ 4,4
IV. Quartal	7.267	+ 3,7	5.531	+ 4,5
2007	8.032	+ 3,1	23.369	+ 9,0
I. Quartal	7.688	+ 1,7	5.235	+ 8,6
II. Quartal	8.343	+ 2,1	6.185	+ 17,2
III. Quartal	8.439	+ 3,4	6.007	+ 3,4
IV. Quartal	7.657	+ 5,4	5.942	+ 7,4

Q: Statistik Austria, ÖNACE.

Der WIFO-Konjunkturtest zeigt zu Beginn der Bausaison eine Verbesserung der Auftragslage für die kommenden Monate. Die günstige Auftragslage im Tiefbau spiegelt die forcierten Projekte im neuen Rahmenprogramm für die Verkehrsinfrastruktur wider. Im Wohnungsneubau wird die gute Auftragslage nach den Angaben im Konjunkturtest in den kommenden Monaten anhalten. Von der allgemeinen Konjunkturschwäche dürfte der sonstige Hochbau etwas stärker betroffen sein. Die Bauunternehmen gehen weiterhin von einem Anstieg der Baupreise aus. Hingegen sind die

Erwartungen zur Beschäftigungsentwicklung, analog zum Nachlassen der Dynamik in der Auftragsentwicklung, weniger optimistisch als vor einigen Monaten.

Margarete Czerny (Margarete.Czerny@wifo.ac.at)

Statistik: Michael Weingärtler (Michael.Weingaertler@wifo.ac.at)

Der Erdölpreis (Dollar je Barrel) stieg 2007 zum sechsten Mal in Folge (+11,3%); weil zugleich der Euro gegenüber dem Dollar an Wert gewann, betrug der Preisanstieg in Euro jedoch nur 1,5%. Laut VPI war die Preisentwicklung der einzelnen Energieträger 2007 sehr heterogen: Während der Heizölpreis leicht sank (-1,2%), verteuerten sich 2007 Kohle (feste Brennstoffe +5,6%), Gas (+8,3%) und Strom (+9,2%) deutlich. Das war darauf zurückzuführen, dass der Gaspreis mit einer vertraglichen Bindung an den Heizölpreis gekoppelt ist, sodass der Rohölpreisanstieg von 2006 erst im Jahr 2007 wirksam wurde. Gas als wichtigster Input in der Stromerzeugung beeinflusst den Strompreis, zusätzlich wurden auch die Kosten des Emissionshandels 2007 in die Strompreise überwälzt. Aufgrund der technischen Substitutionsbeziehungen ist auch der Kohlepreis an den Preis der Erdölprodukte gekoppelt; zuletzt reagierte er stärker auf Veränderungen des Rohölpreises. Die Treibstoffpreise, die ebenfalls direkt vom Rohölpreis beeinflusst werden, erhöhten sich wesentlich schwächer (Dieselkraftstoff +1,8%, Benzin +2,2%). Sie sind in Österreich eng an die Notierungen der Spotpreise für Benzin und Dieselöl in Rotterdam gekoppelt. Kurzfristige saisonbedingte Abweichungen oder Veränderungen der nationalen Preiskomponenten (Steuerpolitik) stören diese Kopplung. Mittelfristig steigen die Treibstoffpreise in Österreich jedenfalls nicht stärker als die Spotpreise in Rotterdam; das galt auch für 2007.

Ungewöhnlich warme Heizsaison dämpft Energieverbrauch

Das außerordentlich milde Wetter, speziell während der Heizperiode hatte 2007 einen erheblichen Rückgang des Erdöl- und Gasverbrauchs zur Folge. Die Zahl der Heizgradtage war 2007 um 8,7%, in der Heizperiode sogar um gut 13% niedriger als im Vorjahr. Die Heizperiode 2007 war demnach die wärmste seit Vorliegen der Daten nach neuem Konzept (1980). Im Jahr 2006 war die Zahl der Heizgradtage zwar ebenfalls um 6,0% zurückgegangen, in der Heizperiode war sie allerdings ähnlich hoch gewesen wie 2005. Eine ähnlich deutliche Reaktion des Energieverbrauchs auf das im gesamten Jahr mildere Wetter war deshalb 2006 ausgeblieben.

Übersicht 40: Entwicklung der Energiepreise

	2006	2007	2007
	2000 = 100		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Heizöl, extra leicht	152,7	150,9	- 1,2
Strom	109,8	119,9	+ 9,2
Gas	133,0	144,0	+ 8,3
Feste Brennstoffe	121,6	128,3	+ 5,6
Kraftstoffe			
Benzin (Normal und Super)	116,1	118,6	+ 2,2
Dieselmotorkraftstoff	129,5	131,9	+ 1,8

Q: Statistik Austria, Verbraucherpreisindexgruppe Energie.

Übersicht 41: Verbrauch von Mineralölprodukten

	2006	2007	2007
	1.000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Verbrauch insgesamt	12.765	11.924	- 6,6
Flüssiggas	179	158	- 11,8
Normalbenzin	513	474	- 7,5
Superbenzin	1.479	1.492	+ 0,9
Flug- und Leuchtpetroleum	685	684	- 0,1
Dieselmotorkraftstoff	6.155	6.296	+ 2,3
Gasöl für Heizzwecke	1.906	1.328	- 30,3
Heizöle	1.057	862	- 18,5
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	792	630	- 20,4

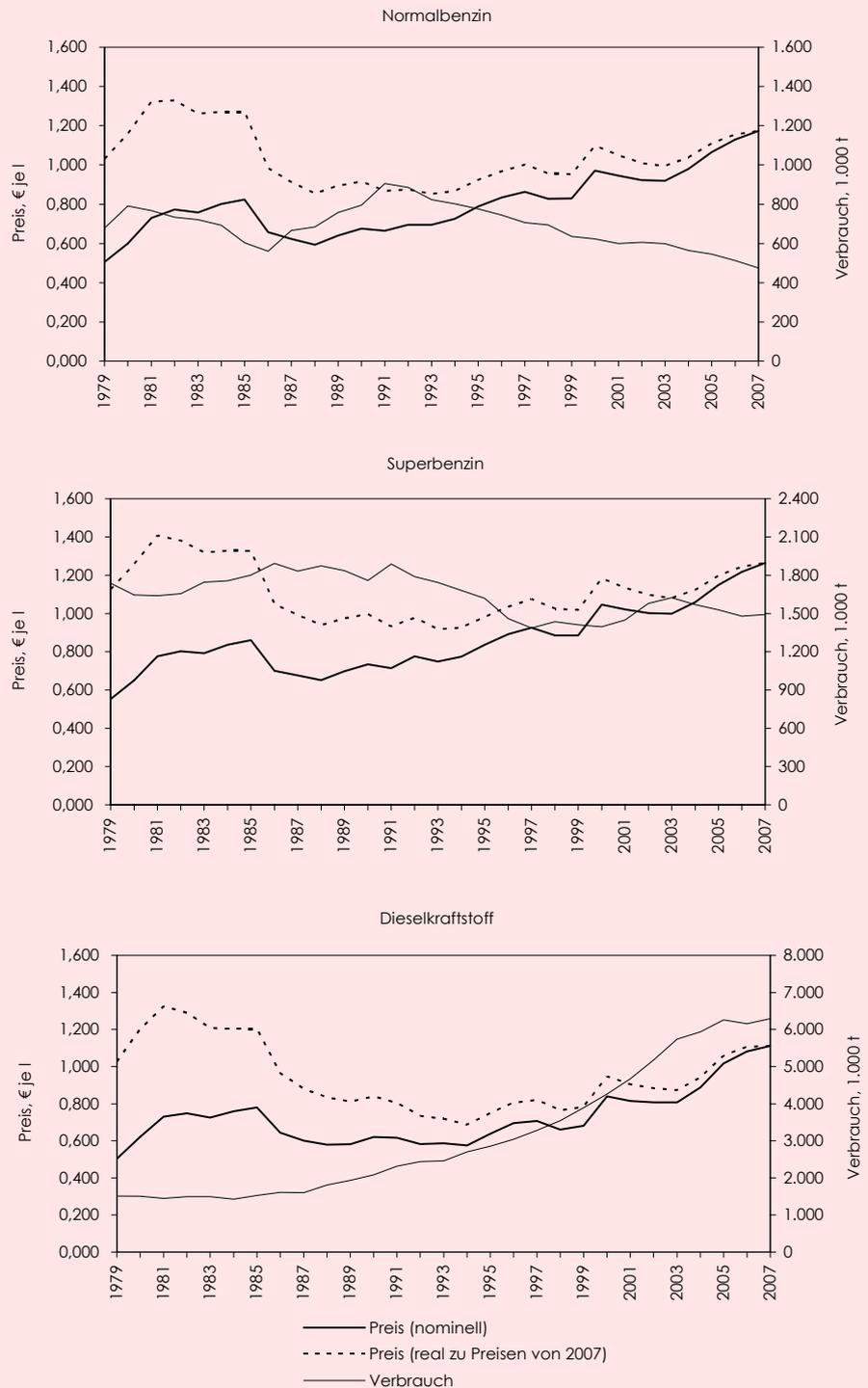
Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Wetterbedingter Rückgang des Brennstoffverbrauchs

Die Entwicklung des Verbrauchs von Mineralölprodukten, Gas und Strom wurde im Jahr 2007 hauptsächlich vom Einfluss des Wetters bestimmt. Ein wesentlicher Faktor, der den Verbrauch drückte, war der markante Rückgang der Zahl der Heizgradtage in der Heizperiode 2007 um gut 13%. Dieser Einfluss ist auch an der Entwicklung des Verbrauchs von Gasöl für Heizzwecke abzulesen (-30,3%). Verbrauch und Witterung

sind auf der Ebene von Jahresdaten nicht immer direkt gekoppelt, da der Verbrauch vom Zeitpunkt des Einkaufs der Brennstoffe abhängt; das Einkaufsverhalten reagiert aber wiederum (mit Verzögerung) auf die Witterung.

Abbildung 20: Vergleich der Preis- und Absatzentwicklung von Kraftstoffen



Q: OMV, Abgabepreise an der Pumpe; Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Statistik des Verbrauchs an Erdölprodukten.

Insgesamt blieb der Verbrauch von Mineralölprodukten 2007 um 6,6% unter dem Vorjahresniveau. Nach einem Rückgang im Jahr 2006 wurde der Treibstoffverbrauch 2007 wieder etwas gesteigert, allerdings weit unter dem langfristigen Trend (Superbenzin +0,9%, Dieseltreibstoff +2,3%). Da der Verbrauch anderer Rohölprodukte

ebenfalls stark abnahm, wurde an Rohölprodukten insgesamt beträchtlich weniger verbraucht als im Vorjahr.

Bei einer stabilen Erzeugung von elektrischer Energie insgesamt (nach vorläufigen Zahlen von E-Control +0,5%) stiegen sowohl Importe als auch Exporte 2007 neuerlich (Importe +4,1%, Exporte +7,7%). Die Wasserkrafterzeugung expandierte dabei um 2,4%, während die Erzeugung aus Wärmekraft um 11,1% zurückging. Der Anstieg der sonstigen Erzeugung (+39,2%) enthält sowohl die Zunahme der Stromproduktion aus erneuerbaren Energieträgern (ohne Biomasse – sie ist in der kalorischen Erzeugung enthalten) als auch die in der Statistik noch nicht aufteilbaren Anlagen. Die Zunahme der Exporte passt zur Entwicklung der Wasserkrafterzeugung, beide Größen hängen eng zusammen. Durch diese Entwicklung verringerte sich das Defizit im Außenhandel mit elektrischer Energie 2007 wieder und betrug nur noch 6.600 GWh oder 9,8% des Verbrauchs. 2003 hatte es rund 9% des Verbrauchs ausgemacht, in den Jahren 2004 und 2005 aber nur etwa 4%. 2006 war es ähnlich wie im Jahr 2003 aufgrund des heißen Sommers (Stromknappheit) auf über 10% gestiegen. Der Stromverbrauch blieb 2007 beinahe gleich (+0,7%) und hat sich somit stark vom Wachstum des realen BIP (2007 +3,4%) entkoppelt.

**Nettoimporte von Strom
und Stromverbrauch
stabilisiert**

Übersicht 42: Elektrischer Strom

	2006	2007	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %
	GWh		
Erzeugung	63.402	63.741	+ 0,5
Wasserkraft	34.089	34.893	+ 2,4
Wärmekraft	23.773	21.137	- 11,1
Sonstige	5.540	7.711	+ 39,2
Einfuhr	21.257	22.130	+ 4,1
Ausfuhr	14.407	15.511	+ 7,7
Verbrauch ¹⁾	66.915	67.375	+ 0,7

Q: E-Control. – ¹⁾ Ohne Pumpstrom.

Übersicht 43: Erdgas

	2006	2007	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Mio. cm ³		
Förderung	1.819	1.848	+ 1,6
Einfuhr	9.786	8.982	- 8,2
Ausfuhr	–	–	–
Verbrauch	11.605	10.829	- 6,7

Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Der Verbrauch von Erdgas sank 2007 ebenfalls stark (–6,7%); während die Förderung sogar leicht ausgeweitet wurde (+1,6%), blieb die Einfuhr um 8,2% unter dem Vorjahresergebnis. Die Quote der Förderung zum Verbrauch – sie kann als Indikator für die internationale Energieabhängigkeit interpretiert werden – stieg daher 2007 auf 17,1%. Wahrscheinlich war dies aber nur eine kurzfristige Abweichung von einem langfristigen Trend zu einer Importquote von 100%. Der Rückgang des Gasverbrauchs war wetterbedingt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dem potentiell negativen Einfluss der warmen Witterung andere Faktoren gegenüberstehen, die den Gasverbrauch potentiell positiv beeinflussen, nämlich die günstige Konjunkturlage sowie Substitutionsprozesse von anderen Energieträgern zu Erdgas. Der Rückgang des Erdgasverbrauchs war 2007 somit auf einen starken Einfluss der Witterung zurückzuführen.

Kurt Kratena (Kurt.Kratena@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

Kräftige Nachfrage nach Transportleistungen

Im Jahr 2007 nahm die Nachfrage im Güterverkehr weiter zu. Besonders stark wuchs die Transportnachfrage im Außenhandel (Transportaufkommen +6,9%). Dabei erreichte das Exportvolumen 59,2 Mio. t, um 11,2% mehr als 2006. Die Importe waren mit 90,6 Mio. t um 4,2% höher als im Jahr zuvor. Die Gütertransporte erhöhten sich parallel zur Konjunktur im produzierenden Sektor und zum Außenhandel. Die Binnentransporte entwickelten sich schwächer, die realen Einzelhandelsumsätze (einschließlich Kfz-Handel) wuchsen um nur 1%. Die Bereiche Bergbau und Sachgütererzeugung produzierten real um 6,7% mehr als 2006. Von den transportintensiven Branchen erzielten die Be- und Verarbeitung von Holz (+12,6%), die Chemieindustrie (+9,6%), die Metallerzeugung (+8,6%), die Glasindustrie (+6,9%) sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (+6,0%) besonders hohe reale Zuwächse. Der Bergbau (+2,2%) und die Mineralölindustrie (+1,1%) entwickelten sich schwach. Die Bauwirtschaft steigerte ihren realen Produktionswert um 3,5%.

Übersicht 44: Güterverkehr

		2007 Absolut	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2001/2006 Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mio. n-t-km			+ 1,6
Inland	Mio. n-t-km			+ 2,2
Einfuhr	Mio. n-t-km			+ 0,8
Ausfuhr	Mio. n-t-km			+ 2,8
Transit	Mio. n-t-km			+ 1,2
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	165.835	+ 7,8	+ 2,7
Rohrleitungen, Mineralöl	Mio. n-t-km	7.221	- 5,1	- 1,1
Einfuhr und Inland	Mio. n-t-km	3.392	- 2,2	- 0,4
Transit	Mio. n-t-km	3.829	- 7,4	- 1,6
Luffahrt ²⁾	1.000 t	194 ³⁾	+ 2,4 ⁴⁾	+ 10,5

Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, ÖBB, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Vorläufige Werte, ohne Stückgut. – ²⁾ Fracht, An- und Abflug. – ³⁾ WIFO-Schätzung. – ⁴⁾ Jänner bis November 2007.

Von der starken Transportnachfrage profitierte vor allem der Straßengüterverkehr. Als Indikator für den Fernverkehr auf dem heimischen Straßennetz dienen die ASFINAG-Einnahmen aus der fahrleistungsabhängigen Lkw-Maut. Sie stiegen auf 984 Mio. €, um 19,3% mehr als 2006 (die Gebührensätze wurden am 1. Juli 2007 um 18,5% angehoben). Daraus lässt sich auf Jahresbasis eine Steigerung des Straßengütertransports um rund 10% gegenüber 2006 ableiten. Die Investitionen in den Lkw-Fuhrpark wurden entsprechend der günstigen Konjunkturlage ausgeweitet. Die neuzugelassenen Lkw- und Anhängernutzlastkapazitäten lagen mit 165.835 t um 7,8% über dem Vorjahresniveau. Besonders gefragt waren Sattelfahrzeuge (+17,4%) und mittlere Lkw (+11,4%). Die Neuzulassungen an schweren Lkw überstiegen den Vorjahreswert um 2,1%. Das Fuhrgewerbe erhöhte die Lkw-Ankäufe um 10,0%, Anhänger wurden um 14,4% mehr angeschafft.

Die ÖBB weiteten ihre Transportleistungen im Güterverkehr in den ersten drei Quartalen 2007 um 5,0% aus. Besonders kräftig nahm wieder der Transitverkehr zu (+14,6%); der Einfuhrverkehr (-1,0%) und der Ausfuhrverkehr (-2,5%) waren schwächer als in den ersten drei Quartalen 2006. Sehr günstig entwickelte sich der Inlandverkehr (+11,7%). Die Donauschifffahrt, die 2006 unter ungünstigen nautischen Bedingungen gelitten hatte, meldete hohe Zuwächse. Das Transportaufkommen war 2007 um 15,3% größer als 2006; dabei nahmen der Einfuhrverkehr um 25,8%, der Ausfuhrverkehr um 7,9% und der Transitverkehr um 9,4% zu. Wesentlich schwächer als im Vorjahr war der Inlandverkehr (-10,6%). Die Durchsatzleistung der Erdölröhrleitungen war um 5,1% geringer als 2006. In der Luftfracht nahm das Transportaufkommen nur leicht zu (Jänner bis November 2007 +2,4%). Der Marktanteil der heimischen OS-Group (AUA und Tochtergesellschaften; Aufkommen -10,7%) sank auf rund 45%.

Die Nachfrage nach Personenverkehrsleistungen nahm 2007 wesentlich stärker zu als in den Jahren zuvor. Der Berufsverkehr (Zahl der Beschäftigten +1,9% gegenüber 2006) und der Reiseverkehr (Übernachtungen +1,7%) entwickelten sich relativ günstig. Die Verteuerung von Kraftstoffen förderte den Umstieg vom Pkw zu den öffentli-

Steigerung des öffentlichen Personenverkehrs

chen Verkehrsmitteln. Die städtischen Verkehrsbetriebe meldeten einen Zuwachs der Zahl der beförderten Personen um 2,2%. In Wien stieg die Frequenz um 2,7%. Mit 793 Mio. beförderten Personen betrug der Anteil Wiens am gemeldeten städtischen Personennahverkehr in Österreich 75%. Die Verkehrsleistungen des Schienenverkehrs der ÖBB waren um 7,7% höher als 2006.

Abbildung 21: Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, ÖBB, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, Wiener Linien.

Die Verteuerung der Kraftstoffe drückte die Pkw-Nachfrage. Mit 298.182 lag die Zahl der Neuzulassungen von Pkw um 3,4% unter dem Wert des Jahres 2006. Kleinwagen

und große Limousinen waren wenig gefragt; mit –1% waren die Verkaufseinbußen in der Hubraumklasse über 1.500 cm³ bis 2.000 cm³ am geringsten.

Übersicht 45: Personenverkehr

		2007 Absolut	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2001/2006 Veränderung in %
ÖBB Schiene	Mio. pkm	9.316	+ 7,7	+ 1,0
Wiener Verkehrsbetriebe Luffahrt ¹⁾	Mio. Personen 1.000 Personen	793 23.513 ²⁾	+ 2,7 + 9,7 ³⁾	+ 1,1 + 7,0

Q: ÖBB-Geschäftsberichte, Wiener Linien, Statistik Austria, Austrian Airlines Group. – ¹⁾ Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug. – ²⁾ WIFO-Schätzung. – ³⁾ Jänner bis November 2007.

Das Wachstum der Luffahrt beschleunigte sich, es wurden um fast 10% mehr an- und abfliegende Passagiere gezählt. Die OS-Group beförderte um 2,1% mehr Fluggäste als 2006, ihr Marktanteil erreichte knapp 44%. 1980 hatte der Marktanteil allein der AUA noch 47% betragen.

Übersicht 46: Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

	2007 Stück	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2001/2006 Veränderung in %
<i>Pkw</i>	298.182	– 3,4	+ 1,0
Bis 1.500 cm ³	105.281	– 4,2	+ 10,8
1.501 cm ³ und mehr	192.901	– 2,9	– 2,7
<i>Lkw</i>	36.669	+ 6,3	+ 4,3
Bis 1.999 kg	32.414	+ 6,5	+ 4,8
2.000 bis 6.999 kg	1.095	+ 11,4	– 2,0
7.000 kg und mehr	3.160	+ 2,1	+ 2,7
<i>Anhänger</i>	24.449	+ 2,9	+ 0,3
Bis 2.999 kg	18.544	– 0,4	+ 0,2
3.000 bis 6.999 kg	271	+ 17,3	– 7,0
7.000 kg und mehr	5.634	+ 14,7	+ 1,3
Sattelfahrzeuge	4.069	+ 17,4	– 3,1

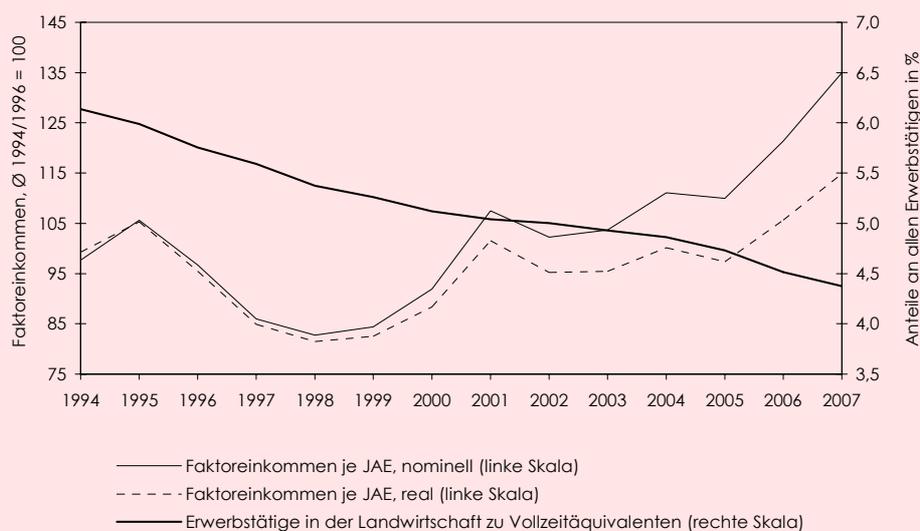
Q: Statistik Austria.

Wilfried Puwein (Wilfried.Puwein@wifo.ac.at)
Statistik: Martina Agwi (Martina.Agwi@wifo.ac.at)

Hohe Agrarpreise ermöglichen Einkommensteigerung im Agrarsektor

Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2005 folgte das nominelle Einkommen in der Landwirtschaft auch 2007 wieder der seit 2002 beobachteten steigenden Tendenz. Das nominelle Faktoreinkommen des Agrarsektors lag im Jahr 2007 laut der zweiten Vorausschätzung der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung durch Statistik Austria um 9,7% über dem Vorjahreswert. Die seit 2005 günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt trug dazu bei, dass die Abwanderung aus der Landarbeit insgesamt anhielt (2007 –1,4% gegenüber 2006, gemessen in Jahresarbeitseinheiten). Folglich wuchs das nominelle Einkommen je Arbeitskraft stärker (nominell +11,2%, real +8,7% gegenüber dem Vorjahr). Gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1994 bis 1996 ergab sich ein realer Anstieg um 14,8%, gegenüber 2000 von 29,9% (siehe Abbildung 22). Der seit einigen Jahren beobachtete Trend einer Zunahme der Zahl der entlohnten Arbeitskräfte hielt an. Die starke Verteuerung vieler Agrarprodukte reichte nicht aus, um der seit Jahren beobachteten Verschlechterung der Terms-of-Trade der Landwirtschaft signifikant entgegen zu wirken. Die hohen Preissteigerungen einzelner Agrarprodukte kamen nur einem Teil der landwirtschaftlichen Betriebe zugute.

Abbildung 22: Faktoreinkommen in der Landwirtschaft und Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen



Q: Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Gesamtrechnung, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen, zweite Vorausschätzung (Stand Februar 2008).

Zur Entwicklung auf den Agrarmärkten und in der Agrarpolitik

Bereits vor dem Sommer 2007 zeichnete sich ein Anstieg der Preise wichtiger Agrargüter ab. Sein Ausmaß fiel überraschend hoch aus und hatte weit über den Agrarsektor hinaus Folgen für die Wirtschaft. Gegen Jahresende wurde deutlich, dass die Agrarpreise nicht nur vorübergehend, sondern mittelfristig höher sein dürften als in den Jahren zuvor. Die Ursachen sind sowohl angebots- als auch nachfragebedingt. Das Angebot wird vor allem durch die Verteuerung von Energie und Betriebsmitteln gedrosselt. Die Zunahme der Nachfrage ist eine Folge des Bevölkerungswachstums, durch das der Lebensmittelkonsum steigt. Dazu kommen Maßnahmen der Klimapolitik zur vermehrten Produktion von Treibstoffen auf pflanzlicher Basis.

Neben den Entwicklungen auf den Agrarmärkten waren für die Landwirtschaft zwei agrarpolitische Themen von besonderer Bedeutung:

- Das österreichische Programm der Ländlichen Entwicklung wurde im Herbst 2007 von der Europäischen Kommission genehmigt. Damit stehen für die Jahre 2007 bis 2013 insgesamt 7,8 Mrd. € zur Finanzierung zur Verfügung. Für das Umweltprogramm werden jährlich rund 530 Mio. € bereitgestellt, für das Bergbauprogramm jährlich rund 276 Mio. €. Bereits 2007 wurden Auszahlungen für diese beiden Maßnahmen getätigt. Mit dem Programm sollen darüber hinaus in den kommenden Jahren Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gesetzt werden.
- Die Europäische Kommission hat, wie in der Agrarreform im Jahr 2003 beschlossen, im November Vorschläge zur weiteren Anpassung vorgelegt. Dieser Reformprozess wird "Gesundheitsüberprüfung" ("health check") genannt. Darin werden Maßnahmen vorgeschlagen, um die Direktbeihilfen einfacher und gezielter einzusetzen, die Instrumente der Markteingriffe zu ändern und produktspezifische Förderungen weiter abzubauen. Vorgeschlagen wurden auch kurzfristig wirksame Maßnahmen: die bereits mit der Wintersaat 2007 wirksame Abschaffung der verpflichtenden Stilllegung von Agrarflächen und die Ausweitung der Milchquote ab April 2008 um 2%¹⁾.

¹⁾ Siehe dazu auch Franz Sinabell (WIFO), Erwin Schmid, Die Reform der Milchmarktordnung der EU – Handlungsoptionen der wichtigsten Akteure", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(4), http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31963&typeid=8&display_mode=2 (in diesem Heft).

Wert der pflanzlichen Erzeugung um ein Viertel höher

Sowohl der Wert als auch die Menge der Produktion waren im Pflanzenbau 2006 über dem Vorjahresniveau gelegen. Die Erntemenge des Jahres 2007 konnte mit Ausnahme der Ölsaaten ebenfalls ausgeweitet werden, obwohl geringer Niederschlag zu Jahresbeginn die Ernteaussichten schlecht erscheinen ließ. Insgesamt stieg das Produktionsvolumen im Pflanzenbau um 6,4%. Die Zunahme war im Weinbau mit knapp +17% am höchsten vor Gemüse (+8,7%), Getreide (+7,3%) und Obst (+7,0%).

Übersicht 47: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen in der österreichischen Landwirtschaft

	2006	Wert 2007 Mio. €	2007 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Volumen 2007 2006 = 100	Preise 2007
Zu Erzeugerpreisen					
Pflanzliche Erzeugung ¹⁾	2.410	3.018	+ 25,2	106,4	117,7
+ Tierische Erzeugung	2.634	2.765	+ 5,0	102,7	102,2
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	5.044	5.783	+ 14,6	104,4	109,8
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	173	182	+ 5,2	100,0	105,2
= Landwirtschaftliche Erzeugung	5.217	5.965	+ 14,3	104,3	109,6
+ Nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	331	336	+ 1,6	98,1	103,6
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.548	6.301	+ 13,6	103,9	109,3
Zu Herstellungspreisen					
Pflanzliche Erzeugung	2.410	3.019	+ 25,3	106,3	117,8
+ Tierische Erzeugung	2.784	2.836	+ 1,9	102,5	99,4
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	5.194	5.854	+ 12,7	104,3	108,1
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	173	182	+ 5,2	100,0	105,2
= Landwirtschaftliche Erzeugung	5.367	6.036	+ 12,5	104,1	108,0
+ Nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	331	336	+ 1,6	98,1	103,6
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.698	6.373	+ 11,8	103,8	107,8
- Vorleistungen insgesamt ¹⁾	3.242	3.613	+ 11,4	100,0	111,4
= Bruttowertschöpfung	2.455	2.760	+ 12,4	108,7	103,4
- Abschreibungen	1.483	1.522	+ 2,6	99,8	102,8
= Nettowertschöpfung	972	1.238	+ 27,4	122,2	104,2
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.480	1.452	- 1,9		
= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2.453	2.690	+ 9,7		
Nominelles Faktoreinkommen je JAE ²⁾	1.000 €	15,33	17,05	+ 11,2	

Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung. 2007: vorläufige Ergebnisse (Stand Februar 2008). – ¹⁾ Einschließlich innerbetrieblich erzeugter oder verbrauchter Futtermittel. – ²⁾ Jahresarbeitseinheit (entlohnt und nicht entlohnt).

Mit Ausnahme von Zuckerrüben erhöhten sich die Erzeugerpreise pflanzlicher Produkte im Jahr 2007 durchwegs. Der Rückgang der Zuckerrübenpreise war auf die im Jahr 2005 beschlossenen produktspezifischen agrarpolitischen Maßnahmen zurückzuführen. Im Gegensatz dazu war die erhebliche Verteuerung in einzelnen Produktgruppen die Folge von Knappheiten auf dem Weltmarkt. Die Erzeugerpreise für Getreide stiegen um 63,9%, jene für Ölsaaten um 23,8%, für Obst um 21,8% und jene für Erdäpfel um 11,5%. Nur wenig zogen dagegen die Preise von Frischgemüse (+2,8%) und Wein (+1,4%) an.

In der Tierhaltung wurde die Produktion ebenfalls ausgeweitet (+2,7%). Auch hier stiegen die Preise insgesamt (+2,2%), aber nicht in allen Bereichen. In der Schweinehaltung sanken die Preise trotz Zunahme der Futterkosten um 9,1%. Die Rindfleischproduktion wurde bei nahezu unveränderten Preisen nur leicht ausgedehnt, der Produktionswert erhöhte sich um 2,8%. Da die Milchproduktion durch Quoten beschränkt ist, entsprach der Preisanstieg von 10,8% nahezu dem Anstieg des Produktionswertes (+10,5%). Die Eierproduktion nahm ähnlich kräftig zu (+12,7%).

Einschließlich der landwirtschaftlichen Dienstleistungen (Produktionswert +5,2%) und der nichttrennbaren nichtlandwirtschaftlichen Nebentätigkeiten (Produktionswert +1,6%) ergab sich für den landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereich eine Erhöhung des Produktionswertes zu Erzeugerpreisen gegenüber dem Vorjahr um 753,2 Mio. € (+13,6%). Sie war vor allem auf den Preisanstieg (+9,3%) zurückzuführen, denn das Produktionsvolumen nahm um nur 3,9% zu, nachdem es im Jahr 2006 leicht gesunken war. Der Produktionswert zu Herstellungspreisen wuchs um 11,8%, also schwächer als zu Erzeugerpreisen. Die Abweichung ist vor allem auf die Entkopplung der

Prämie zurückzuführen, die bisher Betrieben mit Milchquoten gewährt wurde und ab 2007 in die handelbaren Zahlungsansprüche übergang.

Der Wert der Vorleistungen der Landwirtschaft übertraf das Vorjahresergebnis 2007 um 11,4%. Diese Position enthält Futtermittel, die im Agrarsektor selbst erzeugt wurden. Futtermittel verteuerten sich mit +24,8% besonders deutlich. Der Preisauftrieb von Energie und Schmiermitteln betrug nach einem hohen Anstieg 2006 im Jahr 2007 3,5%.

Die Bruttowertschöpfung der österreichischen Landwirtschaft wuchs zu Herstellungspreisen um 12,4%, vor allem wegen des kräftigen Preisanstiegs im Pflanzenbau. Da sich die Abschreibungen 2006 nur mäßig erhöhten (+2,6%), nahm die Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen im Jahr 2007 nach einem kräftigen Anstieg im Jahr 2006 neuerlich stark zu (+27,4%).

Das Faktoreinkommen der Landwirtschaft stieg schwächer (+9,7%). Dafür war die Einschränkung des Fördervolumens maßgebend. Durch die Umschichtung von bisher an die Produktion gekoppelten Prämien wurde zwar der Umfang der "sonstigen Subventionen" ausgeweitet, die Abnahme der Agrarumweltförderungen um 125 Mio. € reduzierte die Subventionen insgesamt aber auf 1,68 Mrd. €.

**Preisanstieg verbessert
Einkommen trotz Zu-
nahme der Vorleistungs-
kosten**

Übersicht 48: Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft

	2005	2006	2007	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderungen insgesamt	1.769	1.805	1.679	- 7,0
Gütersubventionen	205	232	144	- 37,8
Pflanzlicher Bereich	7	5	6	+ 6,3
Tierprämien	160	190	97	- 48,8
Sonstiges ¹⁾	38	37	41	+ 11,4
Sonstige Subventionen	1.565	1.573	1.534	- 2,5
Zahlungsansprüche ²⁾	498	508	596	+ 17,4
Agrarumweltförderung	685	671	546	- 18,5
Ausgleichszulage	276	276	275	- 0,5
Übrige	106	118	116	- 1,3
Steuern und Abgaben	150	138	114	- 17,3
Gütersteuern	41	45	32	- 30,0
Sonstige Produktionsabgaben	109	93	82	- 11,1

Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, 2007: vorläufige Ergebnisse (Stand Februar 2008).
- ¹⁾ Ab 2005 Mineralölsteuerrückvergütung für Agrardieseltreibstoff. - ²⁾ Die handelbaren Zahlungsansprüche werden häufig auch als "Einheitliche Betriebsprämie" bezeichnet. Sie wurden bis 2004 unter anderen Bedingungen als Gütersubventionen gewährt.

Österreich ist traditionell ein Nettoimporteur von Agrargütern und Nahrungsmitteln. Die Differenz zwischen Importen und Exporten verringerte sich in den letzten Jahren kontinuierlich, im Jahr 2007 änderte sich diese Entwicklung jedoch. Der Überhang der Importe von Agrargütern vergrößerte sich auf 501 Mio. €, nach 166 Mio. € im Jahr 2006. Die Ausweitung der Importüberschüsse ist vor allem auf die Importzunahme zurückzuführen (+13,4% gegenüber 2006), während die Exporte deutlich langsamer wuchsen (+8,7%; Übersicht 49). Ins Gewicht fielen dabei vor allem die Verteuerung und Mengenausweitung der Importe von Ölen und Fetten (KNO-Nomenklatur Kap. 15) sowie von Ölsaaten und ölhaltigen Früchten (Kap. 12).

Auch im Agrarhandel mit der EU 27 nahmen die Exporte weniger rasch zu als die Importe. Der Handel mit den östlichen Nachbarländern intensivierte sich weiter, die außerordentlich hohen Zuwachsraten des Jahres 2005 (Exporte +27,7%, Importe +37,9%) wurden 2007 aber nicht erreicht. Gegenüber 2006 wuchsen die Exporte in die zwölf neuen EU-Länder um 22,7%, die Importe aus dieser Region wurden um 15,6% ausgeweitet. Der positive Saldo des Agrarhandels mit den neuen EU-Ländern stieg von 32,7 Mio. € (2006) auf 98,8 Mio. € im Jahr 2007.

**Agraraußenhandel
weiterhin lebhaft**

Übersicht 49: Agraraußenhandel 2007

Kombinierte Nomenklatur (KNO)

	Export	Import	Insgesamt	Saldo EU 15	EU 27
	Anteile in %			Mio. €	
01 Lebende Tiere	1,6	2,2	- 55,4	- 25,0	- 80,5
02 Fleisch und Fleischwaren	10,4	7,8	+ 150,4	- 8,2	+ 61,6
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,1	2,2	- 163,4	- 127,8	- 130,2
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	12,7	7,5	+ 336,9	+ 293,7	+ 309,3
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,4	0,8	- 31,0	- 21,8	- 15,4
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,4	4,3	- 298,8	- 300,3	- 295,9
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,5	5,1	- 283,0	- 235,3	- 240,1
08 Früchte	2,2	7,5	- 417,8	- 173,3	- 176,8
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	2,9	4,3	- 121,5	- 8,6	+ 36,2
10 Getreide	3,8	2,4	+ 82,4	+ 141,0	+ 59,4
11 Müllereierzeugnisse	0,8	0,9	- 9,4	- 24,4	- 14,7
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	1,9	2,9	- 82,0	+ 1,2	- 79,7
13 Schellack, Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte	0,1	0,4	- 26,5	- 14,6	- 13,9
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,1	0,0	+ 1,1	+ 2,2	+ 2,3
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	1,7	4,2	- 200,0	- 176,0	- 198,5
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	3,1	3,5	- 45,5	- 22,4	- 32,2
17 Zucker und Zuckerwaren	1,9	3,9	- 158,4	- 105,4	- 150,7
18 Kakao, Kakaozubereitungen	4,4	4,2	- 3,6	- 67,8	- 33,0
19 Zubereitungen aus Getreide und anderen Backwaren	6,8	7,7	- 102,2	- 159,5	- 120,6
20 Zubereitungen von Gemüse und Früchten u. Ä.	6,3	7,6	- 126,4	+ 35,8	- 18,7
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	6,3	7,8	- 141,4	- 298,6	- 223,0
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	23,5	5,9	+1.220,0	+ 274,5	+ 376,2
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	3,2	4,0	- 74,1	- 99,3	- 63,6
24 Tabak und Tabakwaren	3,7	2,8	+ 48,5	+ 37,4	+ 56,6
			Mio. €		
Agrarhandel insgesamt laut KNO	7.137,9	7.639,2	- 501,3	-1.082,6	- 985,8
Agrarhandel insgesamt laut SITC ¹⁾	7.243,7	7.685,3	- 441,6	-1.010,7	- 888,3
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Agrarhandel insgesamt laut KNO ²⁾	+ 8,7	+ 13,4	- 202,5	- 23,9	- 17,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Datenbank. 2007: vorläufige Werte; zur Aktualität der Daten gelten die im Abschnitt "Außenhandel" angeführten Einschränkungen. - ¹⁾ Die Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des gewählten Aggregationsverfahrens voneinander ab (SITC 0, 1, 21, 22, 29, 4). - ²⁾ Positives Vorzeichen: Rückgang des Importüberschusses.

Landwirtschaftliche Einkommen in der EU neuerlich gewachsen

Gemäß der zweiten Vorausschätzung von Eurostat für die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung erhöhte sich das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft in der EU 27 2007 neuerlich (+5,4% nach +3,3% im Jahr 2006). Der Anstieg ergab sich aus einer Zunahme des realen landwirtschaftlichen Einkommens (+3,1%) und einer Verringerung des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes (-2,2%).

Sehr kräftig wuchs das Einkommen in Litauen (+39,3%), Estland (+22,5%) und Tschechien (+20,9%). Auch in Finnland (+14,4%), Luxemburg (+14,3%) und Deutschland (+12,5%) wurden hohe Steigerungsraten verzeichnet. Hohe Einkommenseinbußen ergaben sich hingegen in Rumänien (-16,7%), Bulgarien (-8,5%) und Portugal (-5,0%).

EU-weit stieg der reale landwirtschaftliche Produktionswert im Pflanzenbau kräftig (+7,8%) und blieb in der Tierhaltung nahezu unverändert (+0,6%). Insgesamt ergab sich für den landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereich eine Rate von +4,3%. In der pflanzlichen Erzeugung wurde die Verringerung des Produktionsvolumens (-1,7%) durch das Anziehen der Erzeugerpreise (+10,4%) mehr als ausgeglichen. Neben Obst (-5,7%) fielen auch die Produktionsmengen von Getreide (-2,9%) und frischem Gemüse (-1,7%) geringer aus als im Vorjahr. Am stärksten zogen die Erzeugerpreise für Getreide (+46,2%) und Ölsaaten (+21,9%) an. Für Olivenöl (-19,4%) und Zuckerrüben (-12,8%) wurde viel weniger Erlöst, und zwar als Folge der Reformen auf diesen

Märkten. In der Tierhaltung nahm das Erzeugungsvolumen leicht zu (+1,9%); insgesamt sanken die Erzeugerpreise (-0,5%). Der Verteuerung von Milch (+8,8%) stand eine signifikante Verbilligung von Schweinefleisch (-12,4%) gegenüber.

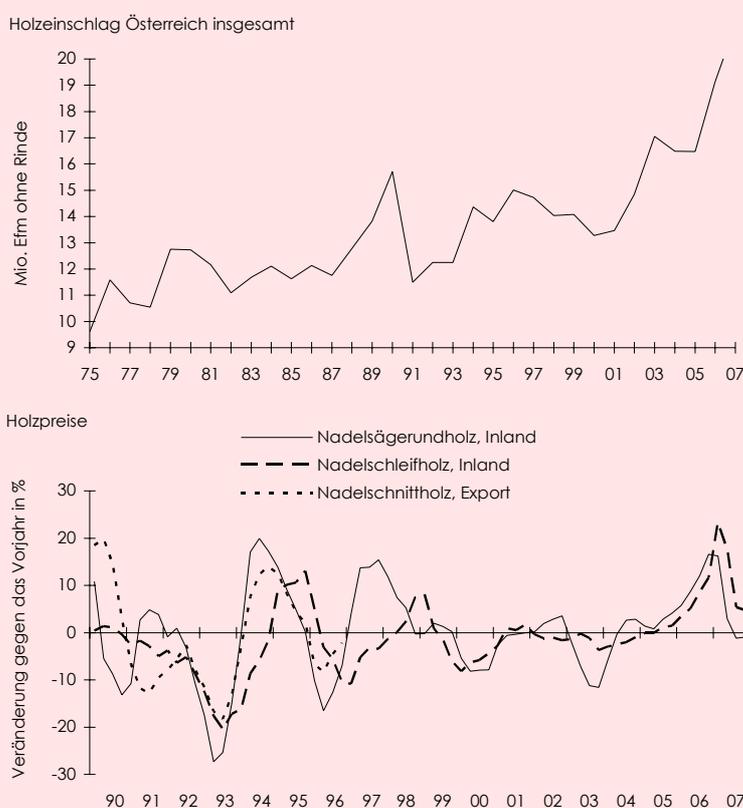
Franz Sinabell (Franz.Sinabell@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

Das Wachstum der Nachfrage nach Holz und Holzprodukten schwächte sich im Laufe des Jahres 2007 deutlich ab. Die Papierindustrie meldete eine um 3,9% höhere reale Produktion als 2006, die Zunahme verlangsamte sich aber gegen Ende 2007 spürbar. Die Be- und Verarbeitung von Holz wurde im 1. Halbjahr 2007 kräftig ausgeweitet, im November und Dezember wurde aber bereits weniger erzeugt als im Jahr davor. In der Jahressumme ergab sich ein realer Produktionszuwachs von 12,3%. Die Sägeindustrie profitierte von der anhaltend guten Exportnachfrage (Exporte +16%). Besonders kräftig stieg die Ausfuhr nach Slowenien und in die erdölexportierenden Länder des Nahen Ostens. Fast 68% der Exporte gingen nach Italien (+2% gegenüber 2006). Die heimische Bauwirtschaft steigerte ihre Produktion 2007 um 3,5%.

Abschwächung der Holzkonjunktur im III. Quartal

Abbildung 23: Holzversorgung und Holzpreise



Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen.

Die Preise für Holz und Holzprodukte waren im Jahresdurchschnitt 2007 höher als 2006, im Laufe des Jahres sanken sie jedoch merklich. Die Preise für Nadelsägerundholz erreichten bereits im Jänner 2007 einen Höchstwert von 86,32 € je fm, nach einem Einbruch auf 76,07 € im Juni erholte sie sich und betrug im Dezember 84,01 €. Im Jahresdurchschnitt lag das Preisniveau um 4% über dem von 2006. Im Export wurden für Nadelschnittholz im Jahresdurchschnitt ebenfalls um 4% höhere Preise erzielt als 2006. Die Preisspitze wurde bereits im März notiert, im Dezember lagen die Preise um 5% unter dem Niveau vom März. Faser- und Schleifholz verteuerten sich 2007 um 12,4%. Gegen Jahresende zahlte die Papierindustrie für Rohholz fast um 7% weniger als im Februar des Jahres. Importiertes Rundholz war um 7,2% teurer als 2006. Die Ex-

Holzeinschlag

portpreise für Sulfatzellstoff stiegen um 8,5%. Sehr günstig entwickelten sich die Exporte von Spanplatten; der Durchschnittspreis war 2007 um 18% höher als 2006.

Der Holzeinschlag war 2007 durch die Windwurfschäden geprägt, die der Orkan "Kyrill" Mitte Jänner 2007 ausgelöst hatte. In Westeuropa wurde der Schadholtzanfall auf 47 Mio. fm geschätzt, davon 28 Mio. fm in Deutschland. In Österreich waren die Wälder nördlich der Alpen betroffen. Dem Orkan fielen ungefähr 3 Mio. fm zum Opfer. Die Steigerung des Einschlags auf 21,3 Mio. fm (+11,3% gegenüber 2006) war vor allem dem erhöhten Schadholtzanfall (+66%) zuzuschreiben; fast die Hälfte der Holzernte entfiel auf diese Zwangsnutzung. Die Bundesforste schlugerten 2,6 Mio. fm (+44%). Sie versuchten durch die Anlage von 300.000 fm Rundholz auf Nasslager den Angebotsdruck zu mildern.

Übersicht 50: Holzeinschlag

	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
	1.000 Efm ohne Rinde				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Starknutzholz (Sägeholz)	10.022	9.892	11.487	.	- 5,3	- 1,3	+16,1	.
Schwachnutzholz (Industrieholz)	2.922	2.893	2.943	.	- 7,0	- 1,0	+ 1,7	.
Brennholz	3.540	3.685	4.705	.	+ 6,1	+ 4,1	+27,7	.
Insgesamt	16.483	16.471	19.135	21.300	- 3,4	- 0,1	+16,2	+11,3

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen.

Österreichs Holzwirtschaft bezog 2007 8,6 Mio. fm Rundholz aus dem Ausland (-5,5% gegenüber 2006). Mit fast 4,5 Mio. fm kam davon mehr als die Hälfte aus Deutschland, weitere wichtige Bezugsländer waren Tschechien und die Schweiz.

Kaum Einfluss der Sturm-schäden auf Rundholzpreise

In den ersten Monaten des Jahres 2008 verwüsteten die Orkane "Paula" und "Emma" erneut die Wälder in Mitteleuropa. "Paula" riss rund 6,3 Mio. fm in Österreich um, "Emma" traf auch die Wälder in Deutschland und Tschechien, die Windwurfschäden wurden auf 9,5 Mio. fm geschätzt. Dieses "Zwangsangebot" kann den Rundholzmarkt in Europa beeinflussen. Gemäß einer Untersuchung des Einflusses großer Schadholtzereignisse auf die Inlandpreise für Rundholz in den letzten 23 Jahren²⁴⁾ hängt die Entwicklung der Holzpreise in Österreich primär von der internationalen Holzkonjunktur ab, da Österreich sowohl im Rohstoffbezug als auch im Absatz von Halb- und Fertigwaren stark außenhandelsorientiert ist: Rund 35% des in Österreich be- und verarbeiteten Rundholzes werden importiert; von den wichtigsten Holzprodukten (Schnittholz, Span- und Faserplatten sowie Papier) werden über zwei Drittel exportiert. Die inländischen Rundholzpreise sollten sich daher entsprechend der internationalen Konjunktur entwickeln. Der Zusammenhang wurde mit einer Regressionsanalyse mit relativen Vorjahresdifferenzen von Monatswerten für den Zeitraum 1982 bis 2007 analysiert. Da keine monatlichen Schadholtzmeldungen vorliegen, wurden die Auswirkungen von besonders hohem Schadholtzanfall mit Hilfe einer Dummyvariablen getestet. Schadholtz belastete im Untersuchungszeitraum insbesondere in den ersten sechs Monaten der Jahre 1990, 1994, 1996, 2003, 2004, 2006 und 2007 den Rundholzmarkt.

Auf einem exportorientierten Wettbewerbsmarkt mit effizienter Information sollten sich Schwankungen der Exportpreise für Schnittholz unmittelbar in den inländischen Sägerundholzpreisen niederschlagen. Diese Hypothese wurde für die Abhängigkeit der Sägerundholzpreise ab Waldstraße (Fichte, Tanne, Kl. B, Media 2B) und der Nadel-schnittholzpreise frei Grenze (Nadelholz gesägt, Stärke über 6 mm, SITC 24820) untersucht.

Die Regressionsanalysen zeigen eine enge Korrelation ($R^2 = 0,48$) zwischen den Exportpreisen für Nadel-schnittholz und den Inlandpreisen für Nadel-sägerundholz: 48% der Schwankungen der Vorjahresdifferenzen der Sägerundholzpreise werden durch die Schwankungen der Vorjahresdifferenzen der Schnittholzexportpreise erklärt. Der

²⁴⁾ Puwein, W., "Price Formation in the Market for Roundwood in Austria", Wood Research Papers, 2008, (51), erscheint demnächst.

statistisch gesicherte Regressionskoeffizient von 0,76 besagt, dass sich im Untersuchungszeitraum durch einen Anstieg der Schnittholzexportpreise um 10% im selben Monat Rundholz ab Waldstraße durchschnittlich um 7,6% gegenüber dem Vorjahr verteuert. Die Einbeziehung der Wirkungen von Windwurfkatastrophen mittels einer Dummyvariablen verbessert den statistischen Zusammenhang unwesentlich. Der Regressionskoeffizient hat zwar das zu erwartende Vorzeichen (schwerere Sturmkatastrophen drücken ceteris paribus den Sägerundholzpreis um 2,7%), ist aber statistisch nicht gesichert. Schwarzbauer (2007)²⁵⁾ weist auf der Basis von Jahresdurchschnittspreisen ebenso nur einen geringen Einfluss der Schwankungen des Schadholzanfalles auf den Nadelsägerundholzpreis nach.

Weiters wurden die Abhängigkeit des Faserholzpreises (Schleifholz, Fichte, Tanne, 1A/B) ab Waldstraße vom Exportpreis für gebleichten Natronsulphatzellstoff aus Nadelholz (SITC 25151) sowie vom Sägerundholz- und dem Brennholzpreis (Brennholz, weich) und der Einfluss des Schadholzanfalls auf den Faserholzpreis getestet. Die geschätzten Koeffizienten sind statistisch schwächer gesichert als jene der Sägerundholzanalyse. Änderungen des Exportpreises für Zellstoff wirken sich verzögert (am stärksten erst nach sechs Monaten) auf die Faserholzpreise aus. Wesentlich größer, aber auch mit einer Verzögerung von sechs Monaten ist der Einfluss der Sägerundholzpreise. Bei großer Schwachholznachfrage der Sägeindustrie ist auch die Zellstoffindustrie gezwungen, höhere Preise zu zahlen. Ähnliches gilt für den Brennholzpreis, hier ist aber die Reaktion der Faserholzpreise auf Änderungen der Brennholzpreise unmittelbarer. Dies alles weist auf eine sehr starke Marktstellung der heimischen Papier- und Plattenindustrie hin, die eher aufgrund der Marktlage für alternative Verwendungszwecke von Schwachholz gezwungen ist, die Preise zu ändern als unmittelbar aufgrund der Marktlage für ihre Produkte. Sturmschäden zeigten keinen Einfluss auf die Faserholzpreise.

Änderungen der Rohölimportpreise (SITC 333) wirken sich unmittelbar nicht auf die Brennholzpreise aus. Die Analyse der nicht verzögerten Werte ergab einen Regressionskoeffizienten mit negativem Vorzeichen. Erst eine Verzögerung von sechs Monaten brachte den zu erwartenden positiven (statistisch aber nicht gesicherten) Zusammenhang. Dies lässt sich durch die ebenso verzögerte Wirkung der Erdölpreise auf Preise anderer Energieträger wie Gas, Strom und Kohle erklären. Zudem erfordert die Umstellung auf Holzheizung einige Zeit, erst dann steigt die Brennholznachfrage. Wesentlich stärker reagiert der Brennholzpreis auf Änderungen des Industriebholzpreises. Hier besteht ein unmittelbares Konkurrenzverhältnis. Sturmkatastrophen wirken sich fast nicht auf die Brennholzpreise aus.

Wilfried Puwein (Wilfried.Puwein@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

The Austrian Economy in 2007: Business Cycle Reaches Its Peak – Summary

In 2007 the Austrian economy has expanded by 3.4 percent. This was the second year in a row of GDP growing by more than 3 percent. The impetus came from exports again with goods as well as services showing vivid growth rates. Investment demand accelerated in 2007 but lagged behind the dynamism usually seen during phases of economic upswing. Gross capital formation advanced by 4.8 percent in real terms. Contrary to 2006, this time investment growth of equipments (machines and vehicles) outperformed those of constructions. Private household consumption again developed untypically weak for this phase of business cycle. Subdue wage development and heading up inflation eroded personal income which allowed private consumption to expand only by a mere 1.4 percent. Annual inflation rate reached just 2.2 percent in 2007, but considerably gained momentum towards the end of the year. Soaring prices for agricultural products and fuel were the main driver of this development. Labour market variables again profited substantially from the brisk economic performance with unemployment falling further and employment expanding swiftly.

²⁵⁾ Schwarzbauer, P., "Einflüsse von Schadholzmengen auf Rohholzpreise. Eine quantitativ-statistische Analyse am Beispiel Österreichs", Allgemeine Forst- und Jagdzeitung, 2007, 178(1), S. 1-8.